ÖFSE

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe

Die Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) ist die Zentralstelle in Österreich für Dokumentation und Information zu Fragen der Entwicklungsländer, der Entwicklungshilfe und der Entwicklungspolitik. Sie steht allen an diesem Fragenkreis interessierten oder damit befassten Personen, Gruppen, Institutionen und Firmen zur Verfügung.

Service-Leistungen der ÖFSE:

- Lesesaal mit Präsenzbibliothek, geöffnet Mo–Do 10–17 Uhr, Freitags geschlossen
- 57 000 Bände (dv. ca. 44 000 Monografien und 13.000 Zeitschriftenbände)
- Nachschlagewerke im Handapparat (Länderberichte, Internationale Statistiken, …)
- Ca. 140 laufend geführte Zeitschriften
- Tageszeitungen aus dem In- und Ausland
- ÖFSE-Datenbanken (Projekt-, Institutionen-, Webangebote- und Literaturdatenbank) unter www.eza.at/search.html
- Weltbank-Informationskiosk inkl. Online-Zugang zu WDI- und GDF-Datenbank
- ÖFSE-Publikationen
- Persönliche Beratung, Anfragebeantwortung
- Kopiermöglichkeit (Bibliothek)

A-1090 Wien, Berggasse 7
Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15
e-mail: office@oefse.at
Internet: http://www.oefse.at
http://www.eza.at

Berichte • Analysen • Informationen

2002 ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Armutsbekämpfung – zur Umsetzung der Millennium Development Goals

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Ausgabe: 2003

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Berichte • Analysen • Informationen

2002

ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Armutsbekämpfung – zur Umsetzung der Millennium Development Goals

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Aktuelle Informationen über die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bietet die ÖFSE auf der Homepage:

http://www.eza.at

Sie finden dort auch den Letztstand aller Tabellen und Zahlen dieser Broschüre.

Die Deutsche Bibliothek -
CIP-Einheitsaufnahme:

Österreichische Entwicklungspolitik : Berichte, Analysen, Informationen.
Hrsg. Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe - ÖFSE - 1. Aufl. - Wien : Südwind-Verl., 2003

ISBN 3-900592-85-3

Gefördert von

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Übersetzung, Vervielfältigung und Verbreitung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung der ÖFSE reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Impressum:
Medieninhaber und Hersteller:
© Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE)
A-1090 Wien, Berggasse 7
Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15
e-mail: office@oefse.at
Internet: http://www.oefse.at, http://www.eza.at

Für den Inhalt verantwortlich: Atiye Zauner, Michael Obrovsky
Redaktion: Atiye Zauner, Karin Küblböck, Ingrid Pumpler

Cover- und Innengestaltung: GriederGraphik.net
Coverfoto: HORIZONT3000
Druck: Facultas, Wien, 2003

ISBN 3-900592-85-3

Verkaufspreis: € 10,–

INHALT

Vorwort 5

THEMENSCHWERPUNKT ARMUTSBEKÄMPFUNG – ZUR UMSETZUNG DER MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS:

Karin Küblböck:
Armutsbekämpfung – zur Umsetzung der Millennium Development Goals 7

Christine Enzi:
Armutsbekämpfungsprogramme auf dem Prüfstand 15

Gerhard Bittner:
Armut und Spenden 25

Michael Obrovsky:
ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Vorbemerkung 31
Zur Anrechenbarkeit der Entschuldungsmaßnahmen in der DAC-Statistik 31

Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und Multilaterale Stellen sowie an die CEECs/NIS und Länder in einem Übergangsstadium 33

Tabelle 1 Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 2001 und 2002 in Mio € und in % 33
Tabelle 2 Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an CEECs/NIS und Länder in einem Übergangsstadium 2001 und 2002 in Mio € und in % 34

I. Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 35

Tabelle 3 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2001 und 2002 in Mio € 35
Grafik 1 Hauptbestandteile der ODA 2001 in Mio € und in % 36
Grafik 2 Hauptbestandteile der ODA 2002 in Mio € und in % 37
Tabelle 4 ODA nach Verwendungszweck 2001 und 2002 in Mio € und in % 38
Tabelle 5 Finanzierungsquellen der ODA in Mio € und in % 39
Tabelle 6 Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio € 40
Tabelle 7 Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, 2000 bis 2002 in Mio € und in % 41
Tabelle 8 Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio € und in % 42
Tabelle 9 ODA-Kredite, Übersicht der Nettoflüsse 2001 und 2002 in Mio € 43
Tabelle 10 Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs im Jahr 2001 in Mio € und in % der bilateralen EZA 44
Tabelle 11 Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs im Jahr 2002 in Mio € und in % der bilateralen EZA 45
Tabelle 12 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 2000 bis 2002 in Mio € 46

II. Sonstige öffentliche Leistungen (Other Official Flows) 48

Tabelle 13 Exportkredite (OOF) Nettobeträge 2001 und 2002 in Mio € 48

III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen 49

Tabelle 14 Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen, Nettobeträge, 2000 bis 2002 in Mio € 49

IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen 50

Tabelle 15 Zuschüsse privater Organisationen 2000 bis 2002 in Mio € 50
Tabelle 16 Die größten privaten Geber 2000 bis 2002 in Mio € 51
Tabelle 17 Die Zuschüsse der NROs 2000 bis 2002 aufgeteilt nach Regionen in Mio € 51
Tabelle 18 Die Empfängerländer der privaten Zuschüsse (Top 20) 2000 bis 2002 in Mio € 52

Michael Obrovsky/Jasmin Wendlik:
Die öffentliche Österreichische Osthilfe 2002 53

Tabelle 19 Die öffentliche Ostförderung und der ODA-Anteil, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio € 53
Tabelle 20 Empfängerländer der Ostförderleistungen Österreichs, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio € 54
Tabelle 21 Die bilaterale öffentliche Osthilfe 2002 nach Sektoren, Auszahlungen in Mio € 55
Tabelle 22 Die Geber der öffentlichen Ostförderleistungen, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio € und in % 56
Tabelle 23 Die Ostzusammenarbeit des BMA VII.2e nach Ländern, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio € 57
Tabelle 24 Die Ostförderung Österreichs im Internationalen Vergleich, Auszahlungen 2000 in Mio US $ 58
Tabelle 25 Die Ostförderung Österreichs im Internationalen Vergleich, Auszahlungen 2001 in Mio US $ 59

Anhang

Millennium Development Goals 60
DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand, gültig für Leistungen ab 1. 1. 2001 62
DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand, gültig für Leistungen ab 1. 1. 2003 63
Weiterführende Links zum Thema „Armutsbekämpfung“ 64
Ergänzende Literatur zum Thema „Armut / Armutsbekämpfung“ (ÖFSE-Bibliothek) 65
KOO-Mitgliederliste 2002 69
Abkürzungsverzeichnis 70

VORWORT

Armutsbekämpfung ist im neuen Jahrtausend das primäre Ziel der internationalen Entwicklungsstrategien der bilateralen und multilateralen Geber. Mit der Formulierung der Millennium Development Goals hat sich die Internationale Gemeinschaft ehrgeizige, aber erreichbare Ziele gesetzt.

Die Verabschiedung dieser Ziele bildet den gemeinsamen Neustart eines Denk- und Diskussionsprozesses, der in einer globalisierten Welt Entwicklung wieder weiter vorne auf die internationale Agenda rücken möchte. Dieser gemeinsam beschlossene Aufbruch wurde von den Ereignissen des 11. September 2001 stark zurückgeworfen. Nicht die Armutsminderung in den Entwicklungsländern sondern die Terrorbekämpfung geriet in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dadurch rückte die Entwicklungsfinanzierung auf der internationalen Prioritätenliste noch weiter zurück.

Die internationale Konferenz Financing for Development in Monterrey im Jahr 2002 hat gezeigt, dass kaum ausreichend neue Finanzmittel von der internationalen Gebergemeinschaft zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitschaft der EU, bis zum Jahr 2006 0,36 % des BNE als durchschnittliche ODA der EU-Mitgliedsländer zur Verfügung stellen zu wollen, bereits als Erfolg anzusehen.

Wenn nicht verstärkte Anstrengungen unternommen werden, erscheint die Erreichung der Millennium Development Goals bis zum Jahr 2015 immer unwahrscheinlicher. Die Gefahr ist groß, dass die Legitimationskrise der Entwicklungspolitik bei einem Misserfolg noch verschärft wird.

Die Wissenschaft im Bereich der internationalen Beziehungen und der internationalen Entwicklungspolitik steht vor diesem Hintergrund vor besonderen Herausforderungen: Sie muss die Politik und ihre Zusagen auf ihre tatsächliche Umsetzung hin beobachten und die hinter den Ankündigungen der Politik stehenden Absichten kritisch hinterfragen. Sie muss der Gesellschaft Daten und Fakten sowie Orientierungshilfen zur Verfügung stellen, damit das politischen Handeln der Regierenden und Verwaltenden transparent wird.

Die ÖFSE stellt mit der vorliegenden Publikation Grundlagen der internationalen und österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Schwerpunkte der diesjährigen Ausgabe sind die Fortschritte im Bereich der Millennium Development Goals sowie Strategien zur Armutsbekämpfung. Damit soll die Einbettung der österreichischen EZA in die internationale Diskussion über Armutsbekämpfung ermöglicht werden. Weiters werden die statistischen Grundlagen der gesamten Finanzflüsse Österreichs dargestellt. Sie bieten einen über die DAC-Statistik hinausgehenden Überblick über die finanziellen Leistungen Österreichs und zeigen deutlich, wo quantitative und qualitative Verbesserungen erforderlich sind.

Professor Franz Nuscheler

ÖFSE-Kuratoriumsmitglied

Karin Küblböck, ÖFSE

ARMUTSBEKÄMPFUNG – ZUR UMSETZUNG DER MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS

Einleitung

Der Begriff Armutsbekämpfung ist seit den 1990er Jahren ins Zentrum der entwicklungspolitischen Debatte gerückt. Praktisch alle multilateralen sowie bilateralen Geber haben sich diesem Ziel verschrieben. Dies kann als Eingeständnis gesehen werden, dass vier Jahrzehnte Entwicklungspolitik keine nachholende Entwicklung gebracht haben. Ganz im Gegenteil – die Schere zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern bzgl. Wirtschaftsleistung, Handel und Pro-Kopf-Einkommen driftet weiter auseinander.

Der Artikel benennt Gründe für den Paradigmenwechsel, untersucht die Millenniumsziele und die Perspektiven für ihre Realisierung und beleuchtet beispielhaft verschiedene Strategien zur Umsetzung dieser Ziele.

Gründe für den Paradigmenwechsel

Die Entwicklungspolitik steht unter großem Legitimationsdruck. Nach vier Jahrzehnten haben sich die „Weltprobleme, zu deren Entschärfung oder gar Lösung sie beitragen soll, verschärft" (Nuscheler 2003,1).

Entwicklungspolitik, ein „Kind des Kalten Krieges" (ebenda) diente ursprünglich dazu, den Ländern des Südens Wohlstand und Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems in Aussicht zu stellen (Fischer 2002). Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes mussten neue Grundlagen gefunden werden.

Die letzten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts waren im Süden geprägt von den Strukturanpassungsprogrammen der Internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank. Mehr als zweifelhafte Erfolge und steigende Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen erhöhten den Druck in Richtung Änderung dieser Politik. Dass Wirtschaftswachstum für eine wirksame Armutsbekämpfung nicht ausreicht, sondern viele verschiedene Rahmenbedingungen notwendig sind, ist die Erkenntnis, die wichtige entwicklungspolitische Akteure, allen voran die Weltbank aus den 1980er und 1990er Jahren gezogen haben.

Neue Konzepte, die die Eigenverantwortung der Länder betonten, stehen nun im Mittelpunkt. Gute Regierungsführung („good governance") wird Voraussetzung für Mittelvergabe, Länder sollen die jeweiligen Entwicklungsstrategien nun auch selbst mittragen („ownership") und in den „Fahrersitz" ihrer Entwicklung gesetzt werden. Auffällig ist, dass in dieser Debatte internationale Rahmenbedingungen für Entwicklung zumeist ausgeblendet werden.

Seit den 1980er Jahren wird fast weltweit eine Politik implementiert, die vereinfacht als Neoliberalismus bezeichnet werden kann. Das Ziel Armutsbekämpfung scheint mit dieser Politik durchaus kompatibel zu sein. Grundlegende Eckpfeiler des viel kritisierten Washingtoner Konsensus finden sich – mit etwas anderer Betonung sowie ev. zeitlich oder sozial abgefedert – auch heute in den Armutsbekämpfungsstrategien wieder.

Die Internationalen Entwicklungsziele

Die 1990er Jahre sahen eine Reihe von großen Konferenzen, in denen das Ziel Armutsbekämpfung im Zentrum stand. Am Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995 verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten dazu, das „Ziel der Beseitigung von Armut in der Welt durch entschiedenes nationales Handeln und internationale Zusammenarbeit zu verfolgen". Das Folgejahr 1996 wurde von den Vereinten Nationen als Jahr zur Beseitigung der Armut ausgerufen.

Im gleichen Jahr präzisierte der Entwicklungshilfe-Ausschuss der OECD die Absichtserklärung des Weltsozialgipfels in einem Dokument mit dem Titel „Shaping the 21st Century". Als oberstes Ziel wird hier erstmals die Halbierung der Zahl der absolut Armen bis zum Jahr 2015 genannt. Die Teilziele beinhalten u. a. universelle Grundbildung und Reduktion der Kindersterblichkeit um ⅔ bis zum Jahr 2015 (OECD/DAC 1996).

Auf dem Millenniumsgipfel im September 2000 in New York haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Armutsbeseitigung, Friedenserhaltung und Umweltschutz als die vordringlichsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft in diesem Jahrhundert identifiziert. In das Schlussdokument dieses Gipfels wurden die Ziele von „Shaping the 21st Century" aufgenommen und erweitert.

Die so genannte Millenniumserklärung umfasst insgesamt acht Kapitel, u. a. „Frieden, Sicherheit und Abrüstung", „Schutz unserer gemeinsamen Umwelt" sowie „Menschenrechte, Demokratie und gute Lenkung" (UN 2000, 4). Die Entwicklungsziele[1] (Millennium Development Goals – MDGs) sind Teil des Kapitels „Entwicklung und Armutsbeseitigung". In diesem Kapitel erklärt sich die internationale Gemeinschaft dazu entschlossen, Armut zu bekämpfen, indem sie „auf nationaler sowie auf internationaler Ebene ein Umfeld schaffen, das der Entwicklung und der Beseitigung der Armut förderlich ist". „Wir werden keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen aus den (…) Bedingungen der extremen Armut zu befreien." (UN 2000, 11).

Das übergeordnete Ziel der MDGs ist wie schon in „Shaping the 21st Century" die Halbierung der Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen weltweit bis zum Jahr 2015. Weiters verpflichten sich die Mitgliedsstaaten zu einer Halbierung der Anzahl der Menschen, die Hunger leiden sowie jener, die keinen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben. Die weiteren Ziele betreffen den Zugang zur Primärschulbildung für alle Kinder, die Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit (um ¾ bzw. um ⅔), die Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen schweren Krankheiten, Gleichstellung der Geschlechter, u. a.

Die Millennium Deklaration enthält auch, als achtes „Ziel", Verpflichtungen der entwickelten Länder. Diese beinhalten u. a. höhere und effektivere Entwicklungszusammenarbeit, neue Ansätze des Schuldenerlasses, Vergrößerung des Marktzuganges, verbesserten Zugang zu Technologien. Der UNDP-Bericht zur Menschlichen Entwicklung (Human Development Report – HDR) merkt kritisch an, dass diese Commitments keine zeitlichen oder quantitativen Zielvorgaben enthalten (UNDP 2003).

Definitionen von Armut

Armut bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten, um in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestausmaß teilhaben zu können. Armut ist daher mehr als der Mangel an Gütern. Wer als arm gilt, ist vom gesellschaftlichen Umfeld abhängig. Der Wirtschaftsnobelpreisträger und einflussreiche Armutstheoretiker Amartya Sen argumentiert, dass es um die Fähigkeit geht, zur Verfügung stehende Güter in Freiheiten umzuwandeln, um Vorstellungen von einem guten Leben zu verwirklichen (Sen 2001; Schenk o. J.).

In der Theorie-Diskussion gibt es neben jener von Amartya Sen viele weitere Definitionen von Armut. Für die ***Messung*** von Armut wurde lange Zeit ausschließlich Einkommen und Konsum herangezogen. Durch die verstärkten wissenschaftlichen Debatten über Armut kam es zu einer Ausweitung des Definitionsrahmens – nicht nur monetäre und materielle Aspekte werden betrachtet, sondern auch immaterielle Aspekte – sowie zur Entwicklung weiterer Indikatoren.

In der entwicklungspolitischen Praxis haben sich zwei Konzepte durchgesetzt – der **Ressourcenansatz**, der v. a. von der Weltbank angewandt wird, sowie der **Lebenslagenansatz**, den insbesondere UNDP verwendet.

In einem GTZ-Dokument wird eine Zuordnung verschiedener Dimensionen von Armut zu diesen beiden Konzepten versucht (GTZ 1998):

Ressourcenansatz	Lebenslagenansatz
Absolute Armut	Relative Armut
Materielle Armut	Immaterielle Armut
Objektive Armut	Subjektive Armut
Permanente Armut	Temporäre Armut

Als **absolut** arm gilt, wer nicht über die Ressourcen zur Deckung eines definierten Existenzminimums verfügt, um elementare Grundbedürfnisse zu befriedigen und ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Bei der **relativen** Armut wird der Lebensstandard der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einem Land verglichen. Relative Armut drückt daher in erster Linie soziale **Ungleichheiten** innerhalb einer Gesellschaft aus. In den meisten Ländern gilt als arm, wer über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt.

Materielle Armut bedeutet einen **Mangel an Gütern**, die zum physischen Überleben erforderlich sind. Hier geht es v. a. um Essen, Kleidung, Wohnung, sauberes Trinkwasser.

Immaterielle Armut bezieht soziale, ethnische, religiöse, kulturelle und politische Aspekte ein, ohne die ein menschenwürdiges Leben nicht möglich ist. Hier geht es um Teilhabe am politischen wie gesellschaftlichen Leben eines Landes, um Bildungschancen, Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter u. v. m.

Objektive Armut ist ein durch Außenstehende fest-

stellbarer Zustand, unabhängig von der Wahrnehmung der Betroffenen.

Das Konzept der **subjektiven Armut** bezieht sich auf die Sichtweise der Armen: Zentral für das subjektive Gefühl der Armut sind **Unsicherheit** (Abhängigkeit von Wetterbedingungen, Preisschwankungen), **Perspektivlosigkeit**, **Machtlosigkeit** und **Ausgrenzung** (keine Mitbestimmungsmöglichkeit des eigenen Lebensumfeldes) (Weltbank 2000).

Temporäre Armut berücksichtigt, dass Menschen aufgrund individueller Risken vorübergehend in Armut leben. Wenn das Einkommen über die gesamte Lebenszeit unter dem Existenzminimum ist, spricht man von **permanenter Armut**.

Indikatoren

Beim **Ressourcenansatz** steht die Fähigkeit eines Individuums oder einer Gruppe zur Selbsterhaltung im Mittelpunkt. Für die **Messung** von Armut wird bei diesem Ansatz **Einkommen** und **Konsum** herangezogen: Die Menschen, die in absoluter Armut leben, werden demnach als jene Menschen definiert, die von weniger als einem US $/Tag – gemessen in lokaler Kaufkraft – leben müssen. Heute sind dies 1,2 Milliarden Menschen. Diese Größe wird für das Millenniumsziel der Halbierung der absoluten Armut herangezogen. Fast die Hälfte der Menschen, 2,8 Milliarden, müssen mit weniger als 2 US $ pro Tag auskommen.[2]

Auch wenn das zur Verfügung stehende Dollareinkommen in lokaler Kaufkraftparität gemessen wird, ist ein Vergleich nur sehr bedingt aussagekräftig. Wie viel ein oder zwei oder mehr Dollar pro Tag für den einzelnen Menschen bedeuten, hängt u. a. davon ab, ob der Schul- und Arztbesuch kostenpflichtig ist, ob es eine funktionierende Altersversorgung gibt, wie regelmäßig und sicher das Einkommen ist, in welchem Ausmaß die Ernährung durch Subsistenz gewährleistet ist.

Weiters werden beim Ressourcenansatz nationale Armutsgrenzen verwendet, sowie u. a. das Konzept der Armutslücke (Poverty Gap). Die **Armutslücke** gibt den durchschnittlichen Abstand der Armen zur Armutsgrenze (in Prozent) an. Diese Messzahl ist wichtig, um einschätzen zu können, wie hoch das zusätzliche Einkommen ist, das benötigt wird, damit die Mehrzahl der Armen über die Armutsgrenze gelangt.

Oft kostet es weniger Aufwand, jenen Bevölkerungsgruppen, die knapp unter der Grenze sind, zu etwas mehr Einkommen zu verhelfen, und dadurch die Statistik zu verbessern. Den aller Ärmsten käme diese Politik allerdings nicht zugute.

Der **Lebenslagenansatz** definiert den Begriff der Armut wesentlich umfassender. Die Grundlage ist, dass Armen die Möglichkeiten für ein würdiges Menschsein verwehrt sind. Neben dem Einkommen werden auch Kriterien wie Ausbildung, gesellschaftliche Teilhabe an Entscheidungen, Lebensstandard, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit u. a. berücksichtigt. Eine Messgröße, die sich an den Lebenslageansatz anlehnt, ist der **Human Development Index** von UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Der HDI wurde im Jahr 1990 erstmals publiziert und war ein Versuch, der Messgröße des Pro-Kopf-Einkommens (BIP/Kopf) einen alternativen Indikator für Entwicklung gegenüberzustellen. Der HDI bewegt sich zwischen 0 und 1 und verwendet die Indikatoren Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Kindersterblichkeit und reale Kaufkraft per Kopf.[3] 1997 hat UNDP zusätzlich den **Human Poverty Index** (HPI) eingeführt. Im Unterschied zum HDI, der den Gesamtfortschritt einer Gesellschaft misst, informiert der HPI über den Anteil der Menschen, an denen dieser Fortschritt vorbeigeht (genaueres siehe Philipp 1999 sowie UNDP 2003).

Erreichung der Entwicklungsziele?

Im jüngsten UN-Bericht über die Erreichung der Entwicklungsziele versucht der Generalsekretär der Vereinten Nationen ein optimistisches Bild zu zeichnen. UNDP, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, widmete seinen diesjährigen Weltentwicklungsbericht (Human Development Report – HDR) ebenfalls den Millenniumszielen, die Einschätzung fällt hier etwas skeptischer aus.[4]

Weltweit ist die Anzahl der Menschen, die von **weniger als einem Dollar pro Tag** leben müssen, zwischen 1990 und 1999 von 29,6 % auf 23,2 % zurückgegangen, ausschlaggebend sind hier vor allem die gesunkenen Armutszahlen im bevölkerungsreichsten Land China. Ohne China ist die Anzahl der absolut Armen in dieser Zeit um 28 Millionen gestiegen (UNDP 2003). In Afrika südlich der Sahara stieg diese Zahl von 47 % auf 49 %, in Westasien von 2,2 % auf 7,5 %.

Trotz der neuen Berechnungsmethode[2] hat die Armut in den 1990er Jahren in 37 von 67 Ländern, für die die Daten zugänglich waren, zugenommen.

Geht man davon aus, dass durch steigende Landflucht und Ökonomisierung vieler Lebensbereiche mehr finanzielle Mittel zum Überleben benötigt werden, stellen sich die Zahlen in den ärmsten Ländern als noch dramatischer dar.

Laut dem UN-Bericht ist ein jährliches **Pro-Kopf-Wachstum** von mindestens 3 % nötig, um Armut zu reduzieren. Zwischen 2001 und 2003 wiesen die Entwicklungsländer im Durchschnitt ein Wachstum von 2,8 % auf – allerdings betrug dieses in Afrika südlich der Sahara nur 0,7 %, und in der gleichen Zeit schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika um durchschnittlich 1 % pro Jahr (UN 2003).

Die Anzahl der an **Hunger** leidenden Menschen ist in den 1990er Jahren um fast 20 Millionen zurückgegangen – sieht man jedoch wieder von China ab, ist diese Anzahl gestiegen (UNDP 2003). Der Prozentsatz der Kinder in **Grundschulen** hat sich in den meisten Ländern leicht erhöht, ist in Südasien und Südostasien jedoch zurückgegangen. In Afrika südlich der Sahara besuchen nur 57 % der Kinder die Grundschule, und nur ein Drittel beendet diese auch. ⅔ der 115 Millionen Kinder, die nicht die Grundschule besuchen, sind **Mädchen** (UNDP 2003).

Besonders besorgniserregend ist die immer ungleichere **Verteilungssituation**, die laut UNDP „groteskes Niveau" erreicht hat (UNDP 2003, 39). Die Ungleichverteilung steigt weltweit zwischen Menschen, zwischen den Ländern und innerhalb der Länder. Die reichsten 5 % der Weltbevölkerung verdienen 114-mal so viel wie die ärmsten 5 %, die reichsten 1 % gleichviel wie die ärmsten 57 %. In den 1980er und 1990er Jahren ist die Ungleichheit in 17 von 33 Entwicklungsländern gestiegen, in nur 6 ist sie gesunken (ebenda). Dies ist umso bedenklicher, als Wachstum weniger zur Armutsbekämpfung beiträgt je ungleicher die Verteilungssituation ist. So hat ein Prozent Wachstum in Ostasien viermal mehr zur Armutsbekämpfung beigetragen als in Lateinamerika, das eine viel ungleichere Verteilungssituation aufweist (Oxfam 2000).

Die Zwischenbilanz, die UNDP zur Einhaltungen der **Verpflichtungen der Industrieländer** unter Punkt 8 der MDGs zieht, stimmt nicht optimistisch: Es wird geschätzt, dass – auch wenn die Entwicklungsländer ihr Bestes in der nationalen Politik und Ressourcenaufbringung geben – mindestens 50 Mrd US $/Jahr zusätzlich notwendig wären, um die MDGs zu erreichen. Dies wäre fast eine **Verdopplung** der aktuellen EZA-Leistungen.[5] Trotz geringfügiger Steigungen im Jahr 2002 scheint dieses Ziel in weiter Ferne.

Auch bei den anderen Themen (Schuldenerlass, Technologietransfer, Streichung von Exportsubventionen etc.) kritisiert UNDP, dass die Fortschritte bisher sehr marginal waren. „It is time for the rich countries to deliver on these promises." (UNDP 2003, 11).

UNDP hat errechnet, wie lange die einzelnen Regionen – wenn die Entwicklung im derzeitigen Tempo weitergeht – brauchen werden, um die Millenniumsziele zu erreichen. Das Ziel der Armutsreduktion würde überhaupt nur Südasien erreichen, Lateinamerika, Afrika südlich der Sahara und Zentral- und Osteuropa würden weiter zurückfallen. Die Ziele der Reduktion des Hungers und der Erhöhung des Grundschulbesuchs würden in Afrika südlich der Sahara im Jahr 2160 erreicht werden (ebenda).

Strategien zur Armutsbekämpfung

Praktisch alle Entwicklungshilfe-Geber haben sich hinter die Millenniumsziele gestellt. Die Strategien zur Erreichung dieser Ziele sehen allerdings recht unterschiedlich aus. In der Folge sollen beispielhaft einige dieser Strategien beleuchtet werden.

Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP)

Die auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 1999 beschlossene PRSP-Initiative kann als Versuch zur Operationalisierung der Millenniumsziele gesehen werden. Armutsbekämpfungsprogramme haben die ursprünglichen Strukturanpassungsprogramme ersetzt. Seither sind die Regierungen der Entwicklungsländer, mit Einbeziehung der Zivilgesellschaft, für die Formulierung der Programme zuständig. Die Internationalen Finanzinstitutionen haben durch diese Initiative auf langjährige Kritik aus der Zivilgesellschaft reagiert. Die Strategiepapiere (Poverty Reduction Strategy Paper) dienen nun auch vermehrt als Grundlage für die

Kooperation mit bi- und multilateralen Gebern und haben zu einer verbesserten **Geberkoordination** geführt. Der Ansatz fügt sich in die neuen Paradigmen der Entwicklungszusammenarbeit ein, da die **Eigenverantwortung** des Landes betont wird, und Good Governance im Mittelpunkt steht.

Die Verabschiedung eines PRSP ist Bedingung für **Schuldenerlass** und für **neue Kredite**. Das bedeutet, dass die Abhängigkeit von den Geberorganisationen weiterhin sehr hoch bleibt.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft stellt einen Fortschritt zur bisherigen Strukturanpassungspolitik dar, und hat – auch wenn die **Partizipation** meist eher auf Konsultationen beschränkt war – zu einer verstärkten öffentlichen Diskussion in den jeweiligen Ländern geführt. Wie groß die Einflussnahme von zivilgesellschaftlichen Gruppen auf die Formulierung ist, hängt – abgesehen von der Bereitschaft der jeweiligen Regierung – stark vom Organisationsgrad und den vorhandenen Kapazitäten in diesem Bereich ab.

Weithin wird die PRSP-Initiative als wichtiger Schritt für die Armutsbekämpfung wahrgenommen. Um zu einem nachhaltigen Erfolg zu führen, gibt es allerdings noch eine Reihe von Herausforderungen.

- Der makroökonomische Kern der PRSPs gleicht stark den viel kritisierten Strukturanpassungsprogrammen, eine Debatte über alternative Politikformulierungen (Hofmann/Schröder 2003) und deren Implementierung wäre dringend notwendig.
- IWF und Weltbank nehmen weiterhin sehr starken Einfluss auf die direkte Politikformulierung, so wurde Sambia, um Schuldenerlass zu bekommen, nahe gelegt, eine staatliche Bank zu privatisieren, in Nicaragua wurde verlangt, die Wasserversorgung zu privatisieren (Chavez/Guttal 2003).
- Chavez/Guttal kritisieren, dass das angewandte Konzept der „Good Governance" vor allem darauf zielt, ein förderliches Umfeld für ausländische Investoren zu schaffen und deren Interessen zu schützen, jedoch nicht, die Rechte der Bevölkerung zu wahren (ebenda). Eine Diskussion und Redefinition dieses Konzepts wäre sinnvoll.
- Die Internationalen Rahmenbedingungen, die großen Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben, werden auch bei dieser Initiative nicht thematisiert (ÖFSE 2003) – die verbesserte Geberkoordination könnte auch zu diesem Zwecke dienen.[6]

Weltbank: Armutsbekämpfung durch den privaten Sektor

Die Weltbank widmet regelmäßig ihre Flagschiffpublikation, den Weltentwicklungsbericht (World Development Report, WDR) verschiedenen Aspekten von Armutsbekämpfung.

Der **WDR 1990** definierte Wachstum und soziale Sicherheitsnetze als Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Die dahinter liegende Annahme war, dass Wachstum der Mehrheit der Menschen automatisch zugute kommt, und diejenigen, die von dieser Strategie nicht profitieren, durch soziale Netze aufgefangen werden sollten. 10 Jahre später erkannte der **WDR 2000** an, dass Armutsbekämpfung sehr viel komplexer ist. Die Schlüsselthemen in dem Report sind „Security, Empowerment und Opportunity". Die Rolle von gut funktionierenden Institutionen wird betont, weiters wird festgehalten, dass Entwicklungsländer Liberalisierung und Freihandel womöglich etwas langsamer implementieren sollen.

Der neue World Development Report (**WDR 2004**) widmet sich dem Thema „Making Services work for Poor People". Eine Grundannahme des WDR 2004 ist, dass Regierungen zu schwach sind, um qualitativ hochwertige Basisdienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die auch den Armen zugute kommen. Daher soll – auch als Instrument zur Armutsbekämpfung – der Privatsektor eine stärkere Rolle übernehmen.

Eine umfassende Versorgung mit Basisdienstleistungen (wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Strom) ist eine Grundvoraussetzung für Armutsbekämpfung und wird weithin als **Hauptinstrument für die Erreichung der MDGs** anerkannt. Diese Dienstleistungen können öffentlich – auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene – wegen fehlender Mittel oft nur ungenügend zur Verfügung gestellt werden. Die Frage ist, welche Rolle hier der private Sektor übernehmen kann: Arme stellen für private Anbieter keine interessante Zielgruppe dar. Ohne wirksame öffentliche Intervention oder Anreize ist die Gefahr groß, dass diese von der Versorgung ausgeschlossen werden. Das World Bank Operations Evaluation Department selbst hält fest: „getting the private

sector to focus on the alleviation of poverty and to design tariffs in a way that does not discriminate the poor has proved hard to achieve in practice" (Pitman 2002 in Alexander/Kessler 2003, 7).

Ein großer Teil der armen Bevölkerung lebt oft in ländlichen Gebieten, diese sind wegen der höheren Versorgungskosten ohnehin wenig attraktiv. „Water multinationals have little or no interest in rural drinking water systems." (International Rivers Network in ebenda, 5).

Öffentliche **Subventionen** explizit für Arme sind ein Instrument, um die Versorgung zu garantieren. Die Praxis zeigt jedoch, dass es schwierig ist, die Zielgruppen zu erreichen. Eine Studie über die private Wasserversorgung in Chile zeigte, dass 80 % der Armen von den Subventionen nicht erreicht wurden, und 80 % der Subventionen an wohlhabendere Schichten flossen. Dies ist besonders besorgniserregend, da Chile bessere institutionelle Kapazitäten aufweist als die meisten Entwicklungsländer (ebenda).

Um die Investitionen für private Anbieter attraktiv zu gestalten, gibt es verschiedene **Anreize** von Seiten der Regierungen: Subventionen für Infrastruktur-Errichtung und für den Betrieb, Abnahmegarantien, Steuererleichterungen sowie steuerfreie Perioden etc. Diese Anreize stellen für das Budget beträchtliche Belastungen und Steuerausfälle dar. Schwache Regierungen sind meist auch nicht in der Lage, private Investoren in einem notwendigen Maße zu **regulieren**, was zu überhöhten Preisen, zu geringen Investitionen und Steuerzahlungen führen kann (Bayliss 2002).

Die bisherigen Erfahrungen stellen die positiven Auswirkungen privater Dienstleistungserbringung auf Armutsbekämpfung in Frage. Es gibt keine empirische Evidenz, dass Privatisierung zu mehr Wachstum, zu mehr Wettbewerb oder zu mehr Staatseinnahmen führt (ebenda). Laut ILO-Studien kommt es zu einer drastischen Reduktion der Beschäftigung bei Privatisierungen des Wasser-, Strom- und Gassektors (ILO 1999). Der Human Development Report 2003 hält fest: „The supposed benefits of privatizing social services are elusive, with inconclusive evidence on efficiency and quality standards in the private relative to the public sector" (UNDP 2003, 113).

Dennoch sorgt die Weltbank dafür, dass ihre Empfehlungen auch umgesetzt werden: Privatisierung ist in vielen Fällen Voraussetzung für Entschuldung und neue Kreditvergabe. Eine Studie von 276 Weltbankkrediten für Wasserversorgung zwischen 1990 und 2002 zeigte, dass 30 % davon Privatisierung als Bedingung beinhalteten, die Mehrheit davon in den letzten 5 Jahren (Center for Public Integrity 2003). Druck wird auch durch die selektive Auswahl bestimmter Länder für Kreditvergabe ausgeübt. So konzentriert die Weltbank in Indien ihre Kreditmittel auf jene 3 Bundesstaaten, die zur Implementierung der gewünschten Politik bereit waren (Alexander/Kessler 2003).

Auch die mittlerweile gängige Praxis der Dezentralisierung – ohne dass die lokalen Regierungen über ausreichende Kapazitäten oder Mittel verfügen – führt oft zur Privatisierung „aus Verzweiflung" wie Alexander/Kessler dies ausdrücken (ebenda).

WTO – Doha-Entwicklungsrunde

Die WTO-Politik kann als Nagelprobe für den politischen Willen der internationalen Gemeinschaft zur Armutsbekämpfung gesehen werden, daher werden in der Folge einige Punkte rund um die letzte Ministerkonferenz in Cancun angeführt.

Die in Seattle geplatzte Millenniumsrunde der WTO wurde in Doha in „Entwicklungsrunde" umgetauft und sollte besonders Entwicklungsländern zugute kommen. Dies ist als Eingeständnis zu sehen, dass die Entwicklungsländer von den bisherigen WTO-Verträgen nicht in ausreichendem Maße profitiert haben.

Die Forderungen der Entwicklungsländer fanden jedoch keinen Eingang in die Cancun-Agenda: Sie forderten, keine neuen Themen in die Verhandlungen aufzunehmen und stattdessen den Fokus auf Implementierung und **„Special & Different Treatment"** zu legen, d. h. Korrektur der bisher für Entwicklungsländer negativen Passagen sowie eine Sonderbehandlung für die ärmeren Handelspartner.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war die Streichung von **Exportsubventionen** im Agrarbereich, die dazu führen, dass Märkte mit billigen Agrarprodukten v. a. aus der EU und USA überschwemmt und lokale Märkte zerstört werden. Weiters ging es um die Aufweichung des Patentschutzes auf überlebenswichtige Medikamente. Bei letzterem Thema wurde kurz vor Cancun ein extrem schwacher aber gut vermarkteter Kompromiss gefunden, bei allen anderen Themen fanden praktisch keine Zugeständnisse statt. Ein bezeichnendes

Beispiel ist die Weigerung der USA, die Exportsubventionen für Baumwollexport zu streichen, die in Westafrika die lokalen Produktionen zerstören und somit zur Steigerung der Armut beitragen.

Nähmen die Industrieländer das Ziel der Armutsbekämpfung ernst, gäbe es gerade in der WTO sehr viele Möglichkeiten, hier große Fortschritte zu machen. Vor allem gälte es, Entwicklungsländern alternative Wege zum Freihandelsmodell zuzugestehen. Der Cambridge Ökonom Ha-Joon Chang belegt eindrucksvoll, dass kein einziges Industrieland durch Freihandel seinen heutigen Entwicklungsstatus erreicht hat (Chang 2002).

Ausblick

Obwohl in vielen Ländern konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung durchgeführt werden, scheint die Erreichung der Millennium Development Goals heute weniger realistisch denn je. Die Gefahr ist groß, dass die Legitimationskrise der Entwicklungspolitik bei einem Misserfolg noch verschärft wird. In keiner Zeit war das Potenzial für weltweiten Wohlstand so groß wie heute. Dass noch immer die Mehrzahl der Menschen in Armut lebt, zeigt das Versagen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells. Bei einer effektiven Armutsbekämpfung geht es um mehr als schöne Deklarationen. Es geht um eine Neugestaltung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es geht um Umverteilung von Ressourcen und von Macht. Es geht um das transparent Machen von Interessen und Einfluss auf Politik. Es ist dringend notwendig, diese Fragen in einer Zeit, wo die Verteilungsungerechtigkeit und Entdemokratisierung steigt, zu diskutieren und in politische Strategien münden zu lassen. „Armutsbekämpfung muss aus der Ecke einer Armen- und Mitleidspolitik herausgeholt und als Gebot der politischen Vernunft und des aufgeklärten Eigeninteresses begriffen werden“ (Nuscheler 2001, 7).

---

1 *Eine Auflistung der Entwicklungsziele befindet sich im Anhang.*

2 *Die Weltbank hat Ende der 1990er Jahre Änderungen in der Berechungsmethode für das PPP Dollareinkommen vorgenommen. Laut Robert H. Wade hat sich durch die Methode die Armutsrate in 7 % der Länder, für die Daten vorhanden sind, verringert (Wade 2003).*

3 *Für einen Überblick über verschiedene Fragestellungen bzgl. Messung von Armut siehe auch World Development Report (WDR) 2000/2001, S. 25 ff sowie Wade 2003*

4 *Es folgt eine Auswahl wichtiger Ergebnisse – ein Gesamtüberblick ist nachzulesen in UN, 2003, sowie UNDP, 2003.*

5 *Auch eine Verdopplung würde den Prozentsatz der EZA auf nur 0,44 % des BIP der Industrieländer erhöhen, noch weit entfernt von den immer wieder versprochenen 0,7 %.*

6 *Zu drei Länderbeispielen siehe den Beitrag von Christine Enzi im selben Heft.*

Literatur

Alle Homepages zuletzt am 17. November 2003 aufgerufen.

Alexander, Nancy; Kessler, Tim (September 2003): Assessing the Risks in the Private Provision of Essential Services, Citizens' Network on Essential Services. http://www.servicesforall.org/html/tools/assessing_risks.shtml

Bayliss, Kate (Jänner 2002): Privatisation and Poverty: The Distributional Impact of Utility Privatisation, Centre on Regulation and Competetion, No. 16, Manchester. http://idpm.man.ac.uk/crc/wpdl149/wp16.pdf

Burchardt, Hans-Jürgen (2003): Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht? In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 2/2003

Center for Public Integrity (2003): Promoting Privatization. http://www.icij.org/dtaweb/water/PrintReady.aspx?AID=2

Chang, Ha-Joon (2002): Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective, Anthem Press, London

Chang, Ha-Joon (2003): Was der Freihandel mit einer umgestoßenen Leiter zu tun hat. In: TAZ, 13.6.03. http://www.taz.de/pt/2003/06/13/a0050.nf/text

Chavez, Chenina Joy; Guttal, Shalmali (2003): PRSP: A poor Package for Poverty Reduction. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 2/2003

Fischer, Karin (2002): 50 Jahre „Entwicklung": Ein uneingelöstes Versprechen? http://www.attac-austria.org/download/forum_fischer_160402.doc

GTZ (Juli 1998): Armut: Definitionen, Konzepte und Indikatoren. http://www.gtz.de/forum_armut/download/bibliothek/konzind.pdf

GTZ: Aktionsprogramm 2015. http://www.aktionsprogramm2015.de/www/home_1_1_6_f.htm

Hofmann, Michael; Schröder, Ralf (2003): On Process and Content of Poverty Reduction Strategies. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 2/2003

ILO (1999): Report for discussion at the Tripartite Meeting on Managing the Privatization and Restructuring of Public Utilities, Geneva. http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/techmeet/tmpu99/

Kessler, Tim (September 2003): Review of the 2004 World Development Report „Making Services Work for Poor People". http://www.servicesforall.org/html/tools/2004WDR_review.shtml

Krause, Patrick (Februar 1999): Ein Überblick über die aktuelle Diskussion um Messung, Ausprägung, Ursachen und Bekämpfung von Armut. http://www.gtz.de/forum_armut/download/bibliothek/arm_ueber.pdf

Kwa, Aileen (2003): Power Politics in the WTO, Focus on the Global South, Bangkok. http://www.focusweb.org/publications/Books/power-politics-in-the-WTO.pdf

Nuscheler, Franz (2001): Halbierung der absoluten Armut: die entwicklungspolitische Nagelprobe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/19 2001. http://www.das-parlament.de/2001/18_19/Beilage/003p.pdf

OECD/DAC (1996): Shaping the 21st century, Paris. http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf

Oxfam (2000): Growth with equity is good for the poor. http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/debt_aid/growth_equity.htm

Philipp, Björn (Februar 1999): Armut – Die Konzepte von Weltbank und UNDP. http://www.gtz.de/forum_armut/download/bibliothek/arm_mess.pdf

Schenk, Martin (o.J.): Und raus bist du! Die Scham des Versagens. http://www.ufg.ac.at/be/studienrichtung/public_html/teil03/gastvortaege/schenk/versagens.pdf

UN (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, New York. http://www.uno.de/sg/millennium/millenniumerklaerung.pdf

Strickner, Alexandra; Vögel, Monika – ÖFSE (2003): PRSP – Ansätze zur Armutsbekämpfung: Eine Bilanz. http://www.oefse.at/download/prsp_informationen.pdf

UN (September 2003): Implementation of the UN Millennium Declaration, Report of the Secretary-General, New York. http://www.undp.org/mdg/SG_MDGannualreport.pdf

UNDP (2003): Human Development Report, Oxford University Press, New York

Wade, Robert Hunter (2003): Poverty and Income Distribution: What is the Evidence? In: Pettifor, Ann (Hrsg.) (2003): Real World Economic Outlook, Palgrave, New York

Weltbank (1990): World Development Report, Oxford University Press, New York

Weltbank (2000/2001): World Development Report, Oxford University Press, New York

Weltbank (2004): World Development Report. http://econ.worldbank.org/wdr/wdr2004/

Christine Enzi, ÖFSE

ARMUTSBEKÄMPFUNGSPROGRAMME AUF DEM PRÜFSTAND

Der PRSP-Prozess in den österreichischen Schwerpunktländern Mosambik, Nicaragua und Uganda

Einleitung

PRSP steht für „Poverty Reduction Strategy Papers", also: Strategiepapiere zur Armutsminderung. Armutsbekämpfung ist seit einigen Jahren wieder verstärkt in den Vordergrund der internationalen Entwicklungspolitik gerückt. Ausdruck für diesen Trend sind die PRSPs.

Diese gelten als neue Hoffnung in der internationalen Entwicklungspolitik. Seit 1999 steht das von Weltbank und IWF entwickelte Tool für einen reformatorischen Ansatz in den einseitigen Nord-Süd-Beziehungen. Das PRSP ersetzt das Policy Framework Paper des IWF, in dem die verschiedenen Strukturanpassungsmaßnahmen festgesetzt waren, welche die Kooperation zwischen Geberstaaten und der so genannten „Dritten Welt" in den letzten Jahren gekennzeichnet haben.

PRSPs stehen – zumindest dem programmatischen Ansatz nach – für eine vollkommen veränderte Struktur der Entwicklungskooperation: Entwicklungsländer werden zu „Selbstbestimmern" (The Country in the driver's seat), entwerfen und formulieren ihre eigenen Armutsbekämpfungsstrategien aufgrund länderspezifischer Kenntnisse und Interessen, im Idealfall unter Beteiligung unterschiedlichster Interessensgruppen (Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Parteien und Parlamente, Gewerkschaften, …) und mit dem wichtigsten Ziel, die Anzahl der Armen drastisch zu reduzieren.

Neu ist, dass nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Landes dem Oberziel Armutsbekämpfung unterworfen werden sollen.

Schuldenerlässe im Rahmen der HIPC-II-Initiative[1] setzen ein PRSP, oder zumindest ein Interims-Papier (I-PRSP) voraus. Der HIPC-Prozess besteht aus den Stufen Decision Point (Zeitpunkt, zu dem sich ein Land für den Erlass von Schulden qualifiziert; teilweises Aussetzen der Schuldenzahlungen bereits möglich) und Completion Point (Zeitpunkt, zu dem alle Bedingungen für einen Schuldenerlass erfüllt sind; die Schulden werden tatsächlich erlassen).

Langfristig sollen die sog. IDA-Länder (ca. 70 ärmere Länder) neue konzessionäre Kredite[2] von Weltbank und IWF sowie von bilateralen Gebern nur noch auf der Basis von PRSP erhalten.

Ein PRSP soll einem Kreislauf von Analyse (der Armutssituation), Strategieentwicklung (zur Armutsbekämpfung), Implementierung, Monitoring und Evaluierung unterworfen werden.

Von den acht Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) – Nicaragua, Kap Verde, Burkina Faso, Mosambik, Uganda, Ruanda, Äthiopien, Bhutan – haben fast alle Länder ein vollständiges PRSP abgeschlossen. Bhutan arbeitet an keinem PRSP, da es nicht an der HIPC-II-Initiative teilnimmt. Auch Kap Verde zählt nicht zu den HIPC-Ländern, hat jedoch trotzdem ein I-PRSP erstellt, und arbeitet am Full-PRSP, da es sich davon Vorteile erwartet.

Von den Kooperationsländern der ÖEZA haben Senegal, Tansania und Nepal ein Full-PRSP, Kenia und Pakistan ein I-PRSP (Stand Mitte November 2003).

Die ÖFSE beschäftigt sich seit dem Jahr 2002 intensiv mit dem Thema „Armutsbekämpfungsstrategien am Beispiel PRSP". In diesem Artikel werden die wichtigsten Ergebnisse dreier Länderuntersuchungen zusammengefasst, die in Zusammenarbeit mit dem BMA Sektion VII erstellt wurden. Dabei handelt es sich um die PRSPs der Schwerpunktländer der ÖEZA: Mosambik, verfasst von Hannes Manndorff; Nicaragua von Don Yader Baldizón sowie Uganda von Monika Vögel. Die Untersuchungsergebnisse werden im Folgenden mit neuen aktuellen Entwicklungen ergänzt und in Kontext mit einer PRSP-Analyse gestellt, die von der ÖFSE im Juni 2003 veröffentlicht wurde.

Mosambik – PARPA

Mosambik hat als drittes Land nach Uganda und Bolivien im September 2001 einen umfassenden Schuldenerlass erhalten. Das I-PRSP wurde im Februar 2000, das PRSP im Mai 2001 vorgelegt und von Weltbank und IWF im September 2001 akzeptiert. Mosambik erreichte somit den Completion Point der HIPC-Initiative. Der

erste Progress Report wurde im Februar 2003 veröffentlicht.

Armutsbekämpfung stand schon einige Zeit vor dem Start der PRSP-Initiative 1999 als wichtiger Punkt auf der politischen Agenda des Landes. 1989 wurde eine erste, 1995 eine zweite Armutsstrategie entwickelt; ein detaillierter Aktionsplan (PARPA) wurde 1999 fertig gestellt. Mosambiks PARPA 2000–2004 wurden von den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) als I-PRSP akzeptiert, der PARPA-Entwurf für 2001–2005 gilt als Full-PRSP des Landes.

Wichtigste Inhalte des PRSP

Inhalte

Die Grundannahmen des PRSP sind, dass zur Armutsreduktion

- das Engagement der Bevölkerung
- ein effizienterer, effektiverer und bürgerorientierter Staatsapparat
- ein breites, schnelles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und
- soziale, politische und makroökonomische Stabilität

nötig sind.

Das PRSP von Mosambik spezifiziert darauf aufbauend sechs prioritäre Bereiche, die für die Armutsbekämpfung als vorrangig gelten: Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Infrastruktur (Straßen, Energie Wasser; um u. a. Initiativen der Bevölkerung und des Privatsektors zur erleichtern), Good Governance (Verbesserung der Transparenz staatlicher Institutionen, inklusive Dezentralisierung der Verwaltung und des Finanzsystems) und Makroökonomik.

Ein wesentlicher Unterschied des PARPA zu früheren Plänen ist, dass das Konzept der Good Governance als wichtiger Teil Eingang in das Dokument gefunden hat. Im Vergleich zu den vorherigen Armutspapieren gibt es eine klarere Prioritätensetzung. Weitere Aktionsfelder, die im PARPA benannt wurden, sind z. B. Bergbau, Fischerei, Tourismus, Technologie, Umwelt, Transport und Kommunikation, Reduktion der Verletzlichkeit gegenüber Naturkatastrophen. Das PRSP enthält des weiteren Monitoring- und Evaluierungsstrategien.

Das PARPA soll primär auf der Distriktebene umgesetzt werden, wobei im Moment jedoch noch etwa 70 % der Staatsausgaben in der Hauptstadt Maputo verbleiben. Überhaupt spielte und spielt sich der PRSP-Prozess fast ausschließlich in Maputo ab. Von der internationalen Gebergemeinschaft, sowie auch von der Regierung selbst, wird Dezentralisierung als wichtige Vorraussetzung zur effektiven Armutsreduktion gesehen.

Die Harmonisierung des PRSPs mit anderen Planungsinstrumenten ist noch nicht vollständig ausgereift. Im Moment wird das PARPA eher als zusätzliches Instrument zu den anderen Planungsmechanismen gesehen, anstatt diese zu ersetzten.

Trotz der Tatsache, dass sich das PRSP in makroökonomischer Hinsicht sehr an die Strukturanpassungspolitik der IFIs anlehnt, gilt Mosambik laut einer Studie (vgl. Review of Nordic monitoring of the WB and IMF support to the PRSP Process) hinsichtlich der Kooperation mit IWF und Weltbank als Ausnahmefall, da von Seiten der IFIs ein offenerer politischer Dialog mit der Regierung und den Partnern zugelassen wurde.

Schwachstellen

Das PARPA weist in einigen Bereichen sehr wohl Neuerungen im Unterschied zu vorherigen Armutsstrategien auf, viele Inhalte sind jedoch wenig innovativ.

Auch wenn sich der konzeptionelle Armutsansatz im PARPA bereits verbessert hat – es werden auch andere als auf den Konsum bezogene Indikatoren zur Armutsdefinition verwendet – so bleibt das Grundkonzept doch auf das Pro-Kopf-Einkommen fixiert.

Die Verknüpfung zwischen programmatischen Prioritäten der Armutsbekämpfung und der Budgetpolitik des Landes wurde zweifellos gestärkt, die Verbindung ist jedoch noch zu schwach.

Der Genderaspekt wird zwar besonders im Hinblick auf die Sektoren Bildung (ESSP – Education Sector Strategic Plan) und Gesundheit berücksichtigt, spielt aber in Bezug auf andere Bereiche keine bzw. nur eine geringe Rolle.

Des Weiteren wurde das PARPA nicht mit den tatsächlich verfügbaren finanziellen Ressourcen abgestimmt, sondern vertraut darauf, dass wirtschaftliches Wachstum zusätzliche Ressourcen schafft.

Das Konzept des Pro-Poor-Growth ist nur schwach umrissen, was jedoch ein allgemeines Problem innerhalb des PRSP-Prozesses ist. Darunter wird in Mosam-

bik hauptsächlich ein gesteigertes Wachstum des Landwirtschaftssektors (Sektorprogramm für den Bereich Landwirtschaft: ProAgri) verstanden, da 90 % der Bevölkerung in diesem Bereich tätig sind. Es mangelt jedoch an genaueren Ausführungen, wie dieses Wachstum erreicht werden soll.

Wie den meisten PRSPs fehlt es auch dem PARPA an einer konkreten Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und den Auswirkungen und Konsequenzen für die Armutsreduktion. Da die momentanen Wachstumsstrategien v. a. auf einigen wenigen Megaprojekten basieren, ist das Fehlen der Verbindung Wachstum-Armutsreduktion besonders kritisch zu hinterfragen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die fehlende Spezifizierung darüber, wie der Familiensektor und die produktive Rolle der Armen gestärkt werden sollen. Das PARPA konzentriert sich vordergründig auf die Schaffung eines förderlichen Umfelds für den Privatsektor und gibt wenig Details darüber bekannt, wie kleine ProduzentInnen z. B. am geplanten landwirtschaftlichen Auftrieb partizipieren sollen.

Wichtige Aspekte

Makroökonomie/Wirtschaftswachstum

Makroökonomische Stabilität und Wirtschaftswachstum sind die Grundsäulen des PARPA.

Im PRSP des Landes wird mit einem BIP-Wachstum von jährlich 8 % gerechnet. Das Wachstumsziel wurde in den Jahren 2000 und 2001 im Durchschnitt erreicht, 2002 betrug das Wachstum laut Economist Intelligence Unit (EIU) 7,2 %, 2003 wird ein BIP-Wachstum von 7,0 % erwartet.

Das PARPA identifiziert als signifikante Quelle des Wachstums einige wenige Megaprojekte (u. a. Aluminiumindustrie), die sehr kapital- und importintensiv sind. Der Beitrag dieser Megaprojekte zum Steueraufkommen ist jedoch sehr gering und die Projekte haben einen gewissen Enklavencharakter. Somit ist die Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion durchaus anzuzweifeln. Im Hinblick auf makroökonomische Zielsetzungen sind grundsätzlich also keine wesentlichen Veränderungen ersichtlich – es wird weiterhin auf schon bekannte Konzepte gesetzt.

Partizipation

In Mosambik kam es zu einer Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Planung und Erstellung des PARPA, diese fand jedoch nur in eingeschränkter Form statt. Am bedeutendsten war die Kooperation mit der Groupo da Divida Mozambique, einem Netzwerk von nationalen NGOs mit Sitz in Maputo, das seit Jahren zu Verschuldungsfragen arbeitet.

Allerdings war der Konsultationsprozess in erster Linie ein Anliegen der Geber und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, so dass zivilgesellschaftliche Gruppen auch in den laufenden PRSP-Prozess nur unwesentlich integriert sind.

Die Rolle des Parlaments und jene politischer Parteien blieb ebenso unbedeutend, wobei die Funktion des Parlaments im PARPA-Prozess durch ein neues Gesetz aufgewertet wurde.

Für die unwesentliche Rolle des Parlaments im PRSP-Prozess wird laut einer IFAD-Studie der Konfrontation der beiden politischen Parteien nach 16 Jahren Bürgerkrieg die Schuld gegeben (Longo 2002).

Schuld an der mangelnden Partizipation wird häufig der Verbindung zwischen Schuldenerlass (HIPC) und Armutsbekämpfung (PRSP) gegeben. Diese Situation hat in Mosambik dazu geführt, dass sich die zivilgesellschaftlichen Gruppen für das möglichst rasche Erreichen des Schuldenerlasses auf Kosten einer umfassenden Partizipation entschieden haben.

Geberkoordination

Obwohl die Gebergemeinschaft am ersten PARPA-Entwurf kaum beteiligt war, spielen bi- und multilaterale Geber eine zentrale Rolle im PRSP-Prozess. Diese wichtige Position ist v. a. deshalb von Bedeutung, da in den letzten Jahren etwa 50 % der Regierungsausgaben und 75 % der öffentlichen Investitionen durch ausländische Entwicklungsgelder finanziert wurden.

Die Geberpolitik hat sich durch das PRSP des Landes unwesentlich verändert, da sich praktisch jede Geberaktivität weiterhin durch das PARPA rechtfertigen lässt. Die wesentlichste Neuerung ist eine verstärkte direkte Budgethilfe von Seiten der Geberländer. Der Geberzusammenschluss G10 (neun bilaterale Geber und die Europäische Kommission) unterstützt diese neue Form der

Entwicklungskooperation und leistet einen Großteil seiner Hilfe über direkte Budgetzahlungen. Die G10 erkennen zwar das PARPA als politischen Handlungsrahmen an und benennen Armutsreduktion als wichtigstes Ziel der Budgethilfen, Armutsthematiken sind jedoch nicht federführend auf der politischen Agenda.

Ab 2004 wollen diverse Geber und die Weltbank einen gemeinsamen Rahmen für ihre Budgethilfen benutzen (PAF – Performance Assessment Framework). Ziel ist es, die Vorhersehbarkeit und Transparenz der Budgethilfen zu steigern, die Geberkoordination voran zu treiben und die nationale Verantwortlichkeit Mosambiks zu fördern, anstatt zu untergraben. Dafür wurde eine Matrix von der Regierung entwickelt, die jährliche Schlüsselaktionen aufzeigt, welche für die Erreichung der PRSP-Ziele nötig sind.

Nicaragua – ERCERP

Nicaragua zählt zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas; das durchschnittliche BIP/Kopf liegt weit unter dem regionalen Durchschnitt. Armut und extreme Armut sind v. a. auf dem Land vorherrschend.

Das Schwerpunktland der ÖEZA erreichte im Dezember 2000 den Decision Point der HIPC-II-Initiative, das PRSP von Nicaragua wurde im Juli 2001 vorgelegt und von IWF und Weltbank akzeptiert. Der erste Progress Report wurde im November 2002 veröffentlicht.

Die Strategie des wirtschaftlichen Wachstums und der Verringerung der Armut (ERCERP) hat ihren Ausgangspunkt im Programm der nationalen Entwicklung, das die Regierung Nicaraguas 1998/1999 vorstellte. Die ERCERP ist ein Zusammenspiel von sozialökonomischen Politiken, Programmen und Projekten, die im Zeitraum 2001–2015 durchgeführt werden, und zum Ziel haben, mittel- und langfristig ökonomisches Wachstum und Armutsminderung zu erreichen.

Wichtigste Inhalte des PRSP

Aufbauend auf den von der Regierung formulierten Prinzipien Modernisierung des Staates, Gerechtigkeit, Transparenz, Verantwortlichkeit sowie breiterer Partizipation aller Bevölkerungsgruppen besteht das PRSP aus 4 Säulen und 3 Querschnittsthemen.

Die vier Säulen sind:

- ein wirtschaftliches Wachstum mit dem Schwerpunkt ländliche Ökonomie (makroökonomische Stabilität, Strukturreform, Privatisierung staatlicher Dienstleistungsunternehmen, Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen)
- verbesserte Investitionen in das Humankapital der armen Bevölkerung (Schwerpunktsektoren: Primär- und Berufsbildung, Gesundheitsversorgung, Kinderernährung und Bevölkerungspolitik) um Produktivität, Einkommen und Wohlstand zu erhöhen
- verbesserter Schutz benachteiligter Gruppen vor Naturkatastrophen durch eine stärkere Ausrichtung des Sozialsystems auf die Bedürfnisse von Kindern, Frauen, Behinderten und Alten
- Good Governance und institutionelle Entwicklung, um mit mehr Transparenz, klaren Regeln und unabhängiger Justiz private Investoren anzulocken, sowie durch einen verbesserten Partizipationsprozess den Bedürfnissen der Armen besser entsprechen zu können.

Bei den drei Querschnittsthemen handelt es sich um

- größere Nachhaltigkeit bei der Gestaltung der Umweltbedingungen und die Verringerung der ökologischen Anfälligkeit;
- größere soziale Gleichheit;
- Dezentralisierung.

Die ökologische Verletzbarkeit Nicaraguas bedeutet ein erhöhtes Risiko für das Land und die arme Bevölkerung. Eines der jüngsten Beispiele war der Hurrikan Mitch. Daher ist diese Thematik wichtiger Bestandteil des PRSP. Ein erster Schritt um die ökologische Verletzbarkeit zu verringern war die Ausarbeitung des Nationalen Umweltplans (PANIC) 2002–2005. Die ERCERP identifiziert das Problem der sozialen Ungleichheit als eines der wichtigsten, das gelöst werden muss. Ebenso ist die Dezentralisierung ein integraler Bestandteil des Prozesses.

Frauen werden im PRSP in ihrer ursprünglichen Rolle festgeschrieben und finden in erster Linie auf Grundlage von Rollenverteilungen und Aufgaben im reproduktiven Sektor Erwähnung (Reduzierung der Müttersterblichkeit, Verbesserung von Möglichkeiten zur Geburtenkontrolle, Erhöhung der Gesundheitsdienstleistungen für Frauen, …).

Das PRSP Nicaraguas unterscheidet sich von früheren Strategien durch eine gründlichere Analyse, speziellere

Zielsetzung, einen breiten Konsultationsprozess (CONPES als Dachorganisation für die Zivilgesellschaft, Internationale Gebergemeinschaft), eine Strategie für die Begleitung und partizipative Evaluierung der Wirkungen und die Konzentration auf die Themen Armut und Wirtschaftswachstum.

Wichtige Aspekte

Makroökonomie/Wirtschaftswachstum

Das PRSP Nicaraguas baut v. a. auf Wirtschaftswachstum als Mittel der Armutsreduktion. Im PRSP von Nicaragua wird mit einem jährlichen Wachstum von 5 % gerechnet. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass sich die im PRSP erwarteten Wachstumsraten nicht eingestellt haben. Es muss daran gezweifelt werden, ob die geringen wirtschaftlichen Wachstumsraten ausreichen werden, um die Armutsraten zu minimieren. Im Progress Report[3] wird von einem Wachstum von nur 1,1 % für das Jahr 2002 gesprochen. Laut EIU wird das Wachstum im Jahr 2003 nur mehr 0,5 % betragen. Die Regierung setzt v. a. auf den Schuldenerlass innerhalb der HIPC-II-Initiative, um armutsorientierte Ausgaben steigern zu können, und somit eine Erreichung der PRSP-Ziele noch möglich zu machen.

Die wirtschaftliche Situation Nicaraguas gestaltet sich derzeit nicht sehr positiv. Das BIP wuchs 2000 um 3,3 % – in Pro-Kopf-Zahlen ist es jedoch das niedrigste Wachstum seit 1994. Das Haushaltsdefizit überschritt den erwarteten Rahmen, auch die Einnahmen für 2001 waren um 1,5 % des BIP geringer als angenommen. Die Terms of Trade haben sich verschlechtert. Der Preis für Kaffee und andere wichtige Exportprodukte fiel auf den tiefsten Stand seit 50 Jahren. Die Einnahmen durch Privatisierungsmaßnahmen wiederum betrugen nur ein Drittel des ursprünglich geschätzten Betrages. Diese Veränderungen führten zu einem Leistungsbilanzdefizit von 25,8 % des BIP. Die makroökonomischen Maßnahmen der letzten Jahre haben bisher zu keiner Verbesserung der Situation beigetragen.

Von den erhöhten staatlichen Leistungen nach dem Hurrikan Mitch profitierten die sozialen Bereiche am meisten, was als wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewertet werden kann. Trotz dieser Erhöhung zählen die Sozialausgaben pro Kopf zu den niedrigsten Lateinamerikas.

Partizipation

Die Konsultationen im PRSP-Prozess Nicaraguas fanden institutionalisiert, also im gesetzlichen Rahmen, auf nationaler Ebene statt. Die CONPES (National Commission for Socio-Economic Planning) wurde im Oktober 1998 nach dem Hurrikan Mitch gegründet, und wurde zum primären Konsultationskanal zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft und blieb laut IWF und Weltbank (JSA) auch für die PRSP-Vorbereitungen ein wichtiges Instrument. Diese Institutionalisierung wurde jedoch auch von diversen Seiten kritisiert – so fühlten sich viele Gruppen vom Konsultationsprozess ausgeschlossen.

Der erste Entwurf des I-PRSP wurde ohne jegliche Beteiligung der Zivilgesellschaft erstellt. Auch der IWF schreibt in seiner PRSP-Review vom März 2002, dass das I-PRSP Nicaraguas ohne jegliche Konsultation außerhalb der Regierung geschrieben wurde, dies jedoch bei der Erstellung des PRSP nicht mehr der Fall war.

Geberkoordination & Monitoring/Evaluierung

In Lateinamerika werden Armutsinitiativen häufiger durch Sozialfonds realisiert als durch eine direkte Eingliederung in das Budget. In Nicaragua werden Gelder, die unter HIPC-II zugewiesen werden, durch einen gemeinschaftlichen Geberfinanzierungsmechanismus kanalisiert, dem so genannten Supplementary Social Fund (FSS). Die Geberkoordination in Nicaragua machte in letzter Zeit einige Fortschritte. Gleichgesinnte Geber haben in Nicaragua eine Gruppe gebildet, wobei sich auch die Weltbank mit diesem Zusammenschluss koordiniert. Die Zusammenlegung von Fonds für Gemeinden rund um Korruptionsbekämpfung geht bspw. von dieser Gruppe aus. Es existieren eine Vielzahl an weiteren Koordinationsmechanismen wie etwa die Good Governance Group.

Weltbank und IWF urteilen, dass das PRSP einen glaubwürdigen Monitoring- und Evaluierungsplan beinhaltet, wenn auch nicht detailliert genug. Die Regierung Nicaraguas hofft, die Effizienz des Monitoring- und Evaluierungsprozesses durch größere Dezentralisierung zu verbessern. Die IDB (Inter-American Development Bank) unterstützt bspw. die Entwicklung eines offiziellen M&E Systems für PRSP (SINASIP).

Herausforderungen für die Zukunft

Zu den größten Herausforderungen zählt die nicaraguanische Regierung laut dem aktuellsten PRSP Progress Report (November 2002) die Verbesserung der Koordination zwischen Regierung und Geberländern, die Steigerung der Durchführungskapazität der Regierung, weitere Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, Stärkung des Finanzsystems, Konsolidierung des Justizsystems, Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung und die Verhinderung weiterer Korruption (PRSP Progress Report 2002).

Uganda – PEAP

Uganda reichte als erstes Land im März 2000 ein vollständiges PRSP ein, bereits ein Monat später erreichte das Land den Completion Point für die Aufnahme in das HIPC-II-Entschuldungsprogramm. Der aktuellste PRSP-Progress Report wurde im September 2003 auf der Weltbank-Homepage veröffentlicht.

In Uganda bestand mit dem PEAP, das zwischen 1995 und 1997 als zentraler Policy-Rahmen diente, bereits eine entsprechende Armutsstrategie, die nach einer Revision im Mai 2000 von Weltbank und IWF als PRSP akzeptiert wurde.

Weitere Planungs- und Fiskalinstrumente zur Umsetzung der prioritären Bereiche sind neben dem PEAP u. a. der PAF (Poverty Action Fund[4]), sowie das bereits seit 1992 bestehende MTEF (Medium Term Expenditure Framework), die beide Teile des Gesamtbudgets darstellen.

Wichtigste Inhalte des PRSP

Inhalte

Die im PEAP entwickelte Strategie zur Armutsbekämpfung beruht auf folgenden vier Säulen:

- Schaffung eines Rahmens für Wirtschaftswachstum und -transformation
- Good Governance und Sicherheit
- Stärkung der Produktivität und der Einkommensmöglichkeiten der armen Bevölkerung
- Maßnahmen zur direkten Verbesserung der Lebensqualität der armen Bevölkerung.

Die Landwirtschaft spielt im PRSP eine große Rolle, da ca. 96 % der Bevölkerung auf dem Land leben und davon 84 % in erster Linie von der Landwirtschaft abhängig sind. Eine verstärkte Förderung des Agrarsektors wird von unterschiedlichsten Seiten als durchwegs positiv bewertet, da die Landwirtschaft in diversen Untersuchungen immer wieder als konstant unterfinanzierter Sektor eingestuft wurde. Der private Sektor wird als Hauptmotor für die Entwicklung in der Landwirtschaft gesehen. So sollen die im Rahmen bisheriger SAPs (Strukturanpassungsprogramme) eingestellten ländlichen Beratungsdienste wieder reaktiviert, allerdings von privaten AnbieterInnen übernommen werden. In diesem Zusammenhang werden auch der beschränkte Zugang zu Land und die ungleiche Landverteilung thematisiert und als großes Hindernis für die arme Bevölkerung definiert.

Im Bildungsbereich gibt es seit der Regierungsinitiative „Universelle Grundbildung für alle" eine Befreiung der Schulgebühren für bis zu vier Kinder pro Haushalt. Kinder aus dem ärmsten Fünftel der Bevölkerung haben von diesem Ansatz am meisten profitiert. Der Sektorstrategie für den Gesundheitsbereich (Health Sector Strategic Plan – HSSP) ging ein langer Konsultationsprozess voraus. 2001 wurden Benutzergebühren abgeschafft, um kostenlose Minimum-Gesundheitsvorsorge-Packages zur Verfügung zu stellen.

In der Wasserversorgung gab es einige Fortschritte, obwohl das Ziel, für 75 % der ländlichen Bevölkerung im Jahr 2000 eine Wasserversorgung in unmittelbarer Nähe zur Verfügung zu stellen, nicht erreicht wurde. Für die Wasserversorgung in den städtischen Zentren versucht die Regierung einen internationalen privaten Anbieter zu finden. Ein weiteres wichtiges Thema in Uganda ist der Dezentralisierungsprozess, der bereits 1992 begann, aber erst 1997 gesetzlich voll durchgesetzt wurde.

Fortschritte gibt es in Bezug auf das Armutskonzept, welches zwar v. a. über Einkommensarmut definiert wird, jedoch auch auf nicht-materielle Dimensionen von Armut verweist.

Stärken/Schwächen

Im Bereich der direkten Maßnahmen zur Armutsversorgung werden die seit Mitte der 1990er Jahre bestehenden Strategien fortgesetzt. Diese bestehen v. a. in hö-

heren Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. Eine wesentliche Neuerung stellt hier die Abschaffung von Benutzergebühren im Bereich der Basisgesundheitsversorgung und Grundschulbildung dar.

Genderaspekte wurden im ursprünglichen PRSP unzureichend berücksichtigt, zivilgesellschaftliche AkteurInnen verweisen aber auf Verbesserungen im laufenden Prozess. Weiterhin unberücksichtigt bleiben Genderaspekte im Hinblick auf die Erbfolge bzw. den Besitz von Land.

Insgesamt gibt es im PEAP nur indirekte Hinweise darauf, welche Wechselwirkung zwischen den geplanten Reformen und der Reduktion der Armut bestehen. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armut wird auch in diesem Fall nur oberflächlich beschrieben.

Die vollständige Umsetzung des PEAP wird wohl an enormen Finanzierungslücken scheitern. Uganda hat auch nach Erreichung des Completion Points der HIPC-II-Initiative kein tragbares Schuldenmaß erreicht und verwendet weiterhin einen beträchtlichen Teil seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst. Zusätzlich sind die Weltmarktpreise für die wichtigsten Exportprodukte Ugandas (v. a. Kaffee) weiterhin niedrig. Es wurde außerdem berechnet, dass es 2001 eines 60%igen Anstieg des Budgets bedurft hätte, um 2002 mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen zu beginnen.

Wichtige Aspekte

Makroökonomie/Wirtschaftswachstum

Hinsichtlich makroökonomischer Stabilitätsziele werden im Wesentlichen bisherige Strategien, die bereits im Rahmen der SAPs umgesetzt wurden, fortgeführt.

Makroökonomische Stabilität wird als zentrale Voraussetzung von Wachstum definiert, direkte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung werden diesem Ziel untergeordnet, da es keinesfalls zu einer Ausweitung des öffentlichen Defizits kommen soll. Natürlich sind die strengen Stabilitätskriterien nicht unumstritten und werden von einigen Seiten als kontraproduktiv gewertet.

Wie in allen PRSPs wird auch in Uganda Wirtschaftswachstum als zentrale Voraussetzung für die Armutsbekämpfung definiert. Uganda setzt zur Steigerung des Wirtschaftswachstums stark auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten.

Allerdings erwiesen sich auch Ugandas Wachstumsprognosen als zu ambitioniert und mussten revidiert werden. Ein Grund dafür war, dass bis 2002 das Bevölkerungswachstum in den Wachstumsprognosen nicht berücksichtigt wurde. Ebenso unberücksichtigt blieben die Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie. Die Inflation konnte im vom PRSP vorgegebenen Rahmen gehalten werden (Ziel: unter 5 %), das BIP-Wachstum blieb jedoch unter dem angestrebten Ziel des PRSP (Ziel: 7 %), wobei hierfür den schlechten Terms of Trade sowie der permanenten Unsicherheit im Norden des Landes die Schuld gegeben wird. Der EIU rechnet im Jahr 2003 mit einem Wachstum von 5,2 %. Die Wachstumsraten im Landwirtschaftssektor waren bis jetzt deutlich niedriger als für die Wirtschaft insgesamt.

Das Budget für das Finanzjahr 2003/04 wurde im Juni präsentiert. Die Hauptthemen des Budgets sind eine Steigerung der Exportproduktion und die Beseitigung der absoluten Armut. Außerdem wird erneut die Wichtigkeit des Privatsektors hervorgehoben.

Partizipation

Dem Partizipationsprozess in Uganda wird ein verhältnismäßig gutes Zeugnis ausgestellt. Im Rahmen des Uganda Participatory Poverty Assessment Project (UPPAP, seit 1998) wurden auch Arme in ländlichen Regionen konsultiert. Das geberfinanzierte Projekt stärkte insgesamt den Austausch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Die Partizipation der Zivilgesellschaft wird von der dazu gegründeten Civil Society Task Force (CSOTF) koordiniert, die auch das Konsultationskonzept mit erarbeitet hat. Sie wird vom Uganda Debt Network (UDN) geleitet und besteht aus nationalen und internationalen NGOs, kirchlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen. Inhaltlich arbeitet es zu den Themen der Sector Working Groups des PRSP-Prozesses. Darüber hinaus ist aus UPPAP das National Poverty Forum entstanden, in dessen Rahmen Regierung, Geber und AkteurInnen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, armutsrelevante Themen zu diskutieren. Zivilgesellschaftliche AkteurInnen arbeiten ferner im Kontrollgremium zum PAF mit.

Auch CIDSE/CARITAS Internationalis kommen zu einem positiven Ergebnis: „Uganda provides the only example

of more enlightened participation policies, where at the outset the government there made concrete provision for civil society involvement in monitoring and evaluation of PRS work as well as inputting to the initial PRSP." (CIDSE/CARITAS 2003, 5)

Makroökonomische Themen standen jedoch wie in den meisten Fällen nicht zur Diskussion. Auch das Parlament spielte im PEAP-Prozess keine entscheidende Rolle.

Geberkoordination

Auf dem letzten Gebertreffen in Kampala im Mai 2003 wurden der Regierung Mittel in der Höhe von 1,5 Mrd US $ für 2003–2005 zugesagt. Die Geberländer wollen Uganda weiterhin unterstützen, solange das Land befriedigende Fortschritte in den vom IWF empfohlenen Reformen macht (EIU 2003). Der IWF lobt zwar die makroökonomischen Fortschritte des Landes, drängt die Regierung aber das Defizit stärker zu kontrollieren. Es wird erwartet, dass Gebergelder etwa 48 % der Budgetausgaben im Finanzjahr 2003/04 ausmachen werden. In Uganda spielt die Weltbank bei der Geberharmonisierung eine große Rolle.

Privatisierung/Liberalisierung

Widersprüchlich zum Inhalt des PRSPs scheint der anhaltende Trend zur Privatisierung wichtiger öffentlicher Versorgungseinrichtungen zu sein, da landesspezifische Privatisierungserfahrungen eine eher negative Bilanz für die Armen aufzeigen (Bsp. Preissteigerungen durch Privatisierungen im Elektrizitätssektor), und außerdem zu einer zusätzlichen Belastung für den öffentlichen Haushalt geführt haben. Neue budgetäre Spielräume für direkte armutsreduzierende Maßnahmen sind durch den Verkauf staatlicher Betriebe also kaum zu erwarten. Auch die Hoffnung, durch Privatisierungsmaßnahmen vorwiegend den heimischen Privatsektor zu fördern, hat sich nicht bewahrheitet, da die Höchstbietermethode v. a. ausländische Unternehmungen fördert.

Die Regierung hat sich im Rahmen der Abkommen mit dem IWF bereit erklärt, das staatliche Monopol der ugandischen Elektrizitätswerke (UEB) aufzugeben und zu privatisieren, obwohl dieses nach einer Reihe von internen Reformen profitabel wirtschaftete.

Der Textilsektor wurde mittlerweile liberalisiert, die Öffnung des Zuckermarktes ist geplant, die Umsetzung allerdings noch ungewiss. Das PRGF-Programm verlangt zusätzlich Liberalisierungsmaßnahmen, wie etwa den Abbau noch bestehender Schutzmechanismen für die ugandische Zucker- und verarbeitende Textilindustrie.

Revisionsprozess

Das PRSP des Landes soll nun einer Revision unterzogen werden. Im Juni 2003 produzierte das Uganda Ministry of Finance, Planning and Economic Development einen „PEAP Revision Guide". Ugandas PEAP aus dem Jahr 2001 soll v. a. aus drei Gründen revidiert werden: Signifikante globale und interne Entwicklungen rechtfertigen eine Revision des aktuellen PEAPs; der Revisionsprozess erlaubt gleichzeitig eine Überprüfung der Fortschritte und bisher erreichter PEAP-Ziele; die Revision gibt der Regierung die Möglichkeit, neu aufkommende Herausforderungen zu adressieren und die Politiken und Programme gegebenenfalls anzupassen.

Zu den neuen Herausforderungen, die im revidierten PEAP enthalten sein sollen, gehören z. B. das langsame und ungleiche Wachstum, der andauernde Bedarf an einer strukturellen Transformation der Wirtschaft (z. B. notwendige Diversifizierung der Exportwirtschaft), ungleiche regionale Fortschritte in der Armutsreduktion und ungleiche Verteilung des Wachstums (der Norden hinkt besonders hinten nach), nur eingeschränkter Fortschritt bei einigen Sozialindikatoren (v. a. Kindersterblichkeit), die Einsicht, dass Genderungleichheiten die erwünschten Erfolge verhindern, sowie eine verbesserte Vernetzung zwischen PEAP und budgetären Prozessen (detaillierte Kostenaufstellung der PEAP-Ziele).

Zusammenfassende Ergebnisse der Untersuchungen

Aus den drei Länderuntersuchungen lassen sich mehrere Gemeinsamkeiten ablesen.

Alle untersuchten PRSPs setzen auf Wirtschaftswachstum als treibende Kraft zur Armutsreduktion, allerdings sind die BIP-Wachstumsprognosen in den meisten Fällen allzu optimistisch. Außerdem wird der potenzielle Zusammenhang zwischen Wachstum und Armutsreduktion nicht aufgezeigt.

In makroökonomischer Hinsicht ähneln sich die untersuchten PRSPs teilweise in ihren Eckpunkten. So sind etwa die Entwicklung ländlicher Gebiete oder die Förderung der Exportwirtschaft zentrale Elemente aller PRSPs. Dies widerspricht jedoch dem Grundgedanken der PRSPs, der eine länderspezifische Vorgehensweise favorisiert. Länder sollten aufgrund landesspezifischer Interessen und Kenntnisse Armutsbekämpfungsstrategien erstellen, die sich vom „Blaupause"-Ansatz der Sektoranpassungsprogramme deutlich unterscheiden sollten.

Weiters wäre festzuhalten, dass die Zivilgesellschaft an den Prozessen zwar beteiligt wurde, Ausmaß und Wirkung dieser Beteiligung jedoch KritikerInnen immer wieder von einem Konsultations- und keinem Partizipationsprozess sprechen lassen. Makroökonomische Thematiken standen zum Beispiel in diesen Gesprächen nicht zur Debatte.

Die PRSPs tragen zu einer Koordination der Geberländer bei, die nun ein Dokument haben, auf welches sie ihre Strategien abstimmen können. Diese Entwicklung ist als durchaus positiv zu bewerten, da dies schon lange ein wichtiges Anliegen in der internationalen Entwicklungspolitik ist. Allerdings warnen BeobachterInnen auch davor, dass es nun für alternative Konzepte keinen bzw. noch weniger Platz gibt, was unter Berücksichtigung der eher ernüchternden Bilanz des PRSP-Prozesses eine berechtigte Sorge ist.

Grundlegende soziale Dienstleistungssektoren werden in vielen PRSPs als prioritäre Sektoren definiert. Dafür werden z. T. sehr ehrgeizige Ziele formuliert, die durch erhöhte Ausgaben in Bereichen wie Bildung oder Gesundheit erreicht werden sollen. Widersprüche tun sich in diesem Zusammenhang jedoch mit dem gleichzeitig anhaltenden Trend zur Privatisierung auf. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist ein wichtiger Bestandteil vieler PRSPs, ohne zu berücksichtigen, dass es für positive Auswirkungen auf die Armen kaum Beweise gibt[5].

Positiv anzumerken ist, dass der Genderaspekt grundlegend als Querschnittsmaterie in den meisten PRSPs enthalten ist. Eine weitere Querschnittsmaterie vieler PRSPs ist die Fortführung der Dezentralisierung bisher zentralstaatlicher Aufgaben. Der Dezentralisierung wird ein hohes Potenzial zur Armutsreduktion zugeschrieben, falls dieser Prozess nachhaltig gestaltet wird.

Die tatsächliche Finanzierung der in den PRSPs beschriebenen Maßnahmen bleibt allerdings häufig ungewiss. Eine genaue Analyse der verfügbaren Ressourcen liegt den wenigsten PRSP zugrunde.

Die ÖFSE hat diese und weitere Ergebnisse ihrer Analysen in einem Dokument zusammengefasst, welches unter http://www.oefse.at/download/prsp_informationen.pdf erhältlich ist („PRSP als Strategie zur Armutsbekämpfung. Eine Analyse").

---

1 *Im Jahr 1996 wurde mit der sog. „Highly Indebted Poor Countries-Initiative" eine umfassende Schuldenreduktion in Aussicht gestellt, die neben der Beteiligung der bilateralen Gläubiger erstmals auch eine Beteiligung multilateraler Gläubiger (IWF, Weltbank) vorsah. Im Jahr 1999 stellte sich heraus, dass die in der HIPC-Initiative vereinbarten Schuldenreduktionen ungenügend für eine spürbare Reduktion des Schuldendienstes der HIPC-Staaten war. In der sog. HIPC-II-Initiative wurden höhere Schuldenerlässe gewährt.*

2 *„Weiche Kredite": Kredite, die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe zu besonders günstigen Bedingungen vergeben werden; meist mit besonders niedrigen Zinssätzen, einer sehr langen Laufzeit und einer hohen Anzahl von tilgungsfreien Jahren.*

3 *Fortschrittsbericht über das PRSP; sollte jährlich von der Regierung publiziert werden*

4 *Der PAF ist ein geschütztes Finanzierungswerkzeug, so dass prioritäre Armutsausgaben im Falle von Einnahmeausfällen von Mittelkürzungen ausgenommen sind.*

5 *Siehe den Beitrag von Karin Küblböck im selben Heft.*

Literatur

Alle Homepages zuletzt am 17. November 2003 aufgerufen.

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Ausführungen auf die drei Länderuntersuchungen und PRSP-Analysen der ÖFSE.

Baldizón, Don Yader (2002): Chancen und Widersprüche. Die PRSP-Strategie Nicaraguas im politischen und ökonomischen Kontext des Landes

CIDSE/CARITAS Internationalis (August 2003): CIDSE/CI input to the IEO/OED Evaluation of Poverty Reduction Strategy Papers. http://www.eurodad.org/uploadstore/cms/docs/inputtothelEOOED.doc

EIU (2003): Länderprofile Mosambik, Nicaragua, Uganda. London

Gerster Consulting; German, Tony; Cruz-Sequeira, Arturo J. (April 2003): Independent Evaluation of SDC's Bilateral Engagement in the Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) Process. Part 2: Case Studies. Nicaragua. http://www.gersterconsulting.ch/docs/Report_Nicaragua.pdf

Government of Nicaragua (November 2002): Strengthened Growth and Poverty Reduction Strategy (SGPRS). First Progress Report. http://poverty.worldbank.org/files/Nicaragua_PRSP_PR.pdf

IMF/IDA (März 2002): Review of the Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) Approach: Early Experience with Interim PRSPs and Full PRSPs.http://www.imf.org/External/NP/prspgen/review/2002/032602a.pdf

Longo, Robert (Dezember 2002): An IFAD Desk Review of the PRSP Process in Eastern and Southern Africa. http://www.eurodad.org/uploadstore/cms/docs/IFAD_PF_PRSPdeskreview_dec2002.doc

Manndorff, Hannes (2002): The PRSP/PARPA Process in Mozambique: Current Status and Future Challenges

NORAD; SIDA (August 2001): PRSP Institutionalisation Study. Final Report. Chapter 7: The PRS Process in Mozambique. http://www.odi.org.uk/pppg/publications/papers_reports/spa/ch7mozambique.pdf

Overseas Development Institute (August 2003): PRSP Monitoring&Synthesis Project. http://www.prspsynthesis.org/connections9.pdf

Overseas Development Institute (Februar 2003): PRSP Monitoring&Synthesis Project. http://www.odi.org.uk/prspsynthesis/synthesis5.pdf

PRSP-Watch (November 2003): Länderprofile Mosambik, Nicaragua, Uganda. http://www.prsp-watch.de/

Republic of Mozambique (April 2003): PARPA Implementation Evaluation Report 2001. http://poverty.worldbank.org/files/Mozambique_PRSP_APR.pdf

Republic of Uganda (September 2003): Uganda Poverty Status Report 2003. http://poverty.worldbank.org/files/14868_Uganda_PRSP_APR.pdf

Review of Nordic monitoring of the World Bank and IMF support to the PRSP process (März 2003). http://www.eurodad.org/uploadstore/cms/docs/NordicReviewofIMFWBroleinPRSP.doc

Strickner, Alexandra; Vögel, Monika – ÖFSE (2003): PRSP – Ansätze zur Armutsbekämpfung: Eine Bilanz. http://www.oefse.at/download/prsp_informationen.pdf

Social Watch Deutschland (2003): Social Watch Deutschland Report 2003/Nr. 3. Die Armen und der Markt. Ein Internationaler Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen über den Fortschritt bei Armutsbekämpfung und Gleichstellung der Geschlechter. http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/swr-2003.pdf

Vögel, Monika – ÖFSE (Juni 2003): Uganda. „PRSP" als Strategie zur Armutsbekämpfung. Wien

Gerhard Bittner, ÖFSE

ARMUT UND SPENDEN

Der Armutsminderung als wesentlichen Beitrag einer neu überdachten Entwicklungspolitik wird als „Millenniumsziel" in Dokumenten und Maßnahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Vorrang eingeräumt. Wie verhält es sich mit Beiträgen der privaten Entwicklungszusammenarbeit (EZA), vor allem dort, wo eigenständig und mit eigenen Finanzmitteln Programme und Projekte konzipiert und durchgeführt werden? Welche Auswirkungen wird eine auf Armutsbekämpfung orientierte Entwicklungspolitik auf privates Engagement, insbesondere im Spendenwesen haben?

Armut und Spenden sind ein untrennbares Begriffspaar. Kann die Entwicklungspolitik über Spendenvorgänge das Thema Armutsbekämpfung für eine Sensibilisierung im Dienst weltweiter Verantwortung nutzen?

Spendenwesen in Österreich

Geldspenden

In Österreich werden pro Jahr rund 500 Mio € gespendet. Für mehr als 80 % der österreichischen Bevölkerung gehört Spenden zum selbstverständlichen Engagement. Österreich liegt damit bei der Beteiligung im internationalen Spitzenfeld. Ein Vergleich aus den Jahren 1996 und 2000 zeigt einen starken Anstieg dieser Form von Bürgerinitiative. Es wird oft – im Durchschnitt viermal pro Jahr – aber mit eher geringen Beträgen gespendet.

Die in der Spendenstudie 2000 erhobenen Durchschnittswerte zu gespendeten Jahresbeträgen zeigen ein interessantes Bild. Zwischen der durchschnittlichen Spendensumme und soziodemographischen Daten besteht ein signifikanter Zusammenhang.

Tabelle A

Durchschnittliche Spendensumme nach soziodemographischen Merkmalen[1] 2000 in ATS und in €

	durchschnittliche Spendensumme	
	in ATS	in €
Gesamt	**1.229,56**	**89,36**
Alter		
ab 15 Jahre	1.022,59	74,31
20–24 Jahre	757,19	55,03
25–29 Jahre	971,79	70,62
30–39 Jahre	1.222,48	88,84
40–49 Jahre	1.507,61	109,56
50–59 Jahre	1.445,81	105,07
über 60 Jahre	1.461,16	106,19
Geschlecht		
männlich	1.502,25	109,17
weiblich	1.141,98	83,00
Netto-Einkommen		
bis 16.000,– (bis € 1.162,77)	1.122,02	81,54
16.000,– bis 26.000,– (€ 1.162,77 bis 1.889,49)	1.511,26	109,83
26.000,– bis 36.000,– (€ 1.889,49 bis 2.616,22)	1.725,00	125,36
36.000,– und mehr (€ 2.616,22 und mehr)	3.940,08	286,34

	durchschnittliche Spendensumme	
	in ATS	in €
Bildung		
Pflichtschule	896,72	65,17
Pflichtschule und Lehre	943,13	68,54
Fachschule/Handelsschule	1.380,69	100,34
Mittelschule ohne Matura	1.159,12	84,24
Matura	1.532,55	111,37
Hochschule	2.836,04	206,10
Religionszugehörigkeit		
ja	1.321,69	96,05
nein	1.179,56	85,72
Gottesdienstbesucher		
ja	1.833,88	133,27
nein	1.064,16	77,34
Größe des Wohnorts		
2.001–3.000 Einwohner	1.109,99	80,67
3.001–5.000 Einwohner	863,87	62,78
5.000–10.000 Einwohner	1.348,17	97,98
10.001–20.000 Einwohner	1.774,23	128,94
20.001–50.000 Einwohner	1.216,91	88,44
50.001–1.000.000 Einwohner	1.301,10	94,55
über 1 Mio Einwohner	1.344,66	97,72
Berufstätigkeit		
erwerbstätig	1.374,88	99,92
nicht erwerbstätig	1.222,63	88,85
Berufliche Stellung		
Inhaber/freie Berufe	2.121,30	154,16
einfache Tätigkeit	853,73	62,04
qualifizierte Tätigkeit	1.396,45	101,48
leitende Tätigkeit	2.755,19	200,23
Landwirtschaft	794,62	57,75

Besonders auffällig ist die große Bereitschaft bei Gottesdienstbesuchern, die etwa 50 % über dem Durchschnitt liegt. Bei den Einkommen wiederum ergeben sich – nimmt man die Spitzenverdienste aus – keine entsprechenden Unterschiede.

Spendenziele

Die Spendenziele weisen seit Jahren ein kaum verändertes Bild auf: Kinder mit 42 % und Behinderte mit 30 % liegen im Spitzenfeld. Dann folgen Hunger, Katastrophen, Umwelt und Tiere. Andere Spendenziele, insbesondere „Randgruppenbereiche" werden nachrangig eingeordnet.

Die einzige signifikante Veränderung stellt sich bei den Spendenzielen „Entwicklungszusammenarbeit" und „Katastrophen im Ausland" dar: Gaben 1996 rund 11 % an, für EZA-Anliegen gespendet zu haben, waren es 2000 etwa 23 %.

Tabelle B
Spendenziele in Österreich in %

	2000	1996
Kinder	42	42
Behinderte	30	30
Hunger in der Welt	25	24
Katastrophen im Ausland	25	11
Natur- und Umweltschutz	23	22
Entwicklungshilfe	23	11
Tiere	23	25
Katastrophenhilfe Inland	21	12
Sozial Benachteiligte	18	10
Missionsarbeit	18	17
Flüchtlinge im Ausland	14	11
Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen	12	8
Obdachlose	12	—
Jugendliche	8	3
alte Menschen	7	12
Wahrung der Menschenrechte	7	8
Asylwerber und Flüchtlinge in Österreich	5	4
Drogen- und Medikamentensüchtige	4	2
Alkoholabhängige	2	2
Sonstiges	20	—
Keine Angabe	1	10

Tabelle C
Spendenziele im Vergleich[3] im Mio €

		1990	1995	2000	2001	2002
Humanitäre Hilfe	Ärzte ohne Grenzen	—	0,02	4,10	5,70	6,50
EZA	Caritas-Augustsammlung	3,54	4,19	3,58	2,90	3,81
	Dreikönigsaktion	7,25	8,90	10,34	10,72	10,89
Umwelt	Greenpeace	3,25	3,37	5,34	5,56	7,22
Tiere	Vier Pfoten	0,16	1,66	3,27	3,67	3,83
Kinder	SOS Kinderdörfer	10,37	12,07	17,89	16,00	16,44

Trennt man zwischen Inlands- und Auslandsbereichen, werden rund 40 % aller österreichischen Spenden, das sind 200 Mio € jährlich, für internationale Anliegen gesammelt. Für die private EZA bedeutet dies eine starke Verankerung in der österreichischen Gesellschaft. Darüber hinaus können EZA-Spendenvorgänge Themen setzen. Spendenaufrufe kommen nicht aus der Bevölkerung, sondern werden durch Organisationen in die Gesellschaft eingebracht. Spendengelder sind „Entwicklungsgelder". Sie ermächtigen Non-Profit-Organisationen, neue Initiativen zu setzen. Spenden sind dadurch nicht selten auch Vorboten gesellschaftspolitischer Veränderung oder einer neuen Sichtweise. Dies ist mit ein Grund für den Staat, Spendenwesen zu fördern.

Exkurs Zeitspenden

Eine andere Größe im Spendenwesen sind „Zeitspenden" in Form von Freiwilligenarbeit. Im „Jahr der Freiwilligen" 2001 wurde auf das große, auch volkswirtschaftlich bedeutsame Potenzial hingewiesen. Wissenschaftlich gesicherte Ergebnisse finden sich u. a. in Studien der Abteilung für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien, die in Verbindung mit der Spendenstudie 2000 durchgeführt wurden.[4]

In der Entwicklungszusammenarbeit gibt es aufgrund der Auslandsorientierung Zeitspenden in geringem Ausmaß. Offen bleibt, ob neue Zeitspendenpotenziale durch Frühpensionierungen, etwa im Bildungsbereich, für organisationsinterne Aufgaben, bzw. in der EZA-Informationsarbeit in Österreich genutzt werden können.

EZA-Spendenwerbung

Die Ergebnisse der Spendenstudien 1996 und 2000 decken sich durchaus mit Beobachtungen am Spendenmarkt. EZA-Spendenziele erleben durch neue Organisationen, zusätzlichen Spendenvorgängen sowie ihrer „Attraktivität" und einer Professionalisierung einen Wachstumsschub.

Nicht selten wird dabei das Thema „Armut" in den Vordergrund gestellt. Aber anders als noch in früheren Jahren unterbleibt vielfach bei der Darstellung dieses zentralen EZA-Themas der Mitleidsanspruch. Hungrige Kinder mit Tränen in den Augen sind die Ausnahme geworden. Armut wird nicht verniedlicht, sondern in einer bemerkenswert sachlichen Form vermittelt. Sieht man von Ausnahmen ab, stellen EZA-Spendenvorgänge in seriöser Weise Armutsbekämpfung in das Zentrum ihrer Aufrufe. Das von Fundraisern immer wieder ins Treffen geführt Argument einer stärkeren emotionalen Ansprache von Spenderinnen und Spendern scheint nicht zu greifen. Langfristig sichert eine sachliche Spendenwerbung auch einen Mehrertrag.

Im Zusammenhang mit einem gestiegenen Gesamtspendenaufkommen ist auf die EURO-Umstellung hinzuweisen. Erste Analysen zeigen einen Einmaleffekt, da sowohl bei Kollekten die Münzwerte (1 € ersetzt 10 Schilling) als auch bei Papierwerten – als Grundlage für Überweisungsbeträge – eine höhere Ausgangsbasis seit Beginn 2002 gegeben ist.

Qualitätsstandards

Neben diesen Entwicklungen haben sich EZA-Organisationen in den letzten Jahren um mehr Transparenz und Information zu Spendenvorgängen in Österreich verdient gemacht. Mit dem Spendegütesiegel wurde 2002 ein geeignetes Instrument eingerichtet. Das von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder vergebene Siegel führen über 110 Organisationen, die Mehrzahl davon kann dem EZA-Bereich zugeordnet werden. Das Gütesiegel – vergleichbar anderen Initiativen in Europa – hat mehrfache Auswirkungen: Es schafft Vertrauen und bietet auf Anfrage das Recht auf Zusatzinformation. Das Siegel bringt Kennzeichnung eines Produktes ebenso wie neue Qualitätsstandards innerhalb der Organisationen selbst. Es ist nicht verwunderlich, dass in der Schweiz und Deutschland die staatlichen EZA-Administrationen bei Vorlage eines Spendegütesiegels von einer tiefergehenden Überprüfung der antragstellenden Organisationen absehen.[5, 6]

Auch wenn durch das Spendengütesigel bereits viel erreicht worden ist, bleiben noch weitere Bearbeitungsfelder. Insbesondere der „Spenderschutz" bedarf einer Reflexion. Vergleichbar dem Prozess „Corporate Social Responsibility – CSR" könnten NGO's verbindliche und überprüfbare Standards erarbeiten.

Ein solcher Prozess führt zu einer, auch in der Entwicklungspolitik, wenig bearbeiteten Grundfrage, jener der Legitimität privater Organisationen und deren internem Demokratieverständnis. Besonders die „neuen Bewegungen" vernachlässigen bei allem dankenswerten Engagement eine solide und demokratische Absicherung

organisationsinterner Vorgänge. „Diese Diskrepanz zwischen Vertretungs-Anspruch und Organisations-Wirklichkeit kann man als Demokratisierungsparadox kennzeichnen, insofern NGOs demokratisierend wirken, ohne selbst demokratisch zu sein."[7]

Armut als Spendenthema

Wie werden nun Spendenorganisationen das Thema „Armutsbekämpfung" in ihre Programme verstärkt aufnehmen? Man kann nur hoffen, dass damit keine Rückkehr in das Mitleidssegment verbunden ist. Die Darstellung der Armut, die Aufklärung um eine begrenzte Lösbarkeit durch Spenden, ist eine große Herausforderung für EZA-Organisationen. Es ist ein schwieriges Unterfangen, Balance zu finden. Kritische Anfragen von Spenderinnen und Spendern werden nicht nur zu Transparenz und Mittelverwendung gestellt. Information und Bildung bewirken darüber hinaus Anfragen zu Inhalten und möglichen Wirkweisen. Das notwendige Aufzeigen von Zusammenhängen kann an zwei Hinweisen deutlich werden.

Armut in Äthiopien korrespondiert auch mit Bevölkerungsentwicklung. Alle Anstrengungen öffentlicher wie privater EZA können über das Faktum der rasant wachsenden Bevölkerung nicht hinwegsehen. Hatte Äthiopien 1973 noch 25 Mio Einwohner, waren es 2003 63 Mio.[8]

Unzulässige Verkürzungen finden auch bei Spendenkampagnen statt. Internationale Hilfsorganisationen sind daran nicht unschuldig. Das Thema Wasser sollte 2002 in Deutschland wiederum am Beispiel Äthiopien öffentlichkeitswirksam aufgearbeitet werden. Statt ausschließlicher Dürre fand der entsandte Reporter auch ausreichend Wasser. Die Weigerung, einen einseitig spendengerechten Fernsehbeitrag herzustellen, fand wenig Verständnis. Das in den Menschen fest verankerte Bild „Äthiopien – Dürre – Hunger" sollte keine Relativierung erfahren.[9]

An diesen Beispielen können die neuen Herausforderungen für EZA-Spendenvorgänge zum Thema Armut erkannt werden. Mit notwendiger Spendenmaximierung ist seriöse Information und die Vermittlung begrenzten Handelns in Einklang zu bringen.

Will das Thema „Armutsbekämpfung" in Spendenvorgängen Beachtung finden, bedarf es zusätzlicher Rahmenbedingungen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den komplexen Grundfragen ist notwendig. Österreichische EZA-Organisationen verfügen dafür innerhalb ihrer Strukturen über keine ausreichenden Ressourcen. Eine Förderung staatlicher Stellen erscheint sinnvoll, schon aufgrund einer Abstimmung zwischen privater und öffentlicher EZA. Auf das Forschungsprojekt an der Universität Salzburg zum Thema „Armut" sei hingewiesen.[10]

Ethik im Fundraising wird etwa im Spendegütesiegelprozess nur unzureichend behandelt. Eine profunde Auseinandersetzung mit dem Thema „Armut" innerhalb von Spendenwerbung könnte einen Impuls und neue Standards für Spendenvorgänge ergeben.

Schließlich gilt es, neue Rahmenbedingungen in der Förderung von EZA-Spendenvorgängen zu schaffen. Die immer wieder geforderte Steuerabsetzbarkeit wäre ein solches Instrument. Die im Auftrag der Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten und für Soziale Sicherheit und Generationen erstellte IHS-Studie hat 2002 Umfeld, Möglichkeiten und Auswirkungen deutlich gemacht.[11]

Ebenso könnten neue Rahmenbedingungen durch staatliche Förderprogramme von Spendenvorgängen entstehen. Kein anderer Zugang in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit hat auch nur annähernd eine vergleichbare Reichweite. Spendenaufrufe vermitteln weltweite Zusammenhänge. Eine um Seriosität bemühte Organisation steht dabei unter dem Druck, für Werbung möglichst wenig vom Spendencent benötigen zu müssen. Die bisherige Praxis staatlicher Stellen, Spendenvorgänge nicht zu fördern, ist daher zu überdenken.

Alternativen zu Spendenvorgängen

Neue Ansätze für die private Unterstützung des Millenniumszieles „Armutsminderung" ergeben sich aber auch abseits traditioneller Spendenvorgänge. Neben Spendenwesen sind neue Formen der Beteiligung zu entwerfen und in Kooperation mit der Wirtschaft umzusetzen. Der Faire Handel ist eine bekannte Erfolgsstory solchen Engagements.

Noch interessanter könnte ethisches Investment im

Dienste der Armutsbekämpfung werden.[12] In Zusammenarbeit mit dem Bankensektor könnten Ethikfonds konzipiert und verwaltet werden. Erste Ansätze bestehen dazu, wie das Beispiel der internationalen Kreditgenossenschaft oikocredit zeigt.[13] Die EZA-Organisationen haben dieses Tätigkeitsfeld bisher aber noch kaum wahrgenommen. Ethisches Investment mit „grünem Geld" kann analog zum Spendenvorgang als bewusste Entscheidung gesehen werden: Es geht um einen persönlichen Beitrag für eine neue Politikgestaltung. Als Spenderin und Spender, als Konsument oder Kapitalanleger. Diese noch weithin ungenützten Formen von Beteiligungen bedürfen einer raschen Weiterentwicklung. Das neue Sozialwort der christlichen Kirchen in Österreich vom November 2003 verweist darauf.[14]

Abschluss

EZA-Spendenvorgänge sind ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Entwicklungspolitik. Insgesamt werden Spendenvorgänge vielfach überbewertet, wenn es um Geldaufbringung geht. Die 500 Mio € werden in öffentlichen Haushalten eher kleinen Bereichen zugeordnet. Als Mittel der Informationsvermittlung und der politischen Bewusstseinsbildung werden jedoch Spendenvorgänge unterschätzt. Eine entsprechende Reflexion würde auch dem entwicklungspolitischen Ziel „Armutsbekämpfung" dienen.[15]

---

1 *Maria Valerie Husch, Determinanten des individuellen Spendenverhaltens in Österreich, ÖFSE-Forum 17*

2 *Gerhard Bittner, Spendenwesen in Österreich, 2001 ÖFSE*

3 *Gerhard Bittner, Spendenwesen und Entwicklungspolitik, Österreichbroschüre 1998 ÖFSE*

4 *Eva Hollerweger, Die Rolle von ehrenamtlicher Arbeit und Spenden in Österreich, Working paper Nr. 8, Abteilung für Sozialpolitik an der WU-Wien, Dezember 2001*

5 *Sandra Vallant, Möglichkeiten und Grenzen von Spendegütesiegeln, ÖFSE-Forum 2003*

6 *Ingrid-Helene Guet, Monitoring Fundraising, International Committee on Fundraising Organizations (ICFO) – Mai 2002*

7 *Claus Leggewie, Jenseits des Staats, DIE PRESSE 18. 1. 2003*

8 *South of Africa, 1973 und 2003*

9 *Lutz Mükke, Der inszenierte Hunger, DIE ZEIT Nr. 17/2003*

10 *Projekt „Option für die Armen", www.sbg.ac.at/phi/projects/start/*

11 *Felderer, Fink, Kuschej Paterson, Steuerliche Begünstigungen für Spenden im Bereich Soziales und Entwicklungszusammenarbeit, Institut für Höhere Studien, 2002*

12 *Max Deml/Hanne May, Grünes Geld, Jahrbuch für ethisch-ökologische Geldanlagen, Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart, 2002*

13 *www.oikocredit.org – Österreichischer Förderkreis*

14 *Sozialwort des Ökumenischen Rates der christlichen Kirchen, 2003*

15 *Datenbank EZA –Spendenvorgänge, www.eza.at*

Michael Obrovsky, ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Vorbemerkung

In der vorliegenden Broschüre werden die Finanzflüsse Österreichs an die Entwicklungsländer sowie an die Mittel- und Osteuropäischen Länder und an die Nachfolgestaaten der Sowjetunion des Jahres 2001 und des Jahres 2002 dargestellt und analysiert. Die von Österreich an das Development Assistance Committee (DAC) der OECD gemeldeten ODA-Leistungen 2001 mussten aufgrund eines komplexen Verfahrens der Meldung der Entschuldungsmaßnahmen und aufgrund der mit dem DAC im Detail zu klärenden Vorgangsweise bei der österreichischen Meldung im Frühjahr 2003 neu berechnet werden. Nach dieser im Jahr 2002 durchgeführten Anpassung der österreichischen Meldepraxis der ODA werden die Details der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) des Jahres 2001 und 2002 hier zum ersten Mal dargestellt und erörtert. Da sich die Revision bereits im Jahr 2002 angekündigt hat, wurde auf die Darstellung verzichtet, bevor die Revision nicht beschlossen und für das Jahr 2001 durchgeführt wurde. Da diese Anpassung der österreichischen Meldepraxis allerdings auch eine Revision der Leistungen Österreichs der Jahre 1990 bis 2000 erfordert, muss derzeit auf langjährige Vergleiche und Verlaufsgrafiken über die letzten Jahre verzichtet werden.

Im folgenden Abschnitt werden daher die Daten der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2001 und 2002 dargestellt und nur in jenen Tabellen (beispielsweise bei der Programm- und Projekthilfe des BMA oder bei der Multilateralen EZA) Daten für 2000, 2001 und 2002 gegenübergestellt, wo keine Veränderungen durch die Anpassung der Meldepraxis eintreten werden.

Da die Veränderungen der Meldepraxis auch Auswirkungen bei den anderen öffentlichen Leistungen (OOF – Other Official Flows) nach sich ziehen, gibt die Darstellung aller Finanzflüsse an Entwicklungsländer – entsprechend der gesamten DAC-Statistik – einen guten Überblick über die verschiedenen Finanzierungsebenen.

Bei den privaten Zuschüssen der NGOs werden die Leistungen sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die CEECs und NIS gemeinsam dargestellt, da die Trennung zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Osthilfe für viele NGOs nicht sinnvoll ist. Wir verzichten auf diese Differenzierung, die zwar für die DAC-Meldung relevant ist, nicht aber für die Darstellung des privaten Engagements in Österreich.

In einem eigenen Kapitel werden die Leistungen Österreichs für die Länder Mittel- und Osteuropas (CEECs) sowie für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (NIS) dargestellt.

Zur Anrechenbarkeit der Entschuldungsmaßnahmen in der DAC-Statistik

Die Melderichtlinien für die DAC-Statistik werden vom DAC in den „Statistical Reporting Directives" festgehalten (http://www1.oecd.org/dac/htm/dacdir.htm) und veröffentlicht. Die Meldung der Entschuldungsmaßnahmen im Rahmen der DAC-Statistik ist ein sehr komplexes Thema; die spezifischen Melderichtlinen und Verfahren werden in einem eigenen Handbuch dargestellt (http://www.oecd.org/dataoecd/59/43/11181711.pdf). Die Notwendigkeit der gemeinsamen Regelung der Anrechenbarkeit der Entschuldungsmaßnahmen der DAC-Geberländer ergab sich aus der 1996 beschlossenen „HIPC-Initiative", die erstmals eine umfassende Schuldenreduktion in Aussicht stellte. Neben der Beteiligung der bilateralen Gläubiger war auch erstmals eine Beteiligung multilateraler Gläubiger (Internationaler Währungsfonds, Weltbankgruppe) vorgesehen. Die bilateralen Geber erwarteten durch die Anrechenbarkeit der Entschuldungsmaßnahmen – insbesondere aufgrund der Schuldenstreichungen – einen Anstieg der ODA-Leistungen und somit eine Verbesserung der nationalen ODA-Performance. Das DAC hat jedoch die Erwartungen mit dem Hinweis gedämpft, dass die Entschuldung von alten ODA-Krediten nicht zu einer Steigerung führen könne, da ja der Kredit schon in der Vergangenheit Bestandteil der ODA-Statistik war. Rückzahlungen – unabhängig ob vom Schuldner- oder vom Gläubigerland im Rahmen eines internationalen Entschuldungsverfahrens geleistet – müssen daher in der statistischen Verarbeitung wieder abgezogen werden, da der Betrag sonst in der Statistik doppelt verrechnet worden wäre. Schuldenstreichungen von an-

deren Krediten (private Kredite, andere öffentliche Kredite und öffentliche Exportkredite (OOF)) können jedoch zu einer Steigerung der ODA-Leistungen führen, da die Entschuldung in diesem Fall als Entwicklungsbeitrag zählt. Der Kredit muss aber ebenfalls in der jeweiligen DAC-Statistik ausgetragen werden.

Entschuldungsmaßnahmen im Rahmen der HIPC-Initiative können daher zu einer zeitlich bis 2005 befristeten Steigerung der internationalen ODA-Statistik führen.

Die DAC-Mitglieder konnten sich im Falle der Schuldenstreichung für eine von zwei Meldearten entscheiden. Entweder man meldet die Schuldenstreichungen

– in dem Jahr, in dem der bilaterale Vertrag über die Schuldenstreichung unterzeichnet wurde, als „lump sum". Es werden also in einer runden Summe das zum Vertragsabschluss rückzuzahlende Kapital als auch die ausstehenden Zinsen auf einmal gemeldet. Die tatsächliche Belastung der nationalen Budgets durch die Schuldenstreichung in den Folgejahren bleibt in der ODA-Statistik unberücksichtigt,

oder man meldet

– die tatsächlichen Schuldenstreichungen (entsprechend der Fälligkeiten der Tilgungspläne) jeweils in dem Jahr in dem sie anfallen.

Österreich hat sich bereits im Jahr 1999 für die Variante „lump sum" entschieden.

Wie aus dem im Internet veröffentlichten „Handbook for Reporting Debt Reorganisation on the DAC Questionnaire" (http://www.oecd.org/dataoecd/59/43/11181711.pdf) hervorgeht, sind für die Anrechenbarkeit der verschiedenen Entschuldungsmaßnahmen in der DAC-Statistik bestimmte Informationen (Kapitalanteil, Zinsenanteil) über den zu entschuldenden Kredit erforderlich, die in Österreich von der Kontrollbank bzw. dem BMF zur Verfügung gestellt werden.

Berücksichtigt man nun, dass Österreich in der Vergangenheit geförderte Exportfinanzierungskredite (Rahmen-II-Kredite) in seine ODA-Meldung aufgenommen hat – was vom DAC vor allem bei den Prüfungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auch immer wieder kritisiert wurde (http://www.oecd.org/document/30/0,2340,en_2649_201185_2412638_1_1_1_1,00.html) – dann folgt aus dieser Art der Meldepraxis und den Richtlinien des DAC, dass Schuldenstreichungen für alte ODA-Kredite keine neuen ODA-Flüsse darstellen und daher auch nicht als ODA angerechnet werden können.

Österreich hat daher mit dem DAC nach Möglichkeiten gesucht, einerseits seine Meldepraxis anzupassen und andererseits die tatsächlichen Budgetbelastungen, die durch die im Pariser Club beschlossenen Schuldenstreichungen für die HIPC-Länder entstehen, in der ODA-Statistik entsprechend zu berücksichtigen.

So wurde einerseits die Meldepraxis bei den geförderten Exportfinanzierungen an die statistischen Richtlinien des DAC angepasst und mit dem Jahr 2001 werden nur mehr die tatsächlichen Stützungen der Finanzierung – nicht jedoch die Gesamtsumme des Kredits – als bilateraler Zuschuss gemeldet.

Diese Anpassung der Meldepraxis löste aber noch nicht die Frage der Anrechenbarkeit von Schuldenstreichungen, da zu klären war, welche Kredite in der Vergangenheit bereits als ODA gemeldet wurden und somit nicht neuerlich angerechnet werden konnten. Um dieses Problem sowohl arbeitstechnisch als auch von den Verwaltungskosten in den Griff zu bekommen, hat sich Österreich mit dem DAC darauf geeinigt, die DAC-Meldungen ab 1990 bis 2000 zu revidieren und rückwirkend die Meldung der geförderten Exportfinanzierungskredite aus der ODA-Statistik zu nehmen und im Bereich OOF aufzunehmen.

Diese Revision der Daten Österreichs führt nicht nur zur rückwirkenden quantitativen Verminderung der ODA-Leistungen, sondern auch zu einer qualitativen Verbesserung der Zusammensetzung der Leistungen Österreichs.

Die Revision bildet die Grundlage für eine den DAC-Richtlinien entsprechenden Verarbeitung der Entschuldungsmaßnahmen und ermöglicht die Anrechenbarkeit von HIPC-Schuldenstreichungen in der ODA-Statistik Österreichs.

Die im Folgenden dargestellten Daten für 2001 und 2002 wurden bereits entsprechend der DAC-Richtlinien zusammengestellt und werden nicht mehr revidiert.

FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN ÖSTERREICHS AN ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN SOWIE AN DIE CEECS/NIS UND LÄNDER IN EINEM ÜBERGANGSSTADIUM

Der Überblick über die gesamten Finanzflüsse Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen (Tabelle 1) gibt ein umfassendes Bild der finanziellen Beziehungen eines Landes in einer globalen Weltwirtschaft und stellt die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Kontext ökonomischer und privater Beziehungen dar. Der Stellenwert der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit wird dadurch relativiert und es zeigt sich, dass der finanzielle Anteil der öffentlichen EZA an den Gesamtleistungen starken Schwankungen unterworfen ist, da die anderen öffentlichen Leistungen (OOF) und die privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen stark konjunkturabhängig sind. Während im Jahr 2001 der Anteil der ODA an den Gesamtleistungen rund 76 % betrug, reduzierte sich der Anteil der ODA im Jahr 2002 aufgrund der hohen privaten Leistungen auf rund 28 %. Die Zuschüsse privater Hilfsorganisationen geben einen Eindruck des privaten Engagements für EZA und Humanitäre Hilfe und dokumentieren die Bereitschaft und das Potenzial der Zivilgesellschaft. Die Zuschüsse privater Hilfsorganisationen haben in den 1990er Jahren in Österreich aufgrund der Balkankrise stark zugenommen. Derzeit beträgt ihr Anteil rund ein Zehntel der ODA. Ergänzt wird das Bild der Finanzflüsse Österreichs mit einem Überblick der Finanzflüsse an die Mittel- und Osteuropäischen Länder und an die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Tabelle 2). Auch hier sind die Schwankungen der gesamten Leistungen vor allem auf die privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen zurückzuführen, während die öffentliche Hilfe abgenommen hat.

Tabelle 1:
Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 2001 und 2002 in Mio € und in %

	2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA – Official Development Assistance)	707	76	552	28
A. Bilaterale ODA	*493*	*53*	*387*	*20*
B. Multilaterale ODA	*214*	*23*	*165*	*8*
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF)	–148	–16	–39	–2
III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen	312	33	1.405	71
IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	63	7	61	3
Gesamtleistungen	**934**	**100**	**1.980**	**100**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Tabelle 2:
Finanzielle Gesamtleistungen Österreichs an CEECs/NIS und Länder in einem Übergangsstadium 2001 und 2002 in Mio € und in %

	2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %
I. Öffentliche Hilfe (OA – Official Aid)	236	8	208	6
II. Sonstige öffentliche Leistungen	0	0	0	0
III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen	2.739	92	3.412	94
IV. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	7	0	9	0
Gesamtleistungen	**2.982**	**100**	**3.628**	**100**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

I. Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Als öffentliche Entwicklungszusammenarbeit oder -hilfe (Official Development Assistance – international übliche Bezeichnung ODA) gelten laut der Definition des Entwicklungshilfekomitees (DAC – Development Assistance Committee) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development) alle Mittelzuflüsse von staatlichen Stellen (einschließlich Länder, Gemeinden und öffentlichen Gebietskörperschaften) an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen, zum Zweck der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern.

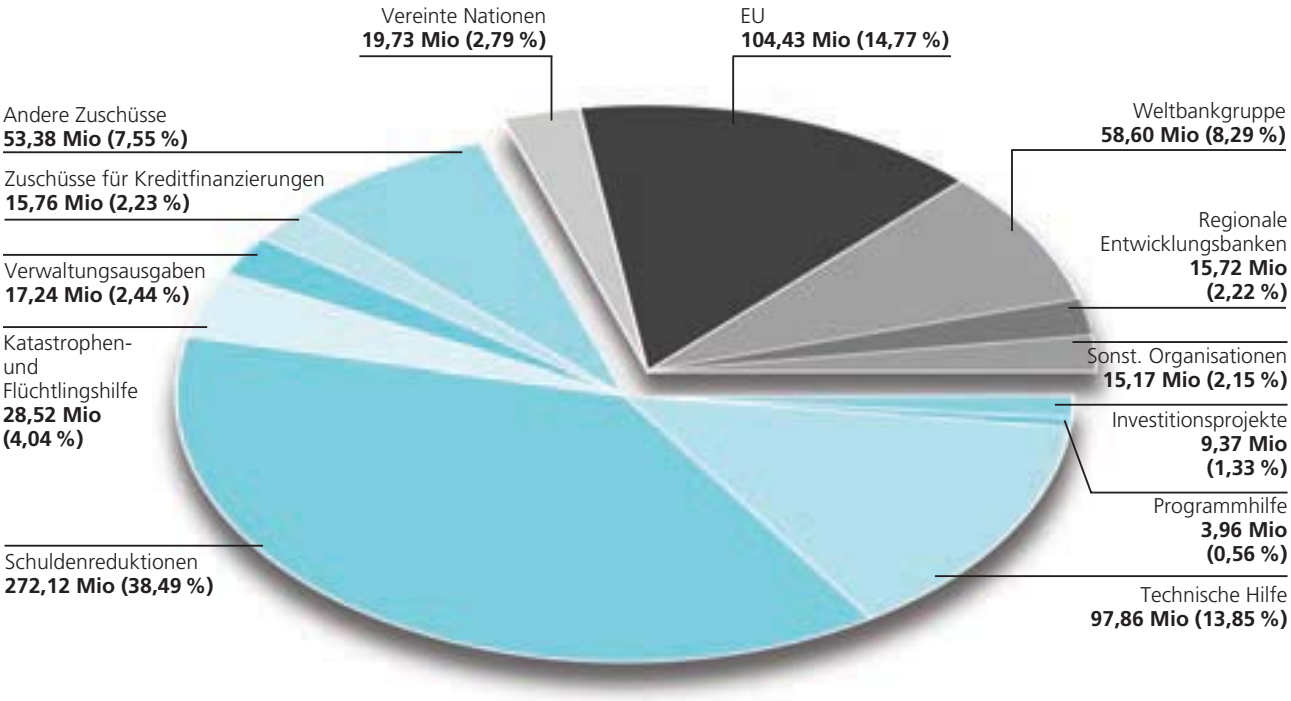
Eine Leistung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nennt man bilateral, wenn das Empfängerland eindeutig bestimmt werden kann, multilateral, wenn die Mittel von einem Geberland an eine internationale Organisation, die Entwicklungsprogramme durchführt, übergeben werden – sei es als allgemeiner Beitrag zur Organisation oder als Beitrag zu einem bestimmten Programm der Organisation. Weiters wird zwischen Zuschüssen (nicht rückzahlbaren Leistungen) und Krediten (rückzahlbare Leistungen) unterschieden. Um als ODA eingestuft zu werden, müssen diese Mittel zu vergünstigten Bedingungen vergeben werden, d. h. sie müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % aufweisen. Die Gesamtsumme der 2002 von Österreich an das DAC als ODA gemeldeten Leistungen betrug rund 552 Mio € oder 0,26 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Im Jahr 2001 wurden rund 707 Mio € oder 0,34 % des BNE als ODA-Leistungen gemeldet. Die Steigerung der ODA-Leistung im Jahr 2001 geht vor allem auf die Veränderung der Meldepraxis Österreichs und somit auf die Anrechenbarkeit der Schuldenstreichungen zurück. Im Jahr 2002 gab es sowohl Rückgänge bei den Schuldenstreichungen als auch bei den multilateralen Leistungen. Mit 0,26 % des BNE liegt Österreich zwar über dem DAC-Durchschnitt von 0,23 %, jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 0,34 % des BNE.

Tabelle 3:
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2001 und 2002 in Mio €

	2001	2002
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	493,26	386,51
Zuschüsse	498,24	389,13
Kredite	–4,98	–2,62
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	213,66	165,43
Gesamt ODA	**706,93**	**551,95**
BNE (in Mrd € zu Marktpreisen, laufend)	*207,79*	*214,47*
Österreichs ODA in % des BNE	*0,34*	*0,26*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Graphik 1: Hauptbestandteile der ODA 2001 in Mio € und in %

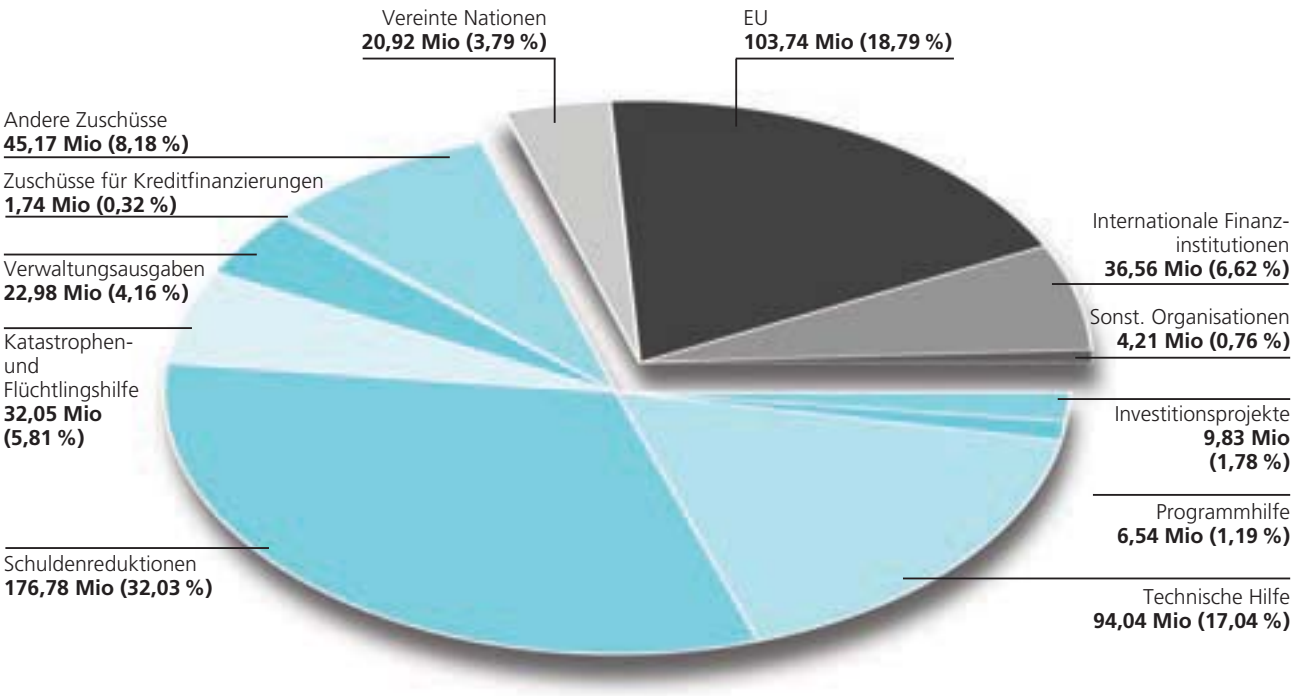


	Mio €	in %		Mio €	in %
Bilaterale EZA	**493,26**	**69,78**			
Zuschüsse	***498,24***	***70,48***	Investitionsprojekte	9,37	1,33
			Programmhilfe	3,96	0,56
			Technische Hilfe	97,86	13,85
			Andere EZA-Leistungen	387,03	54,75
			Schuldenreduktionen	*272,12*	*38,49*
			Katastrophen- und Flüchtlingshilfe	*28,52*	*4,04*
			Verwaltungsausgaben	*17,24*	*2,44*
			Zuschüsse für Kreditfinanzierungen	*15,76*	*2,23*
			Andere Zuschüsse	*53,38*	*7,55*
Kredite*	***–4,98***	***–0,70***	Rahmen II-Kredite	0,00	0,00
			andere Kredite*	–4,98	–0,70
Multilaterale EZA	**213,66**	**30,22**	Vereinte Nationen	19,73	2,79
			EU	104,43	14,77
			Weltbankgruppe	58,60	8,29
			Regionale Entwicklungsbanken	15,72	2,22
			Sonstige Organisationen	15,17	2,15
Gesamt	**706,92**	**100,00**			
0,34 % des BNE					

* *Rückzahlungen können in der Grafik nicht dargestellt werden.*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Graphik 2: Hauptbestandteile der ODA 2002 in Mio € und in %



	Mio €	in %		Mio €	in %
Bilaterale EZA	**386,51**	**70,03**			
Zuschüsse	***389,13***	***70,50***	Investitionsprojekte	9,83	1,78
			Programmhilfe	6,54	1,19
			Technische Hilfe	94,04	17,04
			Andere EZA-Leistungen	278,72	50,50
			Schuldenreduktionen	*176,78*	*32,03*
			Katastrophen- und Flüchtlingshilfe	*32,05*	*5,81*
			Verwaltungsausgaben	*22,98*	*4,16*
			Zuschüsse für Kreditfinanzierungen	*1,74*	*0,32*
			Andere Zuschüsse	*45,17*	*8,18*
Kredite*	***–2,62***	***–0,47***			
Multilaterale EZA	**165,43**	**29,97**	Vereinte Nationen	20,92	3,79
			EU	103,74	18,79
			Internationale Finanzinstitutionen	36,56	6,62
			Sonstige Organisationen	4,21	0,76
Gesamt	**551,95**	**100,00**			
0,26 % des BNE					

** Rückzahlungen können in der Grafik nicht dargestellt werden.*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Grafiken der Hauptbestandteile der ODA zeigen, dass sowohl 2001 als auch 2002 der Anteil der bilateralen Leistungen 70 % und der Anteil der multilateralen Leistungen 30 % waren.

Tabelle 4:
ODA nach Verwendungszweck 2001 und 2002 in Mio € und in %

	2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %
ODA gesamt	**706,93**	**100,00**	**551,95**	**100,00**
Bilaterale EZA	**493,26**	**70**	**386,51**	**70**
Bilaterale Zuschüsse	*498,24*	*70*	*389,13*	*71*
Investitionsprojekte	9,37	1	9,83	2
Programmhilfe	3,96	1	6,54	1
Technische Hilfe	97,86	14	94,04	17
davon: indirekte Studienplatzkosten	*38,59*	*5*	*37,55*	*7*
Andere EZA-Leistungen	387,03	55	278,72	50
davon: Katastrophen- und Flüchtlingshilfe	*28,52*	*4*	*32,05*	*6*
Asylwerber	*22,92*	*3*	*30,00*	*5*
de-facto Flüchtlinge	*0,50*	*0*	*0,00*	*0*
Sonstige Katastrophen- und Flüchtlingshilfe	*5,10*	*1*	*2,05*	*0*
Schuldenreduktionen	*272,12*	*38*	*176,78*	*32*
Zinssatzreduktionen	*52,32*	*7*	*40,70*	*7*
Sonstige Schuldenreduktionen	*219,80*	*31*	*136,08*	*25*
Zuschüsse für Kreditfinanzierungen	*15,76*	*2*	*1,74*	*0*
Verwaltungsausgaben	*17,24*	*2*	*22,98*	*4*
Sonstige Zuschüsse	*53,38*	*8*	*45,17*	*8*
Friedensbildende Maßnahmen	*36,01*	*5*	*28,96*	*5*
Andere (Öffentlichkeitsarbeit, Mischformen etc.)	*16,02*	*2*	*16,21*	*3*
Bilaterale Kredite	***–4,98***	***–1***	***–2,62***	***0***
Multilaterale EZA	**213,66**	**30**	**165,43**	**30**
Vereinte Nationen	19,74	3	20,92	4
Internationale Finanzinstitutionen	74,32	11	36,56	7
Sonstige Organisationen	15,17	2	4,21	1
EU	104,43	15	103,74	19
davon: EEF	*0,00*	*0*	*5,30*	*1*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Tabelle „ODA nach Verwendungszweck" zeigt deutlich, dass sowohl Investitionsprojekte als auch die Programmhilfe eine geringe Bedeutung im Verhältnis zur gesamten ODA spielten.

„Investitionsprojekte" sind jene Projekte, die darauf abzielen, das materielle Kapital eines Partnerlandes zu vermehren oder zu verbessern, sowie die Finanzierung der Lieferung von Waren und Dienstleistungen zur Unterstützung dieser Projekte (z. B. Bau oder Sanierung eines Wasserkraftwerkes).

Unter „Programmhilfe" versteht man Beiträge zur Durchführung umfassender Entwicklungspläne in einem bestimmten Sektor. Darunter fallen vor allem Beiträge zu Programmen, die in Verbindung mit Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank oder des IWF durchgeführt werden, Zahlungsbilanzhilfen oder Beiträge zu Verwaltungsreformprogrammen in Partnerländern.

Die „Technische Hilfe" umfasst laut DAC die Bereitstellung und die Entwicklung von Humanressourcen (sowie damit verbundene Sachmittellieferungen). Damit

wird das Ziel verfolgt, das Kapital an Wissen, Fachkenntnissen und allgemeine und spezielle Fertigkeiten sowie die produktive Kompetenz in einem Partnerland zu vermehren. Die Technische Hilfe hat bei den bilateralen Zuschüssen Österreichs weit mehr Gewicht. Innerhalb der Technischen Hilfe machen die indirekten Studienplatzkosten – also jene Leistungen, die Studierende aus Entwicklungsländern rein rechnerisch an Kosten für Universitäten und Hochschulen verursachen – einen wesentlichen Bestandteil aus.

Die „Anderen EZA-Leistungen" bestehen aus Mischformen der oben genannten Kategorien oder können diesen Kategorien nicht zugeordnet werden. Die Hauptbestandteile der „Anderen EZA-Leistungen" sind die Maßnahmen zur Schuldenreduktion, die Kosten für die Asylwerber aus Entwicklungsländern, die Zuschüsse für Kreditfinanzierungen sowie Verwaltungsausgaben für die EZA und friedensbildende Maßnahmen. Die Zuschüsse für Kreditfinanzierungen sind jene Beträge, die aus dem Budget zur Verbesserung der Kreditbedingungen der Rahmen-II-Kredite, die nach der Anpassung der Meldepraxis als OOF gemeldet werden, zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Multilateralen EZA zeigt sich ein Schwerpunkt Österreichs bei den Beiträgen zu den Programmen und Projekten der Europäischen Union.

Tabelle 5:
Finanzierungsquellen der ODA in Mio € und in %

	2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %
Gesamt ODA	**706,93**	**100,00**	**551,95**	**100,00**
BMA	126,92	17,95	119,82	21,71
PPH und ERP-Fonds	64,67*	9,15	62,32	11,29
Ostzusammenarbeit	7,96	1,13	8,36	1,51
andere	54,30	7,68	49,14	8,90
BMF	472,68	66,86	319,82	57,94
BKA	3,13	0,44	0,85	0,15
BM:BWK	53,63	7,59	51,79	9,38
BMI	28,25	4,00	32,87	5,96
BMLFUW	7,73	1,09	9,28	1,68
BMLV	2,98	0,42	8,23	1,49
Sonstige Bund	6,44	0,91	6,84	1,24
Summe bundesbudgetfinanzierte Leistungen	**701,76**	**99,27**	**548,30**	**99,34**
Summe andere öffentliche Körperschaften	**5,17**	**0,73**	**3,65**	**0,66**

** Abweichung von der PPH ergibt sich aufgrund eines ERP-Kredites in der Höhe von 1,24 Mio Euro.*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Finanzierungsquellen der ODA stammen nach der Meldepraxisveränderung zu mehr als 99 % aus dem Bundesbudget. Es zeigt sich jedoch bei der Zuordnung der Mittel, dass im Jahr 2001 fast 67 % und im Jahr 2002 rund 58 % der Mittel aus dem Budget des BMF stammen. Das mit der Verwaltung der österreichischen EZA und mit der Formulierung der österreichischen Entwicklungspolitik betraute BMA verfügte 2001 de facto nur über 18 % der ODA-Mittel. Im Jahr 2002 stieg der Anteil des BMA auf rund 22 %. Der eigentliche Kernbereich der österreichischen EZA – der unmittelbar vom BMA programmatisch gestaltbare Teil – betrug im Jahr 2001 inklusive des ODA relevanten Anteils der Ostzusammenarbeit rund 10 % der ODA, im Jahr 2002 rund 13 %. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verfügte aufgrund des hohen Anteils an indirekten Studienplatzkosten, Stipendien und Leistungen für österreichische Auslandsschulen in Entwicklungsländern über 8 % im Jahr 2001 und 9 % im Jahr 2002.

Die Programm- und Projekthilfe im BMA

Der Kernbereich der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist die vom BMA entwicklungspolitisch gestaltbare Programm- und Projekthilfe (PPH), die aus dem Budgetansatz 205 des BMA sowie aus Mitteln des ERP-Fonds (European Recovery Programm) besteht. Die im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik formulierte Programmatik und Länderschwerpunktsetzung bezieht sich vorwiegend auf diesen Bereich. Im Jahr 2001 betrugen die Mittel für die PPH 63,42 Mio €, im Jahr 2002 62,32 Mio €. Der Budgetansatz 205 (Erfolg) machte 2001 54,88 Mio € und im Jahr 2002 56,61 Mio € aus. Berücksichtigt man den Umstand, dass der Budgetansatz im Jahr 1998 69,04 Mio € betragen hat, dann ist das Budget des Jahres 2002 im Vergleich dazu um 18 % geringer. Der Budgetvoranschlag für das Jahr 2003 sieht einen weiteren Rückgang auf 52,70 Mio € vor, während für das Jahr 2004 ein Budgetansatz von 71,60 Mio € im Parlament beschlossen wurde. Die Programm- und Projekthilfe des BMA soll daher im Jahr 2004 über das Niveau des Jahres 1998 angehoben werden. Aus ERP-Mitteln, die für Programme und Projekte der österreichischen EZA verwendet werden, können pro Jahr weitere 8 Mio € veranschlagt werden. Dennoch bleibt damit der Teil der gesamten österreichischen ODA, der nach entwicklungspolitischen Kriterien gestaltet wird, im internationalen Vergleich sehr klein.

Tabelle 6:
Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio €

				Budgetvoranschlag	
	2000	2001	2002	2003	2004
BMA-Budget	56,45	54,88	56,61	52,70	71,60
ERP-Mittel	16,51	8,55	5,70	8,00	8,00
Gesamt in Mio €	**72,96**	**63,42**	**62,32**	**60,70**	**79,60**
in % des BNE	*0,035*	*0,031*	*0,029*		
in % des Bundeshaushalts	*0,128*	*0,105*	*0,101*		

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Durchführung der PPH wird ab dem Jahr 2004 von der Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit – Austrian Development Agency (ADA) übernommen. Die Zuständigkeit für die Formulierung und Koordination der Entwicklungspolitik Österreichs verbleibt im BMA. Die ADA wird als privatrechtlich organisierte Ges. m.b.H. die operativen Maßnahmen der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit abwickeln*. Für das Jahr 2004 steht ein Jahresbudget von rund 100 Mio € zur Verfügung, das aus dem Bundesbudget bereitgestellt wird.

Die geografische Konzentration der PPH auf die Schwerpunkt- und Kooperationsländer der österreichischen EZA ist seit 1992 konsequent verfolgt worden. Im Jahr 2002 und im Jahr 2001 konnten die Mittel rund 66 % der PPH auf die Schwerpunktländer, die Kooperationsländer und Sonderprogrammländer konzentriert werden. Im Jahr 2000 betrug der Anteil rund 72 %, es kann aber deshalb nicht von einer Veränderung der Schwerpunktsetzung im Jahr 2001 und 2002 gesprochen werden.

* *http://www.oefse.at/download/eza_gesetz.pdf*

Tabelle 7:
Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, 2000 bis 2002 in Mio € und in %

		2000		2001		2002	
		Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %
Sahelraum Westafrikas		9,43	12,93	6,55	10,32	6,03	9,68
davon:	*Burkina Faso*	*2,89*	*3,96*	*2,94*	*4,63*	*2,41*	*3,87*
	Kap Verde	*3,85*	*5,28*	*1,17*	*1,84*	*1,22*	*1,96*
	Senegal	*2,69*	*3,69*	*2,44*	*3,85*	*2,39*	*3,84*
Ostafrika		15,41	21,12	14,67	23,13	14,39	23,10
davon:	*Uganda*	*4,54*	*6,23*	*6,29*	*9,92*	*5,56*	*8,92*
	Äthiopien	*2,75*	*3,78*	*3,32*	*5,23*	*2,83*	*4,55*
	Ruanda	*1,02*	*1,39*	*0,16*	*0,26*	*1,78*	*2,85*
	Tansania	*4,94*	*6,77*	*3,74*	*5,90*	*1,78*	*2,86*
	Kenia	*0,89*	*1,21*	*0,63*	*1,00*	*1,47*	*2,35*
	Burundi	*1,27*	*1,74*	*0,52*	*0,82*	*0,97*	*1,56*
Südliches Afrika		7,06	9,67	4,80	7,57	4,96	7,96
davon:	*Mosambik*	*3,84*	*5,26*	*2,26*	*3,57*	*2,45*	*3,94*
	Namibia	*0,83*	*1,14*	*0,81*	*1,27*	*0,57*	*0,92*
	Simbabwe	*1,53*	*2,10*	*0,88*	*1,39*	*0,51*	*0,82*
	Südafrika	*0,86*	*1,17*	*0,85*	*1,34*	*1,42*	*2,29*
Zentralamerika		8,73	11,97	9,61	15,15	7,96	12,78
davon:	*Nicaragua*	*5,21*	*7,14*	*6,15*	*9,70*	*4,59*	*7,36*
	Guatemala	*1,93*	*2,64*	*1,93*	*3,04*	*2,05*	*3,29*
	El Salvador	*1,25*	*1,72*	*1,18*	*1,86*	*1,18*	*1,90*
	Costa Rica	*0,34*	*0,47*	*0,35*	*0,55*	*0,14*	*0,23*
Himalaja-Hindukusch		8,22	11,26	4,88	7,70	4,16	6,68
davon:	*Bhutan*	*6,35*	*8,71*	*3,00*	*4,73*	*2,27*	*3,64*
	Pakistan	*0,61*	*0,83*	*0,66*	*1,03*	*0,24*	*0,39*
	Nepal	*1,26*	*1,73*	*1,23*	*1,94*	*1,65*	*2,65*
Sonderprogrammland		3,40	4,66	2,03	3,19	3,00	4,81
	auton. paläst. Gebiete	*3,40*	*4,66*	*2,03*	*3,19*	*3,00*	*4,81*
Schwerpunktländer gesamt		**30,46**	**41,75**	**25,29**	**39,87**	**23,12**	**37,10**
Kooperationsländer gesamt		*18,39*	*25,20*	*15,22*	*23,99*	*14,39*	*23,09*
Schwerpunkt- u. Kooperationsländer gesamt		*48,85*	*66,95*	*40,51*	*63,86*	*37,51*	*60,19*
Schwpkt.- u. Koop.länder + Sonderprogr. ges.		*52,25*	*71,61*	*42,53*	*67,05*	*40,50*	*65,00*
Programm- und Projekthilfe gesamt		**72,96**	**100,00**	**63,42**	**100,00**	**62,32**	**100,00**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Bei der Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe des BMA fällt auf, dass der Anteil der von NGOs durchgeführten Projekte mit rund 55 % gleich geblieben ist. In absoluten Werten sind jedoch die Mittel für Projekte von NGOs in Entwicklungsländern zurückgegangen, während die Mittel für Projekte in Österreich sowie für die Studienförderung geringfügig angestiegen sind. Der Anteil der Firmen ist im Jahr 2002 geringfügig größer als 2001, im Vergleich zum Jahr 2000 ist er aber stark zurückgegangen und beträgt 2002 rund 23 %.

Die direkte Kooperation mit Einrichtungen in Entwicklungsländern (NGOs, öffentliche Stellen) ist im Jahr 2002 gesunken während gleichzeitig mehr Mittel für Programme von internationalen Organisationen im Rahmen der bilateralen Hilfe verwendet wurden.

Tabelle 8:
Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio € und in %

	2000		2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %
NGO Projekte vorwiegend Ausland	*26,60*	*36,46*	*25,66*	*40,46*	*23,31*	*37,40*
NGO Projekte vorwiegend Österreich	*4,96*	*6,79*	*4,50*	*7,09*	*5,36*	*8,59*
NGO vorwiegend Studienförderung	*2,57*	*3,53*	*4,46*	*7,03*	*5,51*	*8,84*
Österreichische NGOs gesamt (1–3)	***34,13***	***46,78***	***34,62***	***54,58***	***34,17***	***54,84***
Firmen in Österreich	23,92	32,78	12,95	20,42	14,57	23,37
öff. Stellen/Universitäten in Österreich	0,77	1,06	1,05	1,66	0,50	0,80
Privatpersonen	0,29	0,40	0,17	0,27	0,19	0,31
Österreichische Institutionen gesamt (1–6)	***59,11***	***81,02***	***48,79***	***76,93***	***49,43***	***79,33***
öffentliche Stellen/Ministerien im Empfängerland	7,59	10,40	5,78	9,11	3,19	5,11
NGOs und Institutionen im Empfängerland	1,59	2,18	3,84	6,06	2,61	4,18
Institutionen im Empfängerland gesamt (7–8)	***9,18***	***12,58***	***9,62***	***15,17***	***5,79***	***9,30***
Internationale Organisationen	2,95	4,05	3,28	5,18	5,07	8,13
Internationale NGOs	1,26	1,72	0,73	1,14	0,97	1,56
Sonstiges	0,46	0,63	1,00	1,58	1,05	1,68
Andere Träger gesamt (9–11)	***4,67***	***6,40***	***5,01***	***7,90***	***7,09***	***11,38***
Gesamt PPH	**72,96**	**100,00**	**63,42**	**100,00**	**62,32**	**100,00**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

ODA-Kredite

Mit der neuen österreichischen Meldepraxis für Rahmen-II-Exportkredite werden alle bisher als ODA klassifizierten Rahmen-II-Kredite nicht mehr als ODA gemeldet, sondern werden als OOF-Exportkredite in der DAC-Statistik berücksichtigt. Da es an Neuauszahlungen im Jahr 2001 nur einen ERP-Kredit gab, sind bei allen anderen Kreditformen Rückzahlungen zu verbuchen. Im Jahr 2002 wurden aufgrund von Schuldenstreichungen alter ODA-Kredite statistische Austräge in der Höhe von 0,46 Mio € erforderlich. Diese Maßnahme berücksichtigt, dass der nun entschuldete Kredit bereits als ODA gemeldet wurde. Da – bedingt durch die Entschuldung – in Zukunft keine Rückzahlungen mehr erfolgen, müssen diese statistisch ausgetragen werden, da sie einerseits beim Entschuldungsvorgang als Zuschuss berücksichtigt wurden und andererseits in der ersten Meldung des Kredites enthalten waren.

Ein weiteres Argument für die Umstellung der Meldpraxis war auch der Umstand, dass hohe Rückzahlungen alter Kredite die Auszahlungen der Rahmen-II-Exportfinanzierungskredite übertrafen, was beispielsweise bereits im Jahr 2000 zu einer Reduktion der ODA-Leistungen Österreichs durch den Bereich der bilateralen Kredite führte.

Tabelle 9:
ODA-Kredite, Übersicht der Nettoflüsse 2001 und 2002 in Mio €

Kreditart	2001 Nettofluss*	2002 Nettofluss *
Starthilfe	–0,01	0,00
RAHMEN-II-Exportfinanzierungskredite	0,00	0,00
IBRD-Kofinanzierung	–5,34	–0,95
ERP	1,24	–0,74
BMA-Finanzhilfedarlehen	–0,87	–0,47
Tatsächliche Kreditflüsse gesamt	*–4,98*	*–2,16*
Kreditseitige Austräge für entschuldete ODA-Kredite	*0,00*	*–0,46*
Gesamt-ODA im Bereich Kredite	**–4,98**	**–2,62**

* *Laut DAC-Richtlinien errechnet sich der Nettofluss bei Krediten aus Auszahlungsbetrag minus Tilgung. Zinsenzahlungen werden nicht in die Berechnung des Nettofinanzflusses einbezogen.*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs

Betrachtet man die geografische Verteilung des Volumens der bilateralen EZA, dann zeigt sich, dass die Schwerpunktländer und Kooperationsländer der PPH in der Reihung der Empfängerländer nur dann vordere Ränge einnehmen, wenn das Land auch von Entschuldungsmaßnahmen profitiert hat. Die Reihenfolge der Empfängerländer der bilateralen EZA wird aufgrund des geringen Anteils der PPH an der bilateralen ODA weit mehr von der geografischen Verteilung der Schuldenstreichungen, der Asylwerber und den indirekten Studienplatzkosten beeinflusst als von den programmatischen Schwerpunkten der österreichischen Entwicklungspolitik. So entfielen beispielsweise im Jahr 2002 auf das Hauptempfängerland Serbien und Montenegro neben Entschuldungsmaßnahmen in der Höhe von rund 72 Mio € Kosten für Asylwerber (rund 4,7 Mio €), indirekte Studienplatzkosten (rund 4,3 Mio €), OZA (rund 3,4 Mio €) und friedenssichernde Maßnahmen.

Tansania und Mosambik nehmen im Jahr 2002 aufgrund der Anrechenbarkeit der Entschuldungsmaßnahmen Rang zwei und drei ein.

Bei der Türkei sind ebenfalls die Anteile für Asylwerber und indirekte Studienplatzkosten für die vordere Reihung in der geografischen Verteilung der bilateralen ODA verantwortlich.

Während in den vergangenen Jahren die Anrechnung der Rahmen-II-Exportkredite vorwiegend die Reihenfolge bestimmte, wird die Reihung ab dem Jahr 2002 von der Höhe der Schuldenstreichungen beeinflusst.

Tabelle 10:
Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs im Jahr 2001 in Mio € und in % der bilateralen EZA

Position	Empfängerland	Netto Auszahlungen Mio €	davon: Entschuldungsmaßnahmen	in % der bilateralen EZA
1	Kamerun	150,64	150,25	30,54
2	Bolivien	70,61	70,10	14,32
3	Ägypten	26,03	24,97	5,28
4	Jugoslawien	25,44	—	5,16
5	Bosnien und Herzegowina	15,85	4,73	3,21
6	Türkei	14,43	—	2,93
7	Madagaskar	11,23	11,20	2,28
8	Afghanistan	10,88	—	2,21
9	LLDCs n. a.	8,30	—	1,68
10	Sierra Leone	7,96	0,02	1,61
11	***Äthiopien***	***7,77***	***0,20***	***1,57***
12	China	6,54	—	1,33
13	***Nicaragua***	***6,39***	***0,08***	***1,30***
14	Osttimor	6,19	—	1,26
15	***Bhutan***	***5,69***	***—***	***1,15***
16	*Tansania*	*5,33*	*1,39*	*1,08*
17	Indonesien	5,32	—	1,08
18	*Guatemala*	*5,20*	—	*1,05*
19	Kroatien	4,06	—	0,82
20	Iran	3,94	—	0,80
21	Philippinen	3,83	—	0,78
22	Kongo, Dem. Rep.	3,40	0,26	0,69
23	***Burkina Faso***	***3,29***	***0,28***	***0,67***
24	Slowenien	2,90	—	0,59
25	Guinea	2,66	2,58	0,54
26	Albanien	2,57	—	0,52
27	*Senegal*	*2,51*	—	*0,51*
28	*Palästinensische Autonomiegebiete*	*2,44*	—	*0,50*
29	***Mosambik***	***2,28***	***—***	***0,46***
30	Brasilien	2,13	—	0,43
	Gesamte bilaterale EZA in Mio €	**493,26**	**271,16**	**100,00**
	Österreich	***21,51***		***4,36***

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Tabelle 11:
Die Empfängerländer der bilateralen EZA Österreichs im Jahr 2002 in Mio € und in % der bilateralen EZA

Position	Empfängerland	Netto Auszahlungen Mio €	davon: Entschuldungs-maßnahmen	in % der bilateralen EZA
1	Serbien und Montenegro	92,36	71,86	23,90
2	*Tansania*	*32,10*	*30,61*	*8,31*
3	***Mosambik***	***22,67***	***20,20***	***5,87***
4	Ägypten	20,79	19,59	5,38
5	Türkei	14,42	—	3,73
6	Afghanistan	14,22	—	3,68
7	Bosnien und Herzegowina	11,56	3,81	2,99
8	Mauretanien	10,31	10,20	2,67
9	***Burkina Faso***	***8,50***	***5,98***	***2,20***
10	Kamerun	7,95	7,52	2,06
11	LLDCs n.a.	7,88	—	2,04
12	Sierra Leone	6,46	0,02	1,67
13	Kongo, Dem. Rep.	5,77	0,12	1,49
14	***Uganda***	***5,71***	***—***	***1,48***
15	*Guatemala*	*5,14*	—	*1,33*
16	***Nicaragua***	***4,73***	***0,06***	***1,22***
17	***Äthiopien***	***4,56***	***0,26***	***1,18***
18	Irak	4,20	—	1,09
19	***Bhutan***	***3,96***	***—***	***1,02***
20	Slowenien	3,92	—	1,01
21	*Palästinensische Autonomiegebiete*	*3,82*	—	*0,99*
22	Iran	3,59	—	0,93
23	Kroatien	3,52	—	0,91
24	Osttimor	2,83	—	0,73
25	Côte d'Ivoire	2,75	2,66	0,71
26	China	2,75	—	0,71
27	*Senegal*	*2,51*	—	*0,65*
28	Georgien	2,51	—	0,65
29	Armenien	2,44	—	0,63
30	Mazedonien	2,37	—	0,61
	Gesamte bilaterale EZA in Mio €	**386,51**	**176,78**	**100,00**
	Österreich	***26,41***		***6,83***

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Österreichs betrug im Jahr 2002 rund 165 Mio €, das sind rund 30 % der gesamten ODA. Damit hat sie im Vergleich zum Jahr 2001 um fast 50 Mio € abgenommen. Aufgrund von unregelmäßigen Wiederauffüllungen von Finanzierungstöpfen bei internationalen Finanzinstitutionen, die Kredite an Entwicklungsländer zur Finanzierung von Programmen und Projekten vergeben, kommt es bei der multilateralen EZA immer wieder zu Schwankungen. Der Hauptanteil der multilateralen ODA-Leistungen Österreichs entfällt seit 1995 auf Beiträge an die EU. Österreich leistet im Rahmen seiner allgemeinen Beiträge zum EU-Haushalt auch Beiträge für die einzelnen Budgetlinien, die für Programme und Maßnahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden. Dieser Anteil wird als multilaterale Entwicklungszusammenarbeit an das DAC gemeldet. Im Jahr 2002 betrug der Anteil mit 103,7 Mio € fast 19 % der gesamten von Österreich gemeldeten ODA.

Die Leistungen für UN-Organisationen sind seit dem Jahr 2000 etwa gleich geblieben. Österreich hat jedoch im Vergleich zur zweiten Hälfte der 1990er Jahre seine freiwilligen Beiträge an UN-Einrichtungen aufgrund der österreichischen Budgetkonsolidierung um fast 5 Mio € reduziert.

Bei den Organisationen der Weltbankgruppe und bei den regionalen Entwicklungsbanken sind Schwankun-

Tabelle 12:
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU	*94,14*	*104,43*	*103,74*
2. UN-Organisationen	*21,76*	*19,74*	*20,92*
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe	*28,33*	*58,60*	*27,75*
4. Regionale Entwicklungsbanken	*24,60*	*15,72*	*8,81*
5. Andere Finanzinstitutionen und andere Organisationen	*11,85*	*15,17*	*4,21*
Multilaterale EZA gesamt	**180,68**	**213,66**	**165,43**
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU			
Budgetlinie B70 – Sapard/Ispa/Phare	2,37	0,91	1,63
Nahrungsmittelhilfe (B720)	10,41	12,53	9,69
Humanitäre Hilfe (B721)	12,29	13,61	10,31
Leistungen für Asien/Lateinamerika/Südafrika (B73)	14,96	16,44	17,37
Leistungen für Mittelmeerraum/Naher Osten (B74)	11,25	15,00	19,54
Leistungen für CEECs/NIS (Part I) (B75)	2,55	1,39	1,33
Leistungen Westlicher Balkan (B75)	16,10	24,89	17,40
andere Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (B76)	6,62	7,80	9,01
Demokratie und Menschenrechte (B77)	1,02	1,26	1,97
Außenkapitel bestimmter Politiken der Gemeinschaft (B78)	4,02	6,06	5,84
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (B80)	0,36	0,51	0,48
Verwaltungskosten (IIIA)	2,63	4,03	3,85
Gesamt	*84,60*	*104,43*	*98,44*
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)	9,54	0,00	5,30
EZA der EU und EEF gesamt	**94,14**	**104,43**	**103,74**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

	2000	2001	2002
2. UN-Organisationen			
FAO	1,87	1,70	1,81
FAO-WFP	2,16	0,23	2,20
JPO	1,15	0,86	0,61
UN-Budget	1,21	1,24	1,44
UNDP	4,87	3,55	4,50
UNESCO	0,83	0,82	0,82
UNICEF	1,05	0,98	1,15
UNIDF	1,91	3,11	1,31
UNIDO	0,89	0,89	0,90
WHO	3,33	3,32	2,68
Andere	2,47	3,04	3,52
Gesamt	**21,76**	**19,74**	**20,92**
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe			
HIPC-Initiative	—	29,07	0,00
IBRD	0,00	1,15	0,00
IDA	27,75	27,75	27,75
IFC	0,00	0,00	0,00
MIGA	0,58	0,63	0,00
Gesamt	**28,33**	**58,60**	**27,75**
4. Regionale Entwicklungsbanken			
AfDB/AfDF	17,99	9,17	0,34
ASDB/AsDF	4,80	6,14	8,12
IDB	1,81	0,41	0,35
Gesamt	**24,60**	**15,72**	**8,81**
5. Andere Finanzinstitutionen u. andere Organisationen			
CGIAR (IFI*)	0,00	1,62	0,00
IMF-PRGF (vormals ESAF) (IFI*)	5,12	2,61	2,06
GEF (IFI*)	3,12	3,15	0,00
IFAD (IFI*)	1,57	5,67	0,00
Montrealer Protokoll (IFI*)	1,53	1,52	1,52
Andere	0,52	0,60	0,64
Gesamt	**11,85**	**15,17**	**4,21**

* *Internationale Finanzinstitution*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

gen aufgrund der unregelmäßigen Beitragszahlungen vorprogrammiert. Die Weltbank hat etwa im Rahmen der HIPC-Initiative einen HIPC-Trust Fund eingerichtet, an dem sich Österreich im Jahr 2001 mit 29 Mio € beteiligt hat.

II. Sonstige öffentliche Leistungen (Other Official Flows)

Zu den sonstigen öffentlichen Leistungen zählen jene Exportkredite, die die Kriterien für die Meldung als ODA-Kredite nicht erfüllen, entweder weil diese das erforderliche Zuschusselement nicht aufweisen oder nicht zu den inhaltlichen und geografischen Schwerpunktsetzungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit passen. Die Veränderung der ODA-Meldepraxis bedeutet daher Veränderungen bei den OOF. Die Rahmen-II-Exportfinanzierungskredite werden rückwirkend ab dem Jahr 1990 aus der ODA entfernt und bei OOF eingetragen.

Für die Jahre 2001 und 2002 sieht man in der Tabelle deutlich, dass den Neuauszahlungen einerseits Rückzahlungen von Krediten (Rahmen-II-Exportfinanzierung, andere öffentliche Exportfinanzierungen) und wiederum Austräge für entschuldete Kredite gegenüberstehen. Dies ergibt sowohl 2001 als auch 2002 negative Finanzflüsse.

Tabelle 13:
Exportkredite (OOF) Nettobeträge 2001 und 2002 in Mio €

	2001	2002
Auszahlungen	121,80	165,00
Rückflüsse	–269,96	–203,64
davon: Kreditseitige Austräge für entschuldete Kredite	*–175,52*	*–103,89*
Tilgungen	*–94,45*	*–99,73*
Gesamt	**–148,16**	**–38,64**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

III. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen

Auf dieser Ebene wird der Kapitaltransfer Österreichs in die Entwicklungsländer erfasst, der zu marktüblichen Bedingungen erfolgt. Da diese Leistungen privat über den Kapitalmarkt finanziert werden und keine öffentlichen Förderungen in Anspruch nehmen, werden sie auch nicht bei den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen angerechnet. Sie werden aber von der OECD erfasst und im OECD-Bericht als Teil der Gesamtleistungen Österreichs an die Entwicklungsländer ausgewiesen.

Die privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen bestehen aus Direktinvestitionen und privaten Exportfinanzierungskrediten. Die gesamten privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen sind starken Schwankungen unterworfen, da sie gewinnorientiert und konjunkturabhängig sind und keine entwicklungspolitischen Zielsetzungen verfolgen.

Die Summe der Direktinvestitionen betrug 2002 fast 1,1 Mrd € . Davon entfielen allerdings 967 Mio € auf Europa (Kroatien, Slowenien, Serbien und Montenegro), 91 Mio € auf Mittel- und Südamerika und 31 Mio € auf Asien.

Bei den privaten Exportkrediten betrug die Summe im Jahr 2002 rund 314 Mio € . Auch hier entfiel der Großteil auf Europa (343 Mio €; Türkei, Slowenien) Afrika hat sogar nur Rückflüsse (–144 Mio €), Amerika (22 Mio €) und in Asien (92 Mio €) waren vor allem Exportfinanzierungen mit dem Iran und China zu verzeichnen.

Obwohl die Gesamtsummen hoch sind, zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass auch die österreichischen Direktinvestitionen und privaten Exportkredite vor allem die Lower Middle Income Countries und die Upper Middle Income Countries erreichen und nicht die ärmsten Entwicklungsländer.

Tabelle 14:
Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen, Nettobeträge, 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
Direktinvestitionen	457,04	309,24	1.091,72
private Exportkredite	150,69	2,73	313,76
Gesamt	**607,73**	**311,97**	**1.405,48**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

IV. Zuschüsse privater Organisationen

Österreichische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Ostzusammenarbeit meldeten im Jahr 2002 rund 70,5 Mio € an Eigenmitteln, die für Programme und Projekte in Entwicklungsländern sowie in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie Katastrophenhilfe und für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich verwendet wurden. Die Eigenmittel werden durch Spendenaktionen, durch Fundraising oder durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht und sind ein wichtiger Indikator für das Engagement der Zivilgesellschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Die hier angegebenen Daten weichen vielfach von den in den Jahresberichten der einzelnen Einrichtungen dargestellten Leistungen ab, da wir ausschließlich die Eigenmittel berücksichtigen und nicht den Umsatz. Öffentliche Mittel (Kofinanzierungen mit der EU, der österreichischen Regierung oder Ländern) für Projekte, die von privaten Einrichtungen im Auftrag oder gemeinsam mit öffentlichen Stellen durchgeführt werden, sind in der Statistik der öffentlichen Leistungen (ODA) enthalten.

Vergleicht man die privaten Eigenmittel mit den Budgetansätzen des BMA für Entwicklungszusammenarbeit sowie für Ostzusammenarbeit, dann zeigt sich deutlich, dass die privaten Mittel höher sind als die unmittelbar im Bundesbudget für vergleichbare Ziele vorgesehenen Mittel.

Tabelle 15:
Zuschüsse privater Organisationen 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
Zuschüsse gesamt	**77,61**	**70,16**	**70,54**
Mitgliedsorganisationen der KOO	39,32	39,27	39,88
davon: Entwicklungshilfe	*30,52*	*32,41*	*32,54*
Katastrophenhilfe	*4,80*	*3,14*	*3,47*
Bildung	*3,92*	*3,72*	*3,87*
andere private Hilfsorganisationen	38,30	30,88	30,66
zum Vergleich die Budgetansätze des BMA			
Budgetansatz 205 EZA (Erfolg)	56,45	54,60	56,54
Budgetansatz 2007 Ostförderprogramme (Erfolg)	18,70	11,30	10,60
	75,15	**65,90**	**67,14**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Zuschüsse aller privaten Einrichtungen sind im Jahr 2001 um rund 7 Mio € im Vergleich zu 2000 zurückgegangen. Der starke Rückgang ist v. a. auf die gesunkenen Humanitären Hilfslieferungen für den südosteuropäischen Raum, v. a. für das ehemalige Jugoslawien zurückzuführen. 2000 erhielt die ehemalige BR Jugoslawien noch als größter Empfänger 14,79 Mio €, während die Leistungen 2002 nur mehr 2,65 Mio € betrugen (siehe Tab. 18).

Der größte Teil der privaten Leistungen wurde auch 2002, 2001 und 2000 von den Mitgliedern der KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission – aufgebracht. (Eine Liste der Mitglieder der KOO befindet sich im Anhang.) Diese Leistungen stammen vorwiegend aus kirchlichen Sammlungen und Spendenaktionen, die von den Einrichtungen der katholischen Kirche durchgeführt werden. Mittel für die Mission und Pastoralhilfe werden hier nicht berücksichtigt, da diese Leistungen vom DAC nicht als Entwicklungshilfeleistungen anerkannt werden.

Die Leistungen der KOO-Mitglieder sind seit 2000 mit jährlich fast 40 Mio € gleich geblieben.

Die Verteilung der Mittel auf Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe und Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist in den Berichtsjahren etwa konstant geblieben. Während im Jahr 2001 die Katastrophenhilfeleistungen um 1,6 Mio € gesunken sind, ist jedoch eine Steigerung bei der Entwicklungszusammenarbeit feststellbar. Der Rückgang der Leistungen für den südosteuropäischen Raum hat bei den KOO-Mitgliedsorganisationen bereits im Jahr 2000 stattgefunden.

Tabelle 16:
Die größten privaten Geber 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
Zuschüsse aller NROs gesamt	**77,60**	**70,16**	**70,54**
davon: Mitgliedsorganisationen der KOO	39,29	39,27	39,88
Österreichisches Rotes Kreuz	15,13	8,66	6,41
Ärzte ohne Grenzen Österreich	3,11	3,70	5,23
CBM Christoffel Blinden Mission	1,73	2,24	2,67
UNICEF Österreich	2,62	2,71	2,42
Menschen für Menschen	1,63	1,76	2,11
World Vision	0,84	1,04	1,46
SOS Kinderdorf International	2,11	1,06	1,41
Malteser Hospitaldienst Austria	1,70	2,14	1,39
Entwicklungshilfe-Klub	1,13	1,07	1,13
Österr. Aussätzigen-Hilfswerk	1,23	1,23	0,69

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Betrachtet man die geografische Verteilung der privaten Zuschüsse, dann zeigt sich, dass die Konzentration auf die Krisenregion am Balkan im Jahr 2002 nicht mehr gegeben ist. Im Jahr 2002 lag als Empfängerregion Afrika (30 %) vor Asien (20 %), Europa (18 %) und Amerika (16 %).

Tabelle 17:
Die Zuschüsse der NROs 2000 bis 2002 aufgeteilt nach Regionen in Mio €

	2000	2001	2002
Europa	26,53	16,39	12,91
Afrika	17,63	16,54	21,08
Asien	11,42	14,15	13,97
Amerika	10,91	11,56	11,07
Ozeanien	0,53	0,65	0,84
nicht zuordenbar	10,58	10,87	10,68
Gesamt	**77,60**	**70,15**	**70,55**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die Empfängerländer der privaten Zuschüsse werden im Jahr 2002 von den LLDCs unspezifisch angeführt, gefolgt von Indien, Österreich (v. a. für Projekte für Informations- und Bildungsarbeit), Äthiopien und Rumänien. Die Reihung der Empfängerländer wird von den Schwerpunkten der KOO-Mitgliedsorganisationen wesentlich beeinflusst. Da die Mitglieder der KOO keine gemeinsame Schwerpunktländerpolitik verfolgen, bil-

den sich Schwerpunkte aufgrund des Engagements der einzelnen Organisationen. So zählen etwa Indien, Rumänien, Kongo, Brasilien, Nicaragua und Uganda zu den Schwerpunkten der katholischen Zusammenarbeit. Zirka drei Viertel der Mittel entfallen auf 30 Zielländer. Insgesamt erhielten 2002 rund 130 Länder Zuschüsse österreichischer NGOs.

Tabelle 18:
Die Empfängerländer der privater Zuschüsse (Top 20) 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
LLDCS unspezifisch	6,33	6,43	6,44
Indien	4,29	5,67	4,30
Österreich	4,25	4,44	4,23
Äthiopien	3,53	3,22	3,68
Rumänien	4,00	2,59	3,14
Jugoslawien	14,79	8,31	2,65
Afghanistan	0,18	1,66	2,53
Uganda	1,35	1,20	2,28
Kongo	1,05	1,04	2,12
Brasilien	1,90	1,96	2,09
Nicaragua	2,05	2,19	1,78
Philippinen	1,69	1,86	1,74
Kenia	1,52	1,82	1,68
Mosambik	2,18	1,52	1,66
Belarus	0,00	0,00	1,43
Ukraine	0,77	3,39	1,23
Tansania	0,63	0,89	1,21
Ecuador	1,00	1,13	1,20
Sudan	1,15	1,12	1,18
Südafrika	0,49	0,80	0,80
El Salvador	0,48	1,47	0,53

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Erstellt man eine Hitliste der größten privaten Geber, dann führen die Mitglieder der KOO gemeinsam die Liste an. Die Unterscheidung nach einzelnen Einrichtungen ist nicht möglich. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass Organisationen wie die Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar oder die Caritas Österreich mit den Ergebnissen ihrer Spendenaktionen einen vorderen Platz in der Liste einnehmen würden. Danach folgt das Österreichische Rote Kreuz, das in der Liste den zweiten Platz besetzt. Beim ÖRK korreliert die Abnahme der Leistungen seit 2000 mit dem Rückgang der Leistungen in Südosteuropa. An dritter Stelle rangiert die Organisation Ärzte ohne Grenzen, die eine stetige Zunahme der Leistungen zu verzeichnen hat. Bereits an vierter Stelle ist die Christoffel Blinden Mission, die in den letzten Jahren durch gezieltes Fundraising ihr Spendeneinkommen deutlich erhöhen konnte. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll einen Überblick über die Akteure geben.

Michael Obrovsky / Jasmin Wendlik, ÖFSE

DIE ÖFFENTLICHE ÖSTERREICHISCHE OSTHILFE 2002

Unter dem Begriff „Osthilfe" werden Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für die ehemaligen realsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (Central and Eastern European Countries – CEECs) und die Nachfolgestaaten der UdSSR (Newly Independent States – NIS) verstanden. Diese Leistungen sollten die Staaten ab 1989 bei der Transformation ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme und der Entwicklung funktionierender marktwirtschaftlicher und stabiler demokratischer Strukturen unterstützen.

Zu den Empfängern von Osthilfeleistungen zählen zum einen Länder von Teil I der DAC-Empfängerländerliste (Part I), also ODA-Empfänger, zum anderen Transformationsländer, die Empfänger von Official-Aid (OA) von Teil II der Empfängerländerliste (Part II) sind. Das DAC geht vom ökonomischen Niveau der Empfängerländer aus und nicht ausschließlich von geografischen Aspekten. Unterschiede bei den Daten der Osthilfe und der Official Aid resultieren daher aus der unterschiedlichen Länderzuordnung beim DAC und bei der Ostförderung im BMA. Die Meldepraxis bei der OA wurde im Jahr 2001 – auch auf Initiative der ÖFSE – an die Meldepraxis der ODA angepasst, daher gibt es keine inhaltlichen Unterschiede bei der Verarbeitung der Daten zwischen der Darstellungen der Osthilfe und der Meldung der Official Aid an das DAC.

Leistungen im Sinne der „Osthilfe" wurden von verschiedenen öffentlichen Stellen wie Ministerien, Ländern und Gemeinden, aber auch Institutionen wie der Nationalbank, dem Rechnungshof oder der Wirtschaftskammer im Rahmen ihrer spezifischen Tätigkeiten erbracht.

Die gesamten öffentlichen Osthilfeleistungen – also aller öffentlichen Stellen und Einrichtungen Österreichs – betrugen im Jahr 2002 ca. 353 Mio €. Die Osthilfeleistungen waren daher um rund 32 Mio € höher als im Jahr 2001 (321 Mio €). Diese Steigerung ist vor allem auf die Anrechenbarkeit von Schuldenstreichung zurückzuführen, denn die Leistungen für Projekte und Programme sind zurückgegangen.

Tabelle 19:
Die öffentliche Ostförderung und der ODA-Anteil, Auszahlungen 2000 bis 2002 in Mio €

	2000	2001	2002
Öffentliche Ostförderung	**326,26**	**321,00**	**353,39**
davon: ODA	*97,92*	*85,89*	*146,70*
OstZusammenArbeit	**21,31**	**11,30**	**10,60**
davon: ODA	*16,43*	*7,96*	*8,36*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

An erster Stelle der Empfängerländer lag im Jahr 2002 wiederum Polen, wobei – wie in den vergangenen Jahren – der größte Teil aus Zinssatzreduktionen bestand. An der zweiten Stelle der Osthilfeleistungen lag Serbien und Montenegro (inklusive Kosovo) mit rund 92 Mio €. Davon wurden rund 72 Mio € für Schuldenstreichungen angerechnet. An dritter Stelle finden sich länderübergreifende Leistungen, die vor allem auf multilaterale Beiträge (EU, EBRD) entfielen. Danach folgen in der Empfängerländerreihung Bosnien und Herzegowina mit 11,56 Mio €, Bulgarien mit fast 10 Mio € und Ungarn mit 7,14 Mio €.

Insgesamt bleibt die Struktur der Auszahlungen der gesamten Osthilfeleistungen im Jahr 2002 – abgesehen von der Schuldenerleichterung Serbiens und Montenegros sowie des Kosovo – gleich wie im Jahr 2001.

Tabelle 20:
Empfängerländer der Ostförderleistungen Österreichs, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio €

Land	2001	2002
Albanien	2,57	1,82
Armenien	1,75	2,44
Aserbaidschan	0,23	0,34
Bosnien und Herzegowina	15,85	11,56
Mazedonien	2,05	2,37
Georgien	0,98	2,51
Kasachstan	0,09	0,12
Kirgisistan	0,12	0,14
Kroatien	4,06	3,52
Moldau	0,17	0,85
Serbien und Montenegro inkl. Kosovo	25,44	92,36
Slowenien	2,90	3,92
Tadschikistan	0,31	0,04
Turkmenistan	—	0,01
Usbekistan	0,05	0,22
Länderübergreifend	29,33	24,47
davon: SO-Europa	—	*2,22*
davon: multilateral	*27,19*	*20,36*
Gesamt Part I (ODA)	***85,89***	***146,70***
Belarus	0,27	0,47
Bulgarien	9,06	9,98
Estland	0,07	0,06
Lettland	0,09	0,17
Litauen	0,25	0,21
Polen	134,63	103,67
Rumänien	4,29	3,38
Russische Föderation	1,96	5,06
Slowakei	7,43	5,84
Tschechische Rep.	4,42	4,65
Ukraine	1,54	2,00
Ungarn	8,50	7,14
Länderübergreifend	62,61	64,04
davon: multilateral	*56,00*	*57,87*
Gesamt Part II (OA)	***235,11***	***206,69***
Gesamtergebnis (ODA & OA)	**321,00**	**353,39**
davon: multilateral	*83,19*	*78,23*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Hinsichtlich der Sektoren der bilateralen öffentlichen Ostförderung 2002 gibt es mit Ausnahme der Erhöhung der Entschuldungsmaßnahmen, einer Verdoppelung der Katastrophen-/Soforthilfe (2001: 7,90 Mio €; 2002: 15,09 Mio €) und einer Reduzierung von etwa 15 Mio € im Bereich „Soziale Infrastruktur und Leistungen" keine nennenswerten Veränderungen zum Jahr 2001. Die quantitative Dominanz der Entschuldungsmaßnahmen im Bereich der Osthilfe bestätigt sich auch 2002. 64 % (2001: 57 %) der sektoriell verteilten bilateralen Leistungen entfallen allein auf den Bereich der Entschuldungsmaßnahmen.

Tabelle 21:
Die bilaterale öffentliche Osthilfe 2002 nach Sektoren, Auszahlungen in Mio €

Sektor Code	Bezeichnung	ODA	OA	OA & ODA
110	Bildung	21,08	35,38	56,46
120	Gesundheit	0,31	0,93	1,25
130	Bevölkerungspolitik-Progr. & reprod. Gesundheit	—	0,06	0,06
140	Wasser-Versorgung und sanitäre Einrichtungen	2,70	0,59	3,29
150	Regierung (Verwaltung) und Zivile Gesellschaft	7,83	0,60	8,43
160	Andere soziale Infrastruktur und Leistungen	1,36	1,80	3,16
100	***Soziale Infrastruktur und Leistungen***	***33,29***	***39,36***	***72,65***
210	Transport und Lagerhaltung	0,02	—	0,02
220	Kommunikation	—	—	—
230	Energieerzeugung und -verteilung	0,02	0,54	0,57
240	Banken und Finanzwesen	—	—	—
250	Geschäftwesen und andere Leistungen	0,15	—	0,15
200	***Wirtschaftliche Infrastruktur und Leistungen***	***0,19***	***0,54***	***0,73***
310	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	0,13	0,02	0,15
320	Industrie und Gewerbe, Bergbau und Bauwesen	2,52	0,07	2,59
330	Handel und Tourismus	0,19	0,01	0,20
300	***Produzierende Sektoren***	***2,84***	***0,10***	***2,94***
410	Umweltschutz allgemein	1,45	0,71	2,16
420	Förderung von Frauen	—	—	—
430	Andere multisektorielle Maßnahmen	0,12	0,17	0,29
400	***Multisektorielle Maßnahmen***	***1,56***	***0,88***	***2,45***
500	***Waren- und Allgemeine Programmhilfe***	***—***	***—***	***—***
600	***Entschuldungsmaßnahmen***	***75,68***	***99,20***	***174,88***
700	***Katastrophen-/Soforthilfe***	***10,90***	***4,19***	***15,09***
910	Verwaltungskosten der Geber	1,90	4,46	6,36
920	Unterstützung von NGOs	—	0,09	0,09
998	Nicht zuordenbar	–0,03	—	–0,03
900	***Sonstige und nicht zuordenbare Leistungen***	***1,87***	***4,55***	***6,42***
Bilaterale öffentliche Ostförderung		126,33	148,82	275,15
Mulitlaterale Leistungen (nicht sektoriell zugeordnet)		*20,36*	*57,87*	*78,23*
Gesamte öffentliche Ostförderleistungen		**146,70**	**206,69**	**353,39**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Der Sektor „Soziale Infrastruktur" ist mit Abstand der quantitativ größte Sektor, wobei der Subsektor „Bildung" mit rund 56 Mio € einen Schwerpunkt darstellt. Der Sektor „Regierung und Zivile Gesellschaft" ist nach wie vor ein wichtiges inhaltliches Thema der Ostförderung, obwohl im Vergleich zum Jahr 2001 im Jahr 2002 nur die Hälfte auf diesen Sektor (8,43 Mio €) entfiel.

Tabelle 22:
Die Geber der öffentlichen Ostförderleistungen, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio € und in %

	2001		2002	
	Mio €	in %	Mio €	in %
BKA	2,42	0,76	1,13	0,32
BMA	24,43	7,61	18,19	5,15
davon: BMA VII.2e – Ostzusammenarbeit	*11,30*	*3,52*	*10,60*	*3,00*
BM:BWK	56,38	17,56	52,82	14,95
BMF	219,67	68,43	255,09	72,18
davon: Zinssatzreduktion Polen	*129,75*	*40,42*	*99,20*	*28,07*
Schuldenstreichung Serbien u. Montenegro	*0,00*	*0,00*	*71,86*	*20,34*
Beiträge für EU-Programme	*74,64*	*23,25*	*70,81*	*20,04*
BMI	8,93	2,78	16,04	4,54
BMLFUW	1,81	0,56	3,15	0,89
BMLV	2,74	0,85	3,57	1,01
BMSG	0,11	0,04	0,36	0,10
BMWA	0,11	0,03	0,51	0,14
Bundesländer	2,99	0,93	1,67	0,47
Gemeinden	0,05	0,01	0,04	0,01
Andere öffentliche Stellen	1,36	0,42	0,82	0,23
Gesamt	**321,00**	**100,00**	**353,39**	**100,00**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Das BM für Finanzen ist auch 2002 der mit Abstand größte Geber mit 72 % des Gesamtbeitrages der öffentlichen Ostförderleistungen, gefolgt vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit 15 %. Das BMA liegt bei 5 %, die Sektion BMA VII.2e – Ostzusammenarbeit trägt einen Anteil von 3 %. Die Anteile der einzelnen Stellen sind der Tabelle über die Geber öffentlicher Ostförderleistungen im Jahre 2002 zu entnehmen.

Die Beteiligung Österreichs am Stabilitätspakt für Südosteuropa hatte ebenso wie die Jahre zuvor wesentlichen Einfluss auf den Charakter der länderübergreifenden Projekte. So hatte Österreich im Rahmen des Stabilitätspaktes den Vorsitz in der Task Force „Bildung & Jugend" inne, wodurch Projekte im Sektor „Bildung" besonders unterstützt und gefördert wurden, sowie in der Task-Force Menschenhandel und im Jahr 2002 auch den Ko-Vorsitz in der Investment Compact Initiative zur Förderung des Privatsektors.

Tabelle 23:
Die Ostzusammenarbeit des BMA VII. 2e nach Ländern, Auszahlungen 2001 und 2002 in Mio €

Land	2001	2002
*Albanien**	*1,12*	*0,47*
Armenien	—	0,01
Aserbaidschan	0,06	—
*Bosnien und Herzegowina**	*1,07*	*0,88*
Kirgisistan	0,03	—
*Kroatien**	*0,18*	*0,50*
*Mazedonien**	*0,52*	*1,05*
Moldau	—	0,01
Slowenien	–0,01	—
*Serbien und Montenegro inkl. Kosovo**	*3,16*	*3,37*
Tadschikistan	0,2	—
Usbekistan	—	0,15
Länderübergreifend	1,63	1,93
*davon: SO-Europa**	*1,47*	*1,75*
Gesamt Part I (ODA)	***7,96***	***8,36***
Belarus	—	0,13
*Bulgarien**	*0,31*	*0,61*
*Rumänien**	*2,03*	*0,66*
Slowakei	0,04	0,13
Tschechische Republik	—	0,01
Ukraine	0,01	—
Länderübergreifend	0,96	0,69
Gesamt Part II (OA)	***3,34***	***2,24***
Gesamt	**11,30**	**10,60**
**Schwerpunktländer/-regionen*	*10,01*	*9,28*

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Die so genannte „OstZusammenArbeit" (OZA) als Kern der österreichischen Osthilfe, vergleichbar der gestaltbaren Programm- und Projekthilfe in der EZA, ist seit 2000 im Außenministerium als Referat für Ostförderung (Ref. VII. 2e) in der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt. Zu den Aufgaben gehört neben der Verwaltung und Koordination der öffentlichen Osthilfeleistungen auch die Formulierung der Politik der Ostzusammenarbeit.

Die sieben Schwerpunktländer der insgesamt 27 Staaten, die von der Ostzusammenarbeit betreut werden, sind: die beiden MOEL mit Beitrittspartnerschaft Bulgarien und Rumänien sowie die Reformländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kroatien und Serbien, Montenegro und der Kosovo. Die wesentlichen Sektoren reichen von der öffentlichen Verwaltung, Demokratie und Menschenrechte über Umwelt, Energie und Wasser, Bildung und Jugend, Arbeit und Soziales.

Die Ostzusammenarbeit des BMA VII.2e betrug im Jahr 2002 10,60 Mio €. Im Vergleich zu 2000 sind die Auszahlungen im Jahr 2001 bereits um die Hälfte gesunken (siehe Tab. 19). Für 2004 ist eine Anhebung des Budgetansatzes für Ostförderprogramme auf 16,4 Mio € vorgesehen.

Im internationalen Kontext nimmt Österreich auf dem Gebiet der Osthilfeleistungen seit Jahren eine führende Position unter den Gebern ein. Auch 2001 war Österreich – wie bereits 2000 – gemessen am prozentuellen BNP-Anteil der gesamten Osthilfeleistungen der größte Geber und lag mit einem Anteil von 0,14 % weit über dem DAC-Durchschnitt von 0,03 %.

Tabelle 24:
Die Ostförderung Österreichs im Internationalen Vergleich, Auszahlungen 2000 in Mio US $

	Gesamte Osthilfe OA & ODA	in % des GNI	davon OA für CEECs/NIS	OA für CEECs/NISI in % des GN
Austria	254,50	0,14	186,70	0,10
Belgien	84,20	0,04	73,80	0,03
Canada	211,50	0,03	164,70	0,02
Dänemark	219,50	0,14	189,60	0,12
Finnland	77,90	0,07	56,20	0,05
Frankreich	925,90	0,07	868,30	0,07
Deutschland	967,20	0,05	680,50	0,04
Griechenland	94,10	0,08	10,80	0,01
Italien	476,50	0,04	396,90	0,04
Japan	426,40	0,01	101,70	0,00
Luxenburg	11,90	0,07	1,80	0,01
Niederlande	297,30	0,08	130,00	0,03
Norwegen	152,20	0,10	26,40	0,02
Portugal	30,20	0,03	26,50	0,03
Spanien	77,90	0,01	10,90	0,00
Schweden	190,70	0,08	121,90	0,05
Schweiz	155,60	0,06	56,90	0,02
Grossbritannien	596,10	0,04	435,10	0,03
USA	2.329,10	0,02	1.661,40	0,02
DAC Gesamt	**7.594,00**	**0,03**	**5.206,00**	**0,02**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Tabelle 25:
Die Ostförderung Österreichs im Internationalen Vergleich, Auszahlungen 2001 in Mio US $

	Gesamte Osthilfe OA & ODA	in % des GNI	davon OA für CEECs/NIS	OA für CEECs/NISI in % des GN
Austria	261,27	0,14	210,57	0,11
Belgien	100,27	0,04	87,97	0,04
Canada	199,30	0,03	151,70	0,02
Dänemark	222,45	0,14	180,85	0,11
Finnland	80,51	0,07	57,11	0,05
Frankreich	621,80	0,05	578,70	0,04
Deutschland	912,61	0,05	695,21	0,04
Griechenland	78,03	0,07	8,63	0,01
Italien	350,55	0,03	280,05	0,03
Japan	430,92	0,01	141,42	0,00
Luxenburg	16,79	0,10	8,69	0,05
Niederlande	367,25	0,10	166,75	0,04
Norwegen	125,22	0,08	31,32	0,02
Portugal	30,86	0,03	27,46	0,03
Spanien	75,80	0,01	14,10	0,00
Schweden	208,70	0,10	118,90	0,06
Schweiz	164,14	0,06	61,54	0,02
Grossbritannien	527,15	0,04	458,65	0,03
USA	2.087,07	0,02	1.197,47	0,01
DAC Gesamt	**6.868,47**	**0,03**	**4.480,77**	**0,02**

Quelle: ÖEZA-Statistik / ÖFSE/TBK

Millennium Development Goals (MDGs)	
Goals and Targets (from the Millennium Declaration)	**Indicators for monitoring progress**
Goal 1: Eradicate extreme poverty and hunger	
Target 1: Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people whose income is less than one dollar a day	**1.** Proportion of population below $1 (PPP) per day[a] **2.** Poverty gap ratio [incidence x depth of poverty] **3.** Share of poorest quintile in national consumption
Target 2: Halve, between 1990 and 2015, the proportion of people who suffer from hunger	**4.** Prevalence of underweight children under-five years of age **5.** Proportion of population below minimum level of dietary energy consumption
Goal 2: Achieve universal primary education	
Target 3: Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling	**6.** Net enrolment ratio in primary education **7.** Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5 **8.** Literacy rate of 15-24 year-olds
Goal 3: Promote gender equality and empower women	
Target 4: Eliminate gender disparity in primary and secondary education preferably by 2005 and to all levels of education no later than 2015	**9.** Ratios of girls to boys in primary, secondary and tertiary education **10.** Ratio of literate females to males of 15-24 year-olds **11.** Share of women in wage employment in the non-agricultural sector **12.** Proportion of seats held by women in national parliament
Goal 4: Reduce child mortality	
Target 5: Reduce by two-thirds, between 1990 and 2015, the under-five mortality rate	**13.** Under-five mortality rate **14.** Infant mortality rate **15.** Proportion of 1 year-old children immunised against measles
Goal 5: Improve maternal health	
Target 6: Reduce by three-quarters, between 1990 and 2015, the maternal mortality ratio	**16.** Maternal mortality ratio **17.** Proportion of births attended by skilled health personnel
Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases	
Target 7: Have halted by 2015 and begun to reverse the spread of HIV/AIDS	**18.** HIV prevalence among 15-24 year old pregnant women **19.** Condom use rate of the contraceptive prevalence rate[b] **20.** Number of children orphaned by HIV/AIDS[c]
Target 8: Have halted by 2015 and begun to reverse the incidence of malaria and other major diseases	**21.** Prevalence and death rates associated with malaria **22.** Proportion of population in malaria risk areas using effective malaria prevention and treatment measures[d] **23.** Prevalence and death rates associated with tuberculosis **24.** Proportion of tuberculosis cases detected and cured under directly observed treatment short course (DOTS)
Goal 7: Ensure environmental sustainability	
Target 9: Integrate the principles of sustainable development into country policies and programmes and reverse the loss of environmental resources	**25.** Proportion of land area covered by forest **26.** Ratio of area protected to maintain biological diversity to surface area **27.** Energy use (kg oil equivalent) per $1 GDP (PPP) **28.** Carbon dioxide emissions (per capita) and consumption of ozone-depleting CFCs (ODP tons) **29.** Proportion of population using solid fuels
Target 10: Halve, by 2015, the proportion of people without sustainable access to safe drinking water	**30.** Proportion of population with sustainable access to an improved water source, urban and rural
Target 11 By 2020, to have achieved a significant improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers	**31.** Proportion of urban population with access to improved sanitation **32.** Proportion of households with access to secure tenure (owned or rented)

Quelle: OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, http://www.oecd.org/dataoecd/30/28/2754929.pdf; Datum des letzten Abrufs: 17.11.2003

Goal 8: Develop a global partnership for development	
Target 12: Develop further an open, rule-based, predictable, non-discriminatory trading and financial system Includes a commitment to good governance, development, and poverty reduction – both nationally and internationally **Target 13**: Address the special needs of the least developed countries Includes: tariff and quota free access for least developed countries' exports; enhanced programme of debt relief for HIPC and cancellation of official bilateral debt; and more generous ODA for countries committed to poverty reduction **Target 14:** Address the special needs of landlocked countries and small island developing States (through the Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States and the outcome of the twenty-second special session of the General Assembly) **Target 15:** Deal comprehensively with the debt problems of developing countries through national and international measures in order to make debt sustainable in the long term	*Some of the indicators listed below are monitored separately for the least developed countries (LDCs), Africa, landlocked countries and small island developing States.* *Official development assistance* **33.** Net ODA, total and to LDCs, as percentage of OECD/DAC donors' gross national income **34.** Proportion of total bilateral, sector-allocable ODA of OECD/DAC donors to basic social services (basic education, primary health care, nutrition, safe water and sanitation) **35.** Proportion of bilateral ODA of OECD/DAC donors that is untied **36.** ODA received in landlocked countries as proportion of their GNIs **37.** ODA received in small island developing States as proportion of their GNIs *Market access* **38.** Proportion of total developed country imports (by value and excluding arms) from developing countries and LDCs, admitted free of duties **39.** Average tariffs imposed by developed countries on agricultural products and textiles and clothing from developing countries **40.** Agricultural support estimate for OECD countries as percentage of their GDP **41.** Proportion of ODA provided to help build trade capacity[e] *Debt sustainability* **42.** Total number of countries that have reached their HIPC decision points and number that have reached their HIPC completion points (cumulative) **43.** Debt relief committed under HIPC initiative, US$ **44.** Debt service as a percentage of exports of goods and services
Target 16: In co-operation with developing countries, develop and implement strategies for decent and productive work for youth	**45.** Unemployment rate of 15-24 year-olds, each sex and total[f]
Target 17: In co-operation with pharmaceutical companies, provide access to affordable, essential drugs in developing countries	**46.** Proportion of population with access to affordable essential drugs on a sustainable basis
Target 18: In co-operation with the private sector, make available the benefits of new technologies, especially information and communications	**47.** Telephone lines and cellular subscribers per 100 population **48.** Personal computers in use per 100 population and Internet users per 100 population

The Millennium Development Goals and targets come from the Millennium Declaration signed by 189 countries, including 147 Heads of State, in September 2000 (www.un.org/documents/ga/res/55/a55r002.pdf - A/RES/55/2). The goals and targets are inter-related and should be seen as a whole. They represent a partnership between the developed countries and the developing countries determined, as the Declaration states, "to create an environment – at the national and global levels alike – which is conducive to development and the elimination of poverty."

[a] For monitoring country poverty trends, indicators based on national poverty lines should be used, where available.

[b] Amongst contraceptive methods, only condoms are effective in preventing HIV transmission. The contraceptive prevalence rate is also useful in tracking progress in other health, gender and poverty goals. Because the condom use rate is only measured amongst women in union, it will be supplemented by an indicator on condom use in high risk situations. These indicators will be augmented with an indicator of knowledge and misconceptions regarding HIV/AIDS by 15-24 year-olds (UNICEF – WHO).

[c] To be measured by the ratio of proportion of orphans to non-orphans aged 10-14 who are attending school.

[d] Prevention to be measured by the % of under 5s sleeping under insecticide treated bednets; treatment to be measured by % of under 5s who are appropriately treated.

[e] OECD and WTO are collecting data that will be available for 2001 onwards.

[f] An improved measure of the target is under development by ILO for future years.

DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand

Gültig für Leistungen ab 1. 1. 2001

Entwicklungsländer und Gebiete (Öffentliche Entwicklungshilfe – ODA)

LLDC

Afghanistan
Angola
Äquatorialguinea
Äthiopien
Bangladesch
Benin
Bhutan
Burkina Faso
Burundi
Dschibuti
Eritrea
Gambia
Guinea
Guinea-Bissau
Haiti
Jemen
Kambodscha
Kap Verde
Kiribati
Komoren
Kongo, Dem. Rep.
Laos
Lesotho
Liberia
Madagaskar
Malawi
Malediven
Mali
Mauretanien
Mosambik
Myanmar
Nepal
Niger
Ruanda
Salomonen
Sambia
Samoa
São Tomé und Principe
Senegal
Sierra Leone
Somalia
Sudan
Tansania
Togo
Tschad
Tuvalu
Uganda
Vanuatu
Zentralafr. Rep.

Andere LIC

Armenien*
Aserbaidschan*
China
Côte d'Ivoire
Ghana
Honduras
Indien
Indonesien
Kamerun
Kenia
Kirgisistan*
Kongo, Rep.
Korea, Dem. VR
Moldau*
Mongolei
Nicaragua
Nigeria
Osttimor+
Pakistan
Simbabwe
Tadschikistan*
Turkmenistan*
Vietnam

LMIC

Ägypten
Albanien*
Algerien
Belize
Bolivien
Bosnien und Herzegowina
Costa Rica
Dominica
Dominikanische Rep.
Ecuador
El Salvador
Fidschi
Georgien*
Guatemala
Guyana
Irak
Iran
Jamaika
Jordanien
Jugoslawien
Kasachstan*
Kolumbien
Kuba
Marokko
Marshallinsel
Mazedonien
Mikronesien
Namibia
Niue
Palästinensische Autonomiegeb.
Papua-Neuguinea
Paraguay
Peru
Philippinen
Sri Lanka
St Vincent und die Grenadinen
Südafrika
Suriname
Swasiland
Syrien
Thailand
Tokelau+
Tonga
Tunesien
Usbekistan*
Wallis und Futuna+

UMIC

Botsuana
Brasilien
Chile
Cookinseln
Gabun
Grenada
Kroatien
Libanon
Malaysia
Mauritius
Mayotte+
Mexiko
Nauru
Palau
Panama
St Helena+
St Lucia
Trinidad und Tobago
Türkei
Uruguay
Venezuela

UMIC/WBLoan

Anguilla+
Antigua und Barbuda
Argentinien
Bahrain
Barbados
Montserrat+
Oman
Saudi-Arabien
Seychellen
St Kitts und Nevis
Turks- und Caicosinseln+

HIC

Malta[1]
Slowenien[1]

Länder und Gebiete in einem Übergangsstadium (Official Aid – OA)

CEEC/NIS

Belarus*
Bulgarien*
Estland*
Lettland*
Litauen*
Polen*
Rumänien*
Russische Föderation*
Slowakei*
Tschechische Rep.*
Ukraine*
Ungarn*

MAD

Aruba+
Bahamas
Bermudas+
Brit. Jungfern-inseln+
Brunei
Chin. Taipei (Taiwan)
Falklandinseln+
Französisch-Polynesien+
Gibraltar+
Hongkong, China+
Israel
Kaimaninseln+
Katar
Korea, Rep.
Kuwait
Lybien
Macau+
Neukaledonien+
Niederländ. Antillen+
Singapur
Verein. Arabische Emirate
Zypern

***LLDC**: Least Developed Countries*

***Other LIC**: Other Low Income Countries (pro-Kopf-BNP 1998 < US $ 760)*

***LMIC**: Lower Middle Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 1998 US $ 761–US $ 3030)*

***UMIC**: Upper Middle Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 1998 US $ 3031–US $ 9360)*

***UMIC/WBLoan**: Schwelle für Weltbank-Kreditwürdigkeit (pro-Kopf-BNP 1998 US $ 5280)*

***HIC**: High Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 1998 > US $ 9360)*

***CEEC/NIS**: Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union*

***MAD**: More Advanced Developing Countries and Territories*

\+ *abhängige Gebiete*

* *Central and Eastern European countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)*

[1] *Diese Staaten bzw. abhängigen Gebiete werden am 1. 1. 2003 in Teil 2 der Liste übernommen, falls keine Ausnahme vereinbart wird.*

DAC-Liste der Empfängerländer – geordnet nach Entwicklungsstand

Gültig für Leistungen ab 1. 1. 2003

Entwicklungsländer und Gebiete (Öffentliche Entwicklungshilfe – ODA)

LLDC

Afghanistan
Angola
Äquatorialguinea
Äthiopien
Bangladesch
Benin
Bhutan
Burkina Faso
Burundi
Dschibuti
Eritrea
Gambia
Guinea
Guinea-Bissau
Haiti
Jemen
Kambodscha
Kap Verde
Kiribati
Komoren
Kongo, Dem. Rep.
Laos
Lesotho
Liberia
Madagaskar
Malawi
Malediven
Mali
Mauretanien
Mosambik
Myanmar
Nepal
Niger
Ruanda
Salomonen
Sambia
Samoa
São Tomé und Principe
Senegal
Sierra Leone
Somalia
Sudan
Tansania
Togo
Tschad
Tuvalu
Uganda
Vanuatu
Zentralafr. Rep.

Andere LIC

Armenien*
Aserbaidschan*
Côte d'Ivoire
Georgien*
Ghana
Indien
Indonesien
Kamerun
Kenia
Kirgisistan*
Kongo
Korea, Dem. VR
Moldau*
Mongolei
Nicaragua
Nigeria
Osttimor
Pakistan
Papua-Neuguinea
Simbabwe
Tadschikistan*
Usbekistan*
Vietnam

LMIC

Ägypten
Albanien*
Algerien
Belize
Bolivien
Bosnien und Herzegowina
China
Dominikanische Rep.
Ecuador
El Salvador
Fidschi
Guatemala
Guyana
Honduras
Irak
Iran
Jamaika
Jordanien
Kasachstan*
Kolumbien
Kuba
Marokko
Marshallinseln
Mazedonien
Mikronesien
Namibia
Niue
Palästinensische Autonomiegeb.
Paraguay
Peru
Philippinen
Serbien und Montenegro
Sri Lanka
St Vincent und die Grenadinen
Südafrika
Suriname
Swasiland
Syrien
Thailand
Tokelau+
Tonga
Tunesien
Türkei
Turkmenistan*
Wallis und Futuna+

UMIC

Botsuana
Brasilien
Chile
Cookinseln
Costa Rica
Dominica
Gabun
Grenada
Kroatien
Libanon
Malaysia
Mauritius
Mayotte+
Nauru
Panama
St Helena+
St Lucia
Venezuela

UMIC/WBLoan

Anguilla+
Antigua und Barbuda
Argentinien
Barbados
Mexiko
Montserrat+
Oman
Palau
Saudi-Arabien
Seychellen
St Kitts und Nevis
Trinidad und Tobago
Turks- und Caicosinseln
Uruguay

HIC

Bahrain

Länder und Gebiete in einem Übergangsstadium (Official Aid – OA)

CEEC/NIS

Belarus*
Bulgarien*
Estland*
Lettland*
Litauen*
Polen*
Rumänien*
Russische Föderation*
Slowakei*
Tschechische Rep.*
Ukraine*
Ungarn*

MAD

Aruba+
Bahamas
Bermudas+
Brit. Jungfern-inseln+
Brunei
Chin. Taipei (Taiwan)
Falklandinseln+
Französisch Polynesien+
Gibraltar+
Hongkong, China+
Israel
Kaimaninseln+
Katar
Korea, Rep.
Kuwait
Lybien
Macau+
Malta
Neukaledonien+
Niederländ. Antillen+
Singapur
Slowenien
Verein. Arabische Emirate
Zypern

***LLDC**: Least Developed Countries*

***Other LIC**: Other low Income Countries (pro-Kopf-BNP 2001 < US $ 745)*

***LMIC**: Lower Middle Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 2001 US $ 745–US $ 2975)*

***UMIC**: Upper Middle Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 2001 US $ 2976–US $ 9205)*

***UMIC/WBLoan**: Schwelle für Weltbank-Kreditwürdigkeit (pro-Kopf-BNP 2001 US $ 5185)*

***HIC**: High Income Countries and Territories (pro-Kopf-BNP 2001> US $ 9206)*

***CEEC/NIS**: Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union*

***MAD**: More Advanced Developing Countries and Territories*

\+ *abhängige Gebiete*

* *Central and Eastern European countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)*

Weiterführende Links zum Themenschwerpunkt „Armutsbekämpfung“

Entwicklungsfinanzierung

OECD	http://www.oecd.org/
BMA	http://www.aussenministerium.at/
BMF	http://www.bmf.gv.at/
KOO	http://www.koo.at/
FfD (Financing for Development)	http://www.un.org/esa/ffd/
Österreich und die Weltbankgruppe:	http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Austria-Relation+with+the+World+Bank

PRSP

Offizielle Dokumente

International Monetary Fond	http://www.imf.org/external/np/prsp/prsp.asp
The World Bank Group	http://www.worldbank.org/poverty/strategies/index.htm

NGOs / wissenschaftliche Institutionen

African Forum and Network on Debt and Development	http://www.afrodad.org/
Bretton Woods Project	http://www.brettonwoodsproject.org/
Eldis	http://www.eldis.org/
European Network on Debt and Development	http://www.eurodad.org/
Halifax Initiative	http://www.halifaxinitiative.org/
ODI / PRSP Monitoring & Synthesis Project	http://www.prspsynthesis.org/
Overseas Development Institute	http://www.odi.org.uk/
VENRO / PRSP-Watch	http://www.prsp-watch.de/

Deklarationen und Berichte zur Armutsbekämpfung

Abschlusserklärung Weltsozialgipfel Kopenhagen 1995	http://www.un.org/esa/socdev/wssd/agreements/decparti.htm
OECD/DAC – Shaping the 21st century 1996	http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf
Abschlusserklärung Millenniumsgipfel 2000	http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm
Human Development Report, verschiedene Jahrgänge	http://hdr.undp.org/
World Development Report, verschiedene Jahrgänge	http://econ.worldbank.org/wdr/

Weitere entwicklungspolitische Links finden Sie in der Datenbank Webangebote:
http://www.eza.at/search.html

Über diese Datenbank werden entwicklungspolitische Informationsquellen im Internet erschlossen. Dadurch soll ein rascher, vorwiegend themenbezogener Überblick angeboten werden. Die rund 300 Webangebote werden laufend aktualisiert und erweitert.

Ergänzende Literatur zum Thema „Armut / Armutsbekämpfung“ ÖFSE-Bibliothek *(Erscheinungsdatum 2002/2003)*

Adato, Michelle; Haddad, Lawrence: Targeting poverty through community-based public works programmes: Experience from South Africa // In: Journal of Development Studies. – 38(2002),3,S.1–36

African Development Bank: African development report 2002: Rural development for poverty reduction in Africa / African Development Bank, Abidjan. – Oxford: Oxford Univ. Press, 2002. – 253 S. ÖFSE SIG: AR-1/0006-2002

Aschoff, Petra: Der höchste Berg ist geschrumpft. Der Staat wurde zu Gunsten der Armen entschuldet – werden sie auch profitieren? // In: Afrika Süd. – (2002),1,S.12–14

Balisacan, Arsenio M.; Pernia, Ernesto M.; Asra, Abuzar: Revisiting growth and poverty reduction in Indonesia: what do subnational data show?. – Manila: Asian Development Bank, 2002. – 33 S. – (ERD Working Paper Series; 25) ÖFSE SIG: 21599/25

Bastiaensen, Johan; Herdt, Tom de; Vaessen, Jos: Poverty, institutions and interventions: A framework for an institutional analysis of poverty and local anti-poverty interventions. – Antwerpen: Univ. of Antwerp, 2002. – 45 S. – (IDPM – UA Discussion Paper; 2002–6) ÖFSE SIG: 20597/2002–6

Becker, Joachim; Heinz, Roland; Imhof, Karen; Küblböck, Karin; Manzenreiter, Wolfram (Hrsgln): Geld Macht Krise: Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft. – Wien: Promedia, 2003. – 263 S. – (Historische Sozialkunde; 22) ÖFSE SIG: 13691/22

Bekalo, S.; Bangay, C.: Towards effective environmental education in Ethiopia: Problems and prospects in responding to the environment-poverty challenge // In: International Journal of Educational Development. – 22(2002),1,S.35–46

Benedikt, Clemens: Veränderungen der EU-Entwicklungspolitik im europäischen Integrationsprozess der 90er Jahre // In: Journal für Entwicklungspolitik. – XVIII(2002),2,S.119–134

Bensabat Kleinberg, Remonda; Clark, Janine A. (Hrsgln): Economic liberalization, democratization and civil society in the developing world. – Basingstoke: Palgrave, 2002. – 318 S. – (International Political Economy Series) ÖFSE SIG: 20585

Berg-Schlosser, Dirk; Kersting, Norbert (Hrsgln): Poverty and democracy: Self-help and political participation in Third World cities. – London: Zed Books, 2003. – 237 S. ÖFSE SIG: 20426

Booth, David; Lucas, Henry: Good practice in the development of PRSP indicators and monitoring systems. – London: Overseas Development Institute, 2002. – VII, 64 S. – (Working Paper; 172) ÖFSE SIG: 06833/172

Braga de Macedo, Jorge; Foy, Colm; Oman, Charles P. (Hrsgln): Development is back. – Paris: OECD, 2002. – 289 S. – (Development Centre Studies) ÖFSE SIG: 21432

Brock, Karen; McGee, Rosemary (Hrsgln): Knowing poverty: Critical reflections on participatory research and policy. – London: Earthscan, 2002. – 212 S. ÖFSE SIG: 21587

Brook, Penelope J.; Irwin, Timothy C. (Hrsgln): Infrastructure for poor people: Public policy for private provision. – Washington (D.C.): The World Bank, 2003. – 296 S. ÖFSE SIG: 20548

Chirwa, Ephraim W.; Zgovu, Evious K.; Mvula, Peter M.: Participation and impact of poverty-oriented public works projects in rural Malawi // In: Development Policy Review. – 20(2002),2,S.159–176

Chossudovsky, Michel: Global brutal: Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. – Frankfurt/Main: Zweitausendeins, 2002. – 476 S. ÖFSE SIG: 21448

Chrenko, Helma; Stier, Peter: Halbierung der globalen Armut bis 2015: Für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. – Hamburg: VSA-Verl., 2002. – 114 S. ÖFSE SIG: 21653

Cordella, Tito; Dell'Ariccia, Giovanni: Limits of conditionality in poverty reduction programs. – Washington (D.C.): International Monetary Fund, 2002. – 23 S. – (IMF Working Paper; 115) ÖFSE SIG: 21597/115

Deolalikar, Anil B.: Poverty, growth, and inequality in Thailand. – Manila: Asian Development Bank, 2002. – 26 S. – (ERD Working Paper Series; 8) ÖFSE SIG: 21599/8

Deolalikar, Anil B.; Brillantes, Alex B. Jr.; Gaiha, Raghav; Pernia, Ernesto M.; Racelis, Mary: Poverty reduction and the role of institutions in developing Asia. – Manila: Asian Development Bank, 2002. – 74 S. – (ERD Working Paper Series; 10) ÖFSE SIG: 21599/10

Department for International Development: Making connections: Infrastructure for poverty reduction / United Kingdom, Department for International Development, London. – London: Department for International Development (United Kingdom), 2002. – 36 S. – (Issues) ÖFSE SIG: 21544

Department for International Development: Making connections: Infrastructure for poverty reduction: Consultation document / United Kingdom, Department for International Development, London. – London: Department for International Development (United Kingdom), 2002. – 30 S. – (Issues) ÖFSE SIG: 21293

Dichter, Thomas W.: Despite good intentions: Why development assistance to the third world has failed. – Amherst: Univ. of Massachusetts Press, 2003. – 303 S. ÖFSE SIG: 20512

Duncan, Ron; Pollard, Steve: A framework for establishing priorities in a country poverty reduction strategy. – Manila: Asian Development Bank, 2002. – 24 S. – (ERD Working Paper Series; 15) ÖFSE SIG: 21599/15

Dutt, Amitava K. (Hrsgln): The political economy of development. II. Resources and sectors in development. – Cheltenham: Elgar, 2002. – 589 S. – (The International Library of Critical Writings in Economics; 140/II) ÖFSE SIG: 12693/140-II

Dutt, Amitava K. (Hrsgln): The political economy of development. I. Development, growth and income distribution. – Cheltenham: Elgar, 2002. – 566 S. – (The International Library of Critical Writings in Economics; 140/I) ÖFSE SIG: 12693/140-I

Eberlei, Walter; Siebold, Thomas: Armutsbekämpfung in Afrika: Neue Ansätze oder alte Konzepte?. – Duisburg: Univ. Duisburg, Institut für Entwicklung und Frieden, 2002. – 58 S. – (INEF-Report: Institut für Entwicklung und Frieden-Report; 64) ÖFSE SIG: 16490/64

Emmott, Bill: Vision 20/21: Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts. – Frankfurt/Main: Fischer, 2003. – 366 S. ÖFSE SIG: 21561

Foster, Mick; Fozzard, Adrian; Conway, Tim: How, when and why

Foster, Mick; Fozzard, Adrian; Conway, Tim: How, when and why does poverty get budget priority: Poverty reduction strategy and public expenditure in Mozambique: Synthesis paper. – London: Overseas Development Institute, 2002. – XIII, 54 S. – (Working Paper; 168)

Foster, Mick; Fozzard, Adrian; Conway, Tim; Naschold, Felix: How, when and why does poverty get budget priority: Poverty reduction strategy and public expenditure in Five African Countries: Synthesis paper. – London: Overseas Development Institute, 2002. – XIII, 54 S. – (Working Paper; 168) ÖFSE SIG: 06833/168

Foster, Mick; Mijumbi, Peter: How, when and why does poverty get budget priority. 1. Case study 1: Poverty reduction strategy and public expenditure in Uganda. – London: Overseas Development Institute, 2002. – XIII, 45 S. – (Working Paper; 163) ÖFSE SIG: 06833/163

Foster, Mick; Zormelo, Douglas: How, when and why does poverty get budget priority. 2. Case study: Poverty reduction strategy and public expenditure in Ghana. – London: Overseas Development Institute, 2002. – 46 S. – (Working Paper; 164) ÖFSE SIG: 06833/164

Fozzard, Adrian: How, when and why does poverty get budget priority. 5. Case study: Poverty reduction strategy and public expenditure in Mozambique. – London: Overseas Development Institute, 2002. – VI, 58 S. – (Working Paper; 167) ÖFSE SIG: 06833/167

Fozzard, Adrian; Simwaka, Chauncy: How, when and why does poverty get budget priority. 4. Case study: Poverty reduction strategy and public expenditure in Malawi. – London: Overseas Development Institute, 2002. – VI, 66 S. – (Working Paper; 166) ÖFSE SIG: 06833/166

Ghura, Dhaneshwar; Leite, Carlos A.; Tsangarides, Charalambos: Is growth enough?: Macroeconomic policy and poverty reduction. – Washington (D.C.): International Monetary Fund, 2002. – 39 S. – (IMF Working Paper; 118) ÖFSE SIG: 21597/118

Gunter, Bernhard G.: What's wrong with the HIPC initiative and what's next? // In: Development Policy Review. – 20(2002),1,S.5–24

Harders, Cilja: Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. – Hamburg: Deutsches Orient-Inst., 2002. – 309 S. – (Schriften des Deutschen Orient-Instituts) ÖFSE SIG: 21419

Hasan, Rana; Quibria, M. G.: Poverty and patterns of growth. – Manila: Asian Development Bank, 2002. – 18 S. – (ERD Working Paper Series; 18) ÖFSE SIG: 21599/18

Hentschel, Jesko; Waters, William F.: Rural poverty in Ecuador: Assessing local realities for the development of anti-poverty programs // In: World Development. – 30(2002),1,S.33–47.

Hutchful, Eboe: Ghana's adjustment experience: The paradox of reform / United Nations Research Institute for Social Development, Geneva. – Oxford: Currey, 2002. – 268 S. ÖFSE SIG: 20479

ILO: Working out of poverty: International Labour Conference: 91st Session 2003: Report of the Director-General / International Labour Office, Geneva. – Geneva: International Labour Organization, 2003. – 106 S. ÖFSE SIG: 21611

Izugbara, C. O.; Ukwayi, J. K.: Conceptual issues in Nigeria's gender-specific rural poverty alleviation strategy // In: Development in Practice. – 12(2002),1,S.81–85

Johnson, Deb: Insights on poverty // In: Development in Practice. – 12(2002),2,S.127–137.

Kamete, Amin Y.: Governing the poor in Harare, Zimbabwe: Shifting perceptions and changing responses. – Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 2002. – 67 S. – (Research Report; 122) ÖFSE SIG: 07112/122

Kapila, Sunita; Mead, Donald (HrsgIn): Building businesses with small producers: Successful business development services in Africa, Asia and Latin America. – Ottawa: International Development Research Centre, 2002. – 214 S. ÖFSE SIG: 20511

Kenny, Charles: Information and communication technologies for direct poverty alleviation: Costs and benefits // In: Development Policy Review. – 20(2002),2,S.141–157.

Kiljunen, Kimmo; Ojanen, Julia: Debt relief and the HIPC initiative in African countries. – Amsterdam: European Parlamentarians for Africa, 2002. – 51 S. – (Sustainable Democracy and Human Rights: Occasional Paper Series; 10) ÖFSE SIG: 21393/10

Knoke, Irene: Politische Partizipation als Allheilmittel?: Theorie und Wirklichkeit der neuen Armutsbekämpfungsstrategie // In: Journal für Entwicklungspolitik. – XIX(2003),2,S.77–89

Kohl, Richard (HrsgIn): Globalisation, poverty and inequality. – Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), 2003. – 134 S. – (Development Centre Seminars) ÖFSE SIG: 20518

Küblböck, Karin (RedIn): Was Reichtümer vermögen: Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten: Die Armutskonferenz / ATTAC, Wien; Beirat für Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltpolitische Alternativen, Wien. – Wien: Mandelbaum, 2002. – 272 S. ÖFSE SIG: 21168

Kumar, Sanjay: Does „participation" in common pool resource management help the poor?: A social cost-benefit analysis of joint forest management in Jharkhand, India // In: World Development. – 30(2002),5,S.763–782

Landes, David S.: Wohlstand und Armut der Nationen: Warum die einen reich und die anderen arm sind. – Berlin: Berliner Taschenbuch Verl., 2002. – 683 S. ÖFSE SIG: 21450

Lodge, George C.: The corporate key. Using big business to fight global poverty // In: Foreign Affairs. – 81(2002),4,S.13–18

Logan, B. Ikubolajeh (HrsgIn): Globalization, the Third World state and poverty-alleviation in the twenty-first century. – Aldershot: Ashgate, 2002. – 204 S. ÖFSE SIG: 21517

Mandle, Jay R.: Globalization and the poor. – Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2003. – 157 S. ÖFSE SIG: 20434

McDonnell, Ida; Solignac Lecomte, Henri-Bernard; Wegimont, Liam (HrsgIn): Public opinion and the fight against poverty. – Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 2003. – 237 S. – (Development Centre Studies) ÖFSE SIG: 21249

McGuigan, Claire; Reynolds, Rebecca; Wiedmer, Daniel: Poverty and climate change: Assessing impacts in developing countries and the initiatives of the international community. – London: London School of Economics, 2002. – 39 S. ÖFSE SIG: 20590

Melber, Henning; Cornwell, Richard; Gathaka, Jephthah; Wanjala, Smokin: The new partnership for Africa's development (NEPAD): African perspectives. – Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 2002. – 35 S. – (Discussion Paper; 16) ÖFSE SIG: 11598/16

Mesplé-Somps, Sandrine; Malgoubri, Marie Eugénie; Muguet, Jean; Zongo, Blaise: Results-oriented expenditure management: The

case of Burkina Faso. – London: Overseas Development Institute, 2003. – XII, 47 S. – (Working Paper; 207) ÖFSE SIG: 06833/207

Molenaers, Nadia; Renard, Robrecht: Strengthening civil society from the outside?: Donor-driven consultation and participation process in Poverty Reduction Strategies (PRSP): the Bolivian case. – Antwerpen: Univ. of Antwerp, 2002. – 37 S. – (IDPM – UA Discussion Paper; 2002–5) ÖFSE SIG: 20597/2002–5

Montes, Carlos: Results-based public management in Bolivia. – London: Overseas Development Institute, 2003. – XI, 108 S. – (Working Paper; 202) ÖFSE SIG: 06833/202

Moran, Theodore H.: Beyond sweatshops: Foreign direct investment and globalization in developing countries. – Washington (D.C.): Brookings Institution, 2002. – 196 S. ÖFSE SIG: 20562

Morrisson, Christian (Hrsgln): Education and health expenditure and poverty reduction in East Africa: Madagascar and Tanzania. – Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 2002. – 194 S. – (Development Centre Studies: International Development) ÖFSE SIG: 21429

Narayan, Deepa (Hrsgln): Empowerment and poverty reduction: A sourcebook. – Washington (D.C.): The World Bank, 2002. – 371 S. ÖFSE SIG: 20534

Narayan, Deepa; Petesch, Patti (Hrsgln): From many lands: Voices of the poor. – Washington (D.C.): The World Bank, 2002. – 509 S. ÖFSE SIG: 21485

Naschold, Felix; Fozzard, Adrian: How, when and why does poverty get budget priority. 3. Case study 3: Poverty reduction strategy and public expenditure in Tanzania. – London: Overseas Development Institute, 2002. – VI, 61 S. – (Working Paper; 165) ÖFSE SIG: 06833/165

Nelson, Jane: Building partnerships: Cooperation between the United Nations system and the private sector. – New York: United Nations Publ., 2002. – 352 S. ÖFSE SIG: 20453

Nyamugasira, Warren; Rowden, Rick: New strategies, old loan conditions: Do the new IMF and World Bank loans support countries´ poverty reduction strategies?: The case of Uganda. – Washington (D.C.): The World Bank, 2002. – 88 S. ÖFSE SIG: 21518

OECD/DAC: Development co-operation 2001 report: Efforts and policies of the members of the Development Assistance Committee / Organisation for Economic Co-operation and Development, Development Assistance Committee, Paris. – Paris: OECD, 2002. – 303 S. – (Internationale Entwicklung) (The DAC Journal; 3(2002),1) ÖFSE SIG: HA-01/0009-2001-EN

OECD/DAC: The DAC Journal 2001: Part I: Development co-operation review of the United Kingdom: Part II: Development co-operation review of Germany: Part III: DAC joint assessment of the aid programme of Germany, the Netherlands and the United Kingdom: Part IV: Poverty-environment-gender linkages / Organisation for Economic Co-operation and Development, Development Assistance Committee, Paris. – Paris: OECD, 2002. – 100, 111, 91 S. – (The DAC Journal; 2-4-2001)(Internationale Entwicklung) ÖFSE SIG: 20274/2-4-2001

OECD: Integrating the Rio Conventions into development co-operation: The DAC guidelines / Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris. – Paris: OECD, 2002. – 102 S. ÖFSE SIG: 21363

OECD; WHO: Poverty and health / Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris; World Health Organization, Geneva. – Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 2003. – 92 S. – (DAC Guidelines and Reference Series) ÖFSE SIG: 20580

OPEC: Financing for development: An OPEC presence: Statements from the United Nations International Conference on Financing for Development (FfD): Monterrey, Mexico March 13–22, 2002 / OPEC Fund for International Development, Vienna. – Wien: OPEC, 2002. – 127 S. ÖFSE SIG: 21437

Österreichische EU-Plattform: Globale Armut: Europas Verantwortung: Ein Vorschlag zur Reform der EU-Entwicklungszusammenarbeit / Österreichische EU-Plattform Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, Wien. – Wien: Österreichische EU-Plattform Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, 2003. – 23 S. ÖFSE SIG: 21565

Owusu, Kwesi; Ng'ambi, Francis; Hrsgln Ellis-Jones, Mark: Structural damage: The causes and consequences of Malawi's food crisis. – London: World Development Movement, 2002. – 50 S. ÖFSE SIG: 21478

OXFAM: Global finance hurts the poor: Analysis of the impact of North-South private capital flows on growth, inequality and poverty / Oxfam America, Boston. – Boston: Oxfam America, 2002. – 68 S. ÖFSE SIG: 20519

OXFAM: Rigged rules and double standards: Trade, globalisation, and the fight against poverty / Oxfam International, Washington (D.C.). – Oxford: Oxfam, 2002. – 271 S. ÖFSE SIG: 20556

Oyen, Else (Hrsgln): Best practices in poverty reduction: An analytical framework. – London: Zed Books, 2002. – 143 S. – (International Studies in Poverty Research) ÖFSE SIG: 21455

Panos Institute: Reducing poverty: Is the World Bank's strategy working? / Panos Institute, London. – London: Panos Institute, 2002. – 52 S. ÖFSE SIG: 20520

Pleskovic, Boris; Stern, Nicholas (Hrsgln): Annual World Bank Conference on Development Economics 2001/2002 / International Bank for Reconstruction and Development, Washington (D.C.). – Washington (D.C.): IBRD, 2002. – 269 S. ÖFSE SIG: 16147/2001/2002

Post, Uli; Preuss, Hans-Joachim A.: Eine andere Entwicklungspolitik? : Bekämpfung des Terrors, und Bekämpfung von Hunger und Armut // In: Entwicklung und Zusammenarbeit. – 43(2002),1,S.13–15

Raffinot, Marc; Muguet, Jean; Touré, Alhousseynou: Results-oriented public expenditure: Case study of Mali. – London: Overseas Development Institute, 2003. – X, 45 S. – (Working Paper; 206) ÖFSE SIG: 06833/206

Randel, Judith; German, Tony; Ewing, Deborah (Hrsgln): The reality of Aid 2002: An independent review of poverty reduction and international development assistance: Focus on conditionality and ownership: The reality of aid project / The Reality of Aid Management Committee. – Manila: IBON Foundation, 2002. – 262 S. – (The Reality of Aid; 2002) ÖFSE SIG: 13715/2002

Roberts, John: Managing public expenditure for development results and poverty reduction. – London: Overseas Development Institute, 2003. – XII, 68 S. – (Working Paper; 203) ÖFSE SIG: 06833/203

Roberts, John: Poverty reduction outcomes in education and health: Public expenditure and aid. – London: Overseas Development Institute, 2003. – 97 S. – (Working Paper; 210) ÖFSE SIG: 06833/210

Ronsholt, Frans; Mushi, Richard; Shallanda, Bedason; Assey, Paschal: Results-oriented expenditure management: Country study – Tanzania. – London: Overseas Development Institute, 2003. – XII, 77 S. – (Working Paper; 204) ÖFSE SIG: 06833/204

Saasa, Oliver; Carlsson, Jerker: Aid and poverty reduction in Zambia: Mission unaccomplished. – Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 2002. – 141 S. ÖFSE SIG: 20439

Saitoti, George: The challenges of economic and institutional reforms in Africa. – Aldershot: Ashgate, 2002. – 372 S. – (Contemporary Perspectives on Developing Societies) ÖFSE SIG: 20563

SAPRI: The policy roots of economic crisis and poverty: A multi-country participatory assessment of structural adjustment: Based on results of the Joint World Bank/Civil Society/Government Structural Adjustment Participatory Review Initiative (SAPRI) and the Citizens' Assessment of Structural Adjustment (CASA) / Structural Adjustment Participatory Review International Network, Washington (D.C.). – Washington (D.C.): Structural Participatory Review International Network, 2002. – 188 S. ÖFSE SIG: 21423

Schafer, Jessica: Supporting livelihoods in situations of chronic conflict and political instability: Overview of conceptual issues. – London: Overseas Development Institute, 2002. – VI, 52 S. – (Working Paper; 183) ÖFSE SIG: 06833/183

Scheucher, Josef: Die Einführung Neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Afrika: Eine Möglichkeit für autozentrierte Entwicklung?. – Wien, 2002. – 191 S. ÖFSE SIG: 19756

Schmidtkunz, Franziska: Armutsbekämpfung der Bretton Woods-Institutionen und das Beispiel Bolivien // In: Südwind: Magazin für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung. – XVIII(2002),2,S.105–118

Schubert, Bernd; Berg, Christian: Beyond the review: sustainable poverty alleviation & PRSP: Conference report Berlin – May 2002. – Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, 2002. – 236 S. ÖFSE SIG: 21418

Senghaas, Dieter: Die Auswege aus der Armut sind bekannt!: Alte Wahrheiten angesichts neuer Konzepte // In: Journal für Entwicklungspolitik. – XIX(2003),2,S.7–11

Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. – Berlin: Siedler, 2002. – 303 S. ÖFSE SIG: 21379

Strickner, Alexandra; Vögel, Monika: „PRSP" als Strategie zur Armutsbekämpfung: Eine Analyse. – Wien: Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, 2003. – 17 S. ÖFSE SIG: 20572

Tsheola, Johannes: Basic needs in the Northern Province and South Africa's globalization agenda // In: African Development Review. – 14(2002),1,S.48–74

UN: World economic and social survey 2002: Trends and policies in the world economy: Public-private interaction for development / United Nations, Department of Economic and Social Affairs, New York. – New York: United Nations Publ., 2002. – 325 S. ÖFSE SIG: HA-7/0042-2002

UNCTAD: The least developed countries report 2002: Escaping the poverty trap / United Nations Conference on Trade and Development, Geneva. – New York: United Nations Publ., 2002. – 285 S. ÖFSE SIG: HA-7/0004-2002

UNDP: Arab human development report 2002: Creating opportunities for future generations / United Nations Development Programme, Regional Bureau for Arab States, New York; Arab Fund for Economic and Social Development. – New York: United Nations Development Programme, 2002. – 168 S. ÖFSE SIG: HA-2/0002-2001

UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2002: Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt / United Nations Development Programme, New York. – Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 2002. – 307 S. ÖFSE SIG: HA-7/0005-2002-DE

UNPD: Human development report 2002: Deeping democracy in a fragmented world / United Nations Development Programme, New York. – New York: United Nations Development Programme, 2002. – 277 S. ÖFSE SIG: HA-7/0005-2002-EN

United Nations Population Fund: Weltbevölkerungsbericht 2002: Wege aus der Armut: Menschen, Chancen und Entwicklung / Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover; United Nations Population Fund, New York. – Stuttgart: Balance, 2002. – 92 S. ÖFSE SIG: HA-7/0046-2002

VENRO: Globale Armut – Europas Verantwortung: Ein Vorschlag zur Reform der EU-Entwicklungszusammenarbeit: Venro-Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung" / Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen, Bonn. – Bonn: Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen, 2002. – 24 S. – (2015 im Gespräch; 3) ÖFSE SIG: 21690/3

Vögel, Monika; Obrovsky, Michael: Nationale Armutsbekämpfungsstrategien – Fall oder Falle für NGOs // In: Journal für Entwicklungspolitik. – XIX(2003),2,S.90–104

Walther, Miriam: Armutsstrategiepapiere (PRSP): Neuanfang in der Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank?. – Bonn: Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, 2002. – 20 S. – (WEED Arbeitspapier) ÖFSE SIG: 21311

Weaver, Jim; Jacobs, Didier; Baker, Jamie (Hrsgln): After neoliberalism: Economic policies that work for the poor: A collection of papers presented at a conference on Alternatives to Neoliberalism May 23–24, 2002 in Washington, DC. – Washington (D.C): New Rules for Global Finance Coalition, 2002. – 155 S. ÖFSE SIG: 21524

Williamson, Tim: Targets and results in public sector management: Uganda case study. – London: Overseas Development Institute, 2003. – XIII, 106 S. – (Working Paper; 205) ÖFSE SIG: 06833/205

World Bank: Global economic prospects and the developing countries 2003 / International Bank for Reconstruction and Development, Washington (D.C.). – Washington (D.C.): The World Bank, 2003. – XXII, 219 S. ÖFSE SIG: 16281/2003

World Bank: Weltentwicklungsbericht 2002: Institutionen für Märkte schaffen / International Bank for Reconstruction and Development, Washington (D.C.). – Oxford: Oxford Univ. Press, 2002. – 293 S. ÖFSE SIG: HA-7/0006-2002-DE

World Bank: World development report 2003: Sustainable development in a dynamic world: Transforming institutions, growth, and quality of life / International Bank for Reconstruction and Development, Washington (D.C.). – Washington (D.C.): IBRD, 2003. – 250 S. ÖFSE SIG: HA-7/0006-2003

KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission

Mitglieder im Jahr 2002

Afro-Asiatisches Institut Graz
Afro-Asiatisches Institut Salzburg
Afro-Asiatisches Institut Wien
Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar
HORIZONT3000 – Österreichische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit
Initiative christlicher Orient – ICO
Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Austria
Katholische Arbeitnehmerbewegung Österreichs
Katholische Frauenbewegung Österreichs
Katholische Hochschuljugend Österreichs
Katholische Jugend Österreichs – Enchada
Katholische Männerbewegung Österreichs
Missio Austria – Päpstliche Missionswerke
Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft MIVA
Österreichische Caritaszentrale

9 Diözesankommissionen für Weltkirche und Entwicklungsförderung:

Referat der ED Wien für Mission und Entwicklung
Welthaus Innsbruck
Welthaus Diözese Graz-Seckau
Diözesankommission Klagenfurt
Diözesankommission für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit Salzburg
Fastenaktion St. Pölten – WEKEF St. Pölten
Fastenaktion der Diözese Eisenstadt
Arbeitskreis Weltkirche und Entwicklungsförderung Linz
Arbeitskreis Weltkirche und Entwicklungsförderung Feldkirch

Weibliche und männliche Missionsorden

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency / Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit
AfDB	African Development Bank / Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund / Afrikanischer Entwicklungsfonds
AsDB	Asian Development Bank / Asiatische Entwicklungsbank
ASDF	Asian Development Fund / Asiatischer Entwicklungsfonds
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BKA	Bundeskanzleramt
BM:BWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen
BNP	Bruttonationalprodukt
CBM	Christoffel Blinden Mission
CEECs	Central and Eastern European Countries / Zentral- und Osteuropäische Staaten
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research / Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung
CIDSE	Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité / International Cooperation for Development and Solidarity / Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität
CONPES	National Commission for Socio-Economic Planning / Nationaler Planungsrat für Wirtschaft und Soziales
CSOTF	Civil Society Task Force
DAC	Development Assistance Committee / Entwicklungshilfekomitee der OECD
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development / Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EIU	Economist Intelligence Unit
ERCERP	Estrategia Reforzada de Crecimiento Económico y Reducción de la Pobreza / Strategie für wirtschaftliches Wachstum und Verringerung der Armut (PRSP Nicaragua)
ERP	European Recovery Programme / Europäisches Wiederaufbauprogramm
ESSP	Education Sector Strategic Plan / Plano Estratégico Do Sector De Educação (PEE) (Strategieplan für den Bildungssektor in Mosambik)
EU	Europäische Union

EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations / Ernährungs- und Landwirtschafts-organisation der Vereinten Nationen
FSS	Supplementary Social Fund
GEF	Global Environment Facility / Globale Umweltfazilität
GNI	Gross National Income / Bruttonationaleinkommen
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
HDI	Human Development Index
HDR	Human Development Report
HICs	High Income Countries / Länder mit hohem Einkommen
HIPC	Highly Indebted Poor Country / Hochverschuldete arme Länder
HPI	Human Poverty Index
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development / Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IDA	International Development Association / Internationale Entwicklungsagentur
IDB	Inter-American Development Bank / Interamerikanische Entwicklungsbank
IFAD	International Fund for Agricultural Development / Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFC	International Finance Co-operation / Internationale Finanzkooperation
IFIs	Internationale Finanzinstitutionen
ILO	International Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation
I-PRSP	Interims Poverty Reduction Strategy Paper
IWF / IMF	Internationaler Währungsfonds / International Monetary Fund
JPO	Junior Professional Programme
JSA	Joint Staff Assessment / gemeinsame PRSP-Beurteilung von IWF/Weltbank
KOO	Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
LLDCs / LDCs	Least Developed Countries / Am wenigsten entwickelte Länder
LICs	Low Income Countries / Länder mit geringem Einkommen
LMICs	Lower Middle Income Countries / Länder mit geringem bis mittlerem Einkommen
MDGs	Millennium Development Goals
M&E	Monitoring and Evaluation
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency / Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
MTEF	Medium-Term Expenditure Framework / mittelfristiger Ausgabenplan
MTFF	Medium-Term Fiscal Framework / mittelfristiger Finanzierungsrahmen
NGO	Non Governmental Organization / Nichtregierungsorganisation
NIS	New Independent Countries / Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion
OA	Official Aid
ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

OECD	Organization for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
OOF	Other Official Flows / Sonstige öffentliche Leistungen
ÖRK	Österreichisches Rotes Kreuz
OZA	Ostzusammenarbeit
PARPA	Plano de Acção para a Redução da Pobreza Absoluta / Aktionsplan zur Reduzierung der absoluten Armut (PRSP Mosambik)
PEAP	Poverty Eradication Action Plan
PES	Economic and Social Plan
PPH	Programm- und Projekthilfe
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility / Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF für HIPC-Länder; vormals: ESAF
PRS	Poverty Reduction Strategy
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SINASIP	National System for Monitoring of Poverty Indicators (Nicaragua)
TBK	Technisches Büro Krammer
UDN	Uganda Debt Network
UMICs	Upper Middle Income Countries / Länder mit mittlerem bis hohem Einkommen
UN / VN	United Nations / Vereinte Nationen
UNDP	United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNIDF	United Nations Industrial Development Fund / Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNESCO	United Nations Educational Scientific and Cultural Organization / Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNICEF	United Nations Children's Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UPPAP	Uganda Participatory Poverty Assessment Project
WB	Worldbank / Weltbank
WDR	World Development Report
WFP	World Food Programme / Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organization / Weltgesundheitsorganisation
WTO	World Trade Organization / Welthandelsorganisation